

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F



178-179

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.  
Wien. I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 1. Juli 1918. Nr. 178

Kerzenausgabe. Im Monat Juli und August wird für Wohnungen ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung, sowie für Wohnungen und Aftervermietungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, je eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg ausgefolgt. Als Bezugskarten gelten wie bisher der amtliche Einkaufsschein und die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen. Beim derzeit geltigen amtlichen Einkaufsschein ist im Monat Juli die auf der rechten Seite befindliche Ziffer 36, im Monat August Ziffer 54 abzutrennen.

Eine neue Kriegsküche. Die Kriegsküche 64 im 10. Bezirk Schulgebäude Antonsplatz wird morgen, Dienstag, ihren Betrieb aufnehmen und nimmt noch Anmeldungen auf Speisenbezug von 8 Uhr morgens an entgegen.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 1. Juli 1918. Nr. 178

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte wurde von Stadtphysikus Dr. Jahn der Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Mai 1. J. erstattet: Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt gestalteten sich im Mai, wohl auch dank der milden Witterung, recht günstig. In die armenärztliche Behandlung sind 10213 Fälle gegen 11178 im Vormonat und 11358 im Mai des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2191 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1871, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 961 Fälle. Die Infektionskrankheiten haben hauptsächlich durch den starken Rückgang des Scharlach eine Verminderung erfahren, die auch nicht durch die leichte Steigerung der Ruhr aufgehoben werden konnte. Aus der Zivilbevölkerung liefen 786 Anzeigen ein, hievon entfielen 257 auf Scharlach, 229 auf Diphtherie, 55 auf Bauchtyphus, 80 auf Ruhr, 6 auf Blattern und 117 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 98 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war viel niedriger als im Mai des Vorjahres, etwas niedriger als im Vormonat, doch um 2 auf 1000 höher als im letzten Friedensjahr 1914. Insgesamt starben 3285 Zivil- und 518 Militärpersonen, zusammen 3803 Personen, gegen 4041 im Vormonat und 4471 im Mai des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Scrophulose mit 883 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 53.59 %, das weibliche mit 46.41 % beteiligt. Im Berichtsmonat wurden 31 gerichtliche und 75 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 3639 Transporte, darunter 555 Leichentransporte durchgeführt.

Ringtheaterkuratorium. In der am 26. Juni 1918 stattgehabten Sitzung des Ringtheater-Kuratoriums wurden an 7 Parteien Unterstützungen im Gesamtbetrage von 1300 Kronen bewilligt und weiters jedem der 97 Mitglieder der Waisen-Assoziation als diesjähriger Anteil aus den durch das Ableben von Rentnem freigewordenen Kapitalien ein Barbetrag von 780 Kronen zugesprochen. Bis Ende 1917 wurde den Mitgliedern dieser Vereinigung ein Betrag von K 3,282.591 und zwar in Wertpapieren K 1,426.600 und in Barbeträgen K 1,855.991 zugewendet. Den durch den Ringtheaterbrand Betroffenen und deren Angehörigen wurden bis Ende 1917 an Renten K 2,277.855, an Abfertigungen und Unterstützungen K 704.866 ausbezahlt, so dass insgesamt bisher aus den Geldern des Ringtheater Hilfsfonds K 6,265.315 und zwar in Wertpapieren K 1,426.600 und bar K 4,838.715 zur Auszahlung gelangten.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzew.  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 2. Juli 1918. Nr. 180.

Abgabe von Frühkartoffeln. Die weiteren Zufuhren von Frühkartoffeln ermöglichen eine Abgabe dieser Ware im 16. und 21. Bezirk. Die Frühkartoffeln werden in diesen Bezirken am Mittwoch und Donnerstag abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden zum Preise von 66 Hellern für das  $\frac{1}{2}$  kg in der üblichen Weise unter Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes I der Kartoffelkarte abgegeben.

Nachmusterungen. Am 4., 11., 18. und 25. d.M. und am 1., 8., 16., 22. und 29. August finden in Wien, 3. Bezirk Landstrasser Hauptstrasse 97 (Dreher's Bierhalle) Nachmusterungen statt. Es werden alle jene Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1900, welche bereits auf Grund der früheren Einberufungskundmachungen zur Musterung verpflichtet waren, jedoch aus irgend einer Ursache bisher vor der Musterungskommission nicht erschienen sind, aufgefordert, bei Vermeidung strenger Bestrafung ihrer Musterungspflicht unverzüglich zu entsprechen. Zu diesem Behufe haben sich diese Landsturmpflichtigen im Konskriptionsamte des Wiener Magistrates, 1. Bezirk Friedrich Schmidtplatz 1, Abteilung für Stellungsangelegenheiten, umgehend anzumelden, woselbst ihnen die Musterungsvorladung ausgefolgt werden wird.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 2. Juli 1918. Nr. 181.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot.

## Eine Eingabe des Oesterr. Ingenieur- und Architekten-Vereines an das Finanz - Ministerium.

Der Oesterr. Ingenieur- und Architekten-Verein hat dem Finanzministerium eine ziffermässig begründete Eingabe zwecks Herbeiführung einer jener staatlichen Massnahmen unterbreitet, die besonders dringlich erscheinen, um der drohenden Wohnungsnot vorzubeugen. Die Eingabe begründet jenes Ausmass von Steuererleichterungen für Neubauten - mit Ausschluss aller auf-schiebbaren Umbauten - das allen innerhalb der ersten 5 Jahre nach dem Friedensschlusse zur Erbauung gelangenden Wohnhäusern mit Kleinwohnungen oder Mittelstandswohnungen bis zu 4 Zimmer Grösse zuzubilligen wäre, deren Erbauer für sich und ihre Rechtsnachfolger die grundbücherlich einzuverleibende Verpflichtung einzugehen, die Mietzinse während der Zeit der Steuerfreiheit nicht über ein gewisses Mass zu erhöhen.

Die Steuererleichterungen müssen weitgehende sein, damit bei völliger Wahrung der Rentabilität der Neubauten einerseits die Mietzinse keine unerträgliche Höhe erreichen, andererseits das Baugewerbe möglichst bald zu einer gedeihlichen Tätigkeit gelangt. Ist die Privatbautätigkeit wegen der hohen Baukosten zunächst auch ausgeschlossen und die erste Wohnungsbeschaffung Sache der öffentlichen Körperschaften, so muss doch getrachtet werden, diesen Ausnahmestand möglichst bald durch den Dauerzustand des gesunden Wettbewerbes schaffender Einzelner zu ersetzen. Die Rechnungen ergeben, dass bei Annahme einer 30jährigen Befreiung von der landesfürstlichen Hauszinssteuer, den 28 %igen Landes- und den 25 %igen Gemeindeumlagen dann eine gerade noch genügende Rentabilität erzielbar ist, wenn das Baugeld von der geplanten städtischen, gemeinnützigen Kreditstelle zu einem 6 % nicht überschreitenden Zinsfusse gegeben wird, wenn Mietzinse zugestanden werden, die die jeweilig ortsüblichen vom Jahre 1914 in den ersten 10 Jahren um nicht mehr als 20 %, in den zweiten 10 Jahren um nicht mehr als 30 % und in den letzten 10 Jahren der 30jährigen Steuerfreiheit um nicht mehr als 40 % übersteigen und wenn der Abbau der Baukosten bis auf 50 bis 70 % über dem Stande von 1914 gediehen ist. Da aus Billigkeitsgründen den Eigentümern bereits bestehender Wohnhäuser eine etwa 10 %ige Mietzinssteigerung zuzugestehen sein wird und diese dem Staate, dem Lande und der Gemeinde Mehrerträge aus der Hauszinssteuer bringt, welche die zuzugestehende 30jährige Steuerfreiheit voll aufwiegen, so wird erwartet, dass die Finanzverwaltung in dieser Frage nicht einen rein fiskalischen Standpunkt einnehmen und die geforderte Steuererleichterung gewähren wird.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehr von 30.122 Parteien K 26,503.756 eingelegt, an 16.422 Parteien K 25,770.058 rückgezahlt und belief sich

der Gesamt Einlagenstand am 30.v.M. nach Zuschreibung der halbjährigen Zinsen auf K 748,039.288. Hypothekar-Darlehen wurden K 353.400 zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen K 833.521 rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekar-Darlehen am 30.v.M. auf K 324,788.907. Die Pfandbrief Darlehen beliefen sich am 30.v.M. auf K 18,028.821 und waren an 60 jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18,318.600. Wechsel wurden K 12,488.644 eskomptiert, dagegen K 16,556.529 einkassiert und Kassenscheine der Oesterreichisch ungarischen Bank K 11,600.000 angekauft, dagegen K 6,600.000 einkassiert; der Besitz an Wechseln, Salinen und Kassenscheinen der Oesterreichisch ungarischen Bank betrug am 30. v.M. K 60,847.964.

Landesausschuss Bielohlawek. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an Frau Adele Bielohlawek nachstehendes Beileidschreiben gerichtet: In den schweren Stunden, die Ihnen, verehrte gnädige Frau, durch den Heimgang Ihres Herrn Gemahls, meines hochgeschätzten Freundes und Mitkämpfers Hermann Bielohlawek beschieden worden sind, ist es mir ein herzliches Bedürfnis, Euer Hochwohlgehorra meine innige Teilnahme zum Ausdruck zu bringen und Sie zu versichern, dass auch wir den Verlust dieses ausgezeichneten Mannes aufs tiefste beklagen.

Mit dem Verewigten sinkt einer der hervorragendsten Veteranen der christlich-sozialen Partei ins Grab und die Verdienste, die er sich um die christliche Volksbewegung und auf dem Gebiete wichtiger Verwaltungszweige, insbesondere der Wohlfahrtspflege und der Gewerbeförderung erworben hat, sichern ihm ein unvergängliches ehrenvolles Andenken.

Möge dem heimgegangenen nach dem Sturm und Drang des Lebens der ewige Friede beschieden sein!

Die Gemeindeverwaltung und der gemeinderätliche Bürgerklub werden Kranze an der Bahre des Verewigten niederlegen.

F.K. Rosegger. Dr. Sepp Rosegger hat in Erwidierung des Beileidtelegrammes der Gemeinde Wien Folgendes beschiedigt: Unseren innigsten Dank für die warmen, tief empfundenen Worte der Teilnahme und die ergreifende Kundgebung des Gemeinderates. Unser geliebter Vater hatte ja die Wienerstadt seit seiner Kindheit, als er den Kaiser Josef suchte, tief in sein Herz geschlossen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stände der rechtskundigen Beamten Dr. Johann Bednar zum Magistratssekretär, Dr. Adolf Neuhuber zum Oberkommissär, Dr. Friedrich Wilhelm zum Kommissär, Dr. Josef Schöffl zum Magistratskonzipisten; im Veterinärstande Georg Dauscher und Dr. Franz Lichal zu Bezirkstierärzten; im Marktamt Emil Wikaukal zum Oberinspektor, Alexander Nowatschek, Wenzel Iglauer, Franz Zach und Johann Berger zu Titular-Oberinspektoren, Robert Bösner und Albert Hubmann zu Marktamtsinspektoren, Otto Huber zum Marktamtskommissär; in der Kanzlei Alexander Hofmann, Josef Hauptmann und Hermann Greger zu Kanzlei-Akzessisten.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michien,**  
Wien, I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 3. Juli 1918. Nr 182.

Abgabe von Kartoffeln. im 14. und 15. Bezirk werden am Freitag und Samstag dieser Woche Frühkartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Kartoffeln werden zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg in der üblichen Weise unter Abtrennung des Abschnittes L der Kartoffelkarte abgegeben. Im 1. bis 13. und 14. bis 20. Bezirk werden am Freitag und Samstag dieser Woche, sowie am Montag der nächsten Woche Altkartoffeln abgegeben. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird gleichfalls mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Die Altkartoffeln werden zum Preise von 17 h für das  $\frac{1}{2}$  kg unter Abtrennung des Abschnittes L der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 3. Juli 1918. Nr 183.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung der Gräfin Aloisia Fünfkirchen geb. Prizessin von und zu Liechtenstein, welche im nächsten Monat ihren 80. Geburtstag begeht in Anerkennung ihres langjährigen wasserst verdienstvollen humanitären Wirkens die doppelt grosse goldene Salvatormedaille verliehen. Ferner wurde den Armenräten des 8. Bezirkes Rudolf Csillag, Hermann Kemm, Ignatz Smetana und Lorenz Stephinger, den Armenräten des 16. Bezirkes Franz Angelmayer, Alois Firnstein, Michael Wirschmann, Anton Mamera, Ottokar Kleinöd und Michael Meissl, dem Bezirksrat Franz Assen von Hietzing, dem Armenrat des 13. Bezirkes Karl Haban, den Armenräten Josef Binfluss, Matthäus Huber, Karl Benda, Johann Caithamä, Josef Cech Roman Kienast, Heinrich Kubera, Alois Kleinböck, Josef Tenschert und Karl Aumann des 20. Bezirkes die goldene Salvatormedaille und dem Obmanne des Armeninstitutes Brigittenau Johann Kölbl die grosse goldene Salvatormedaille verliehen.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Wohnungsamt der Stadt Wien (Magistratsabteilung 3 a) aus den Magistratsabteilungen auszuschneiden; es wird in Hinkunft ein Amt für sich bilden und die Bezeichnung Magistrat Wien, Wohnungsamt der Stadt Wien führen. Diese Umbildung hat den Vorteil, dass das Amt, welches bisher seine Arbeitskräfte, sowie die übrigen Geschäftsabteilungen des Magistrates aus den vorhandenen städtischen Angestellten zugewiesen erhielt, in der Lage sein wird, ein Fachpersonal zu bestellen welches eine entsprechende praktische Schulung besitzt. Zum Direktor des Wohnungsamtes wurde der bisherige Leiter Magistratsrat Dr. Sagmeister bestellt.

Zum Bau der Aspernbrücke. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider genehmigt, dass auf der neuen Aspernbrücke wegen der derzeitigen Unmöglichkeit der Beschaffung des im Entwurfe vorgesehenen Geländers das beim Abbrüche der alten Kaiser Franz Josef Brücke gewonnene Gelände als Brückengelände aufgestellt werde. Aus dem gleichen Grunde sind auch statt der endgültigen Lichtständer vorläufig hölzerne Ständer zu verwenden. Die Kosten beziffern sich mit 89.630 Kronen. Die Anbringung des vorläufigen Brückengeländers wurde der Aktiengesellschaft Waagner, Biro & Kurz und die Arbeiten für die einstweilige Aushilfeleistung den Siemens Schuckert Werken übertragen.

Ankauf eines Bildes. Der Stadtrat hat ein Oelbildnis des während der Türkenbelagerung 1683 durch seinen Kundschaftergang durch das türkische Lager berühmten Georg Franz Kolschitzky, das aus dem Beginn des 18. Jahrhunderts stammt, für die städtischen Sammlungen angekauft.

Hermann Bielohlawek +. Die Beerdigung des Landesausschusses und Gemeinderates Herman Bielohlawek wird in einem von der Gemeinde Wien gewidmeten Ehrengrabe erfolgen. Die kirchliche Einsegnung findet morgen, Donnerstag,  $\frac{1}{2}$  4 Uhr nachmittags in der Zentralfriedhofskirche statt.

Bezirksweisenrat. Der Stadtrat hat die Wahl des Adolf Wehner und der Emilie Weil (Leopoldstadt), Philipp Schindler und Alice Hussl (Landstrasse), und der Katharine Otte (Mernals) zu Mitgliedern des städtischen Bezirksweisenrates bestätigt.

Bezirksvertretung Fünfhaus. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Brauneis die Wahl des Bezirksrates Franz Pakesch zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 15. Bezirkes an Stelle des verstorbenen Bezirksvorsteher-Stellvertreters Baumgartner bestätigt.



184

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.  
=====

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 4. Juli 1918. № 188/

-----

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 64. Woche ebenfalls im erhöhtem Ausmasse von 25 dkg auf den Kopf an die Besitzer der neuen rosa Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch gegen Abtrennung des Abschnittes A an folgenden Tagen in den Vormittagsstunden abgegeben werden: Samstag, 6. A bis F, Montag, 8. G bis K; Mittwoch, 10. L bis R, Donnerstag, 11. Juli S bis Z. Auch an die Besitzer **g o n w e i s s e n** Einkaufscheinen wird in dieser Woche an denselben Tagen von 4 Uhr nachmittags an in sämtlichen 50 Ständen und Geschäften der Grossschlächtereie, welche Wohlfahrtsfleisch abgeben, Pferdefleisch im Höchstausmasse von 1 kg für den einzelnen Haushalt zum ermässigten Preise von K 8.- für Vorderes und K 10.- für Hinteres gegen Durchlochung des auf dem Stamm des alten weissen Einkaufscheines befindlichen Quadrates abgegeben werden.

-----

Abgabe von Kartoffeln. Am Freitag und Samstag dieser Woche sowie am Montag der nächsten Woche werden in den Bezirken 1 bis 13 und 17 bis 20 Altkartoffeln abgegeben. Im 14. und 15. Bezirk werden am Freitag und Samstag Frühkartoffeln zur Ausgabe gelangen. Im 16. und 21. Bezirk wurden bereits Mittwoch und Donnerstag Frühkartoffeln abgegeben.

-----



21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 4. Juli 1918. Nr 185.

Todesfall. Am Dienstag starb der städtische Realschulprofessor i. P. Wilhelm Held, Vater des Magisterrates Dr. Theodor Held im 84. Lebensjahr. Das Leichenbegängnis findet Freitag,  $\frac{1}{2}$  5 Uhr nachmittags von der Kapelle des Zentralfriedhofes aus statt.

Ausstellung von Schulerzeichnungen. Im Realgymnasium, 8. Bezirk Buchfeldgasse 4 sind die unter der Leitung des Zeichenlehrers Karl Pankratz von den Schülern hergestellten Zeichnungen ausgestellt, die täglich von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends frei besichtigt werden können. Unter den Zeichnungen befindet sich auch ein preisgekrönter Entwurf des Sohnes des Reichsratsabgeordneten Freiherrn von Pantz für ein Plakat für die 8. Kriegsanleihe.

Hermann Bielohlawk. Zu Beginn der heutigen Stadtratsitzung hielt der Vorsitzende VB. Hierhammer dem verstorbenen Landesausschusse und Gemeinderat Hermann Bielohlawk einen tiefempfundenen Nachruf, in dem er der vielfachen Verdienste des Verstorbenen während seiner Tätigkeit im Stadtrate gedachte.

Ankauf des Buches „Erlöschene Klöster.“ Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Tomola das Werk des Wiener Publizisten Friedrich Reischl „Erlöschene Klöster in Oesterreich“ für die Lokal- und Bezirkslehrerbibliotheken anzukaufen.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Jung wird die Pflasterung der Franzensbrückenstrasse vom Praterstern bis zur Hofenedergasse mit neuen Steinen um den Betrag von 65.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des VB. Hoss wird der Anschaffung von Erdkabeln für Licht- und Kraftleitungsanlagen für die Lagerhäuser der Stadt Wien mit den Kosten von 20.000 Kronen zugestimmt. - Nach einem Antrage

des StR. Dechant wird für die auf dem Erweiterungsgrunde des Gersthofer Friedhofes im 18. Bezirk befindlichen und die angrenzenden Kleingärten eine Wasserzuleitung errichtet.

Die Kosten beziffern sich mit 4500 Kronen. - Nach einem Antrage des StR. Braun werden für den Bedarf der Wiener Eigenregiefriedhöfe Gummispritzschläuche mit den Kosten von 13.000 Kronen angeschafft. - Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird zur Bewässerung der auf den Gemeindegärten auf der Simmeringer Maide im Rahmen der Kriegsgemüsegartenaktion zu Anbauzwecken verwendeten Flächen im Ausmasse von rund 40 Joch eine Wasserzuleitung erreicht. Die Kosten betragen 15.000 Kronen. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird die Rekonstruktion der Abzugrohre und Instandsetzung der Herd- und Kesselanlagen in der Küche des Seehospizes San Pellagio mit den Kosten von 5400 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Brauneiss wird dem Entwurf für die Umpflasterung der Mariahilferstrasse im 7. Bezirk von Nr 56 bis zur Kirchengasse und bei Nr 88 mit den Kosten von 40.500 Kronen zugestimmt. - Nach einem Antrage des StR. Wippl werden 4880 Kronen für verschiedene Herstellungsarbeiten am Schulgebäude 10. Bezirk Favoritenstrasse 96 bewilligt. - Der Ablage von 42 eigenen Gräbern auf dem Ottakringer Friedhofe wird nach einem Antrage des StR. Wötzel zugestimmt. - Für die Vornahme verschiedener Herstellungsarbeiten im Schulgebäude 18. Bezirk Michaelerstrasse 30 wird nach einem Antrage des StR. Tomola ein Betrag von 4520 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird dem Zweigverein Wien Döbling des patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuz das Ignaz Wild'sche Stiftungshaus im 19. Bezirk Ruthgasse 7 zur Errichtung einer Tuberkulosen-Fürsorgeaktion unentgeltlich überlassen. -

Gemeindevermittlungsaüter. Das Gemeindevermittlungsamt Mariahilf hält am 10., 17., 24. und 31 d.M. Verhandlungen ab. Bei dem Gemeindevermittlungsamte Josefstadt finden am 10. und 24. Juli, 7. und 21. August, 4. und 18. September Verhandlungen statt.



186-187

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 5. Juli 1918. Nr. 186.

Reise des Bürgermeisters nach Budapest. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich heute früh nach Budapest begeben, um dem Budapester Bürgermeister von Body persönlich seinen Dank für die Mehlaushilfe abzustatten und um mit dem königlich ungarischen Ernährungsminister Prinz Windischgrätz über dringende Ernährungsfragen zu konferieren. Der Bürgermeister ist von Magistratsrat Dr. Roskopf begleitet.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz (gespalten) für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 7. bis 13. Juli 1918 gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 18 der Mehlbezugskarte. Der Preis des städtischen Holzes gespalten beträgt 34 Heller für Weichholz und 27 Heller für Hartholz für 1 kg.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 5. Juli 1918. Nr. 186.

Erhöhung der Kriegszulagen für städtische Arbeiter. In der letzten Stadtratsitzung berichtete VB. Hoss über den Antrag des GR. Kunschak auf Erhöhung der Kriegszulage für die Arbeiter der Unternehmungen in den beiden unteren Lohnstufen (bis K 3200 Jahresbezug) um 25 K monatlich. Der Referent führte aus, dass die städtischen Arbeiter noch immer wesentlich besser gestellt sind, als jene des Staates, dass aber zu Ungunsten der Arbeiter Differenzen zwischen der Kriegszulagen der städtischen Arbeiter und der übrigen städtischen Angestellten bestehen. Es sei also gerechtfertigt, die Arbeiter der Gemeinde und der Unternehmungen den übrigen Angestellten vollkommen gleichzustellen. Die Mehrkosten betragen ungefähr 1'5 Millionen Kronen. Der Referentenantrag wurde genehmigt.

Erhöhung der Gebühren für die Benützung der Bedürfnisanstalten. Entsprechend dem Ansuchen der Firma Wilhelm Beetz beschloss der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Schneider, der genannten Firma auf die Dauer der durch den Krieg geschaffenen ausserordentlichen Verhältnisse vorläufig aber bis längstens 30. Juni 1919 zu gestatten, die Benützungsgebühr in den Bedürfnisanstalten zu erhöhen, und zwar: für eine Kabine 1. Klasse von 10 auf 14 Heller, 2. Klasse von 6 auf 8 Heller und für die Benützung der Aborte auf den Marktplätzen eine Gebühr von 4 Hellern einzuhelien. Bemerkenswert ist, dass die Besucherzahl von rund 5'1 Millionen im Jahre 1913 auf rund 4'5 Millionen im Jahre 1917 zurückgegangen ist. Nach den Angaben der Firma sind in der letzten Zeit die Einrichtungen der Anstalt wiederholt böswillig beschädigt und Metallbestandteile gestohlen worden. Die Firma wird nach Gewährung der Erhöhungen auch das Personal besser entlohnen. Die Erhöhung der Gebühren soll vom 1. Tage der Genehmigung durch den Gemeinderat folgenden Monats an in Wirksamkeit treten.

Zum Tode des Sultans. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den türkischen Botschafter nachstehendes Schreiben gerichtet: Die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres kaiserlichen Herrn, Se. Majestät des Sultans Muhammed V. hat in der Wiener Bevölkerung innige Teilnahme hervorgerufen. Die Stadt Wien betrauert in dem verblichenen Monarchen den treuen Verbündeten ihres geliebten Kaisers und den obersten Kriegsherrn des osmanischen Heeres, das an der Seite der Waffengeführten mit Heldenmut und Ausdauer in diesem Kriege hundertfältige Beweise seiner Unbezwinglichkeit gegeben hat.

Das Andenken des verewigten Herrschers wird in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für alle Zeiten in Ehren gehalten werden. Ich bitte Euerer Hoheit, die Versicherung der tiefsten Teilnahme, die ich mir im Namen der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen erlaube, entgegenzunehmen zu wollen.

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola der Gesellschaft „Lehrmittelzentrale“ eine Subvention von 3000 Kronen bewilligt.

Grunderwerb. Die Gemeinde Wien hat zwei Grundflächen nächst dem Flötzersteig im 13. und 16. Bezirk im Ausmasse von 5898 und 916 m<sup>2</sup> um 54.500 Kronen angekauft.

Beförderung von Zelluloid im Gemeindegebiete von Wien. Auf öffentlichen Verkehrswegen, in Stiegenhäusern und an sonstigen allgemein zugänglichen Oertlichkeiten sowie bei Benützung öffentlicher Verkehrsmittel darf Zelluloid in jeder Form, (Rehzelluloid, Zelluloidwaren, wie Film, Gebrauchsgegenstände u.s.w., sowie Zelluloidabfälle) in anderen, als in feuersicheren Behältern, nicht befördert werden. Als feuersicher gelten nur dichtschiessende hölzerne Behälter, deren Wände, Deckel und Böden an der Aussenseite mit Blechbelag auf wärmeisolierender Unterlage versehen sind. Übertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 400 Kronen oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet. Ein Musterbehälter der oben beschriebenen Art kann beim Kommando der städtischen Feuerwehr besichtigt werden.



188-189

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 6. Juli 1918. Nr 187.

## Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch; Fleischrayonierung.

In der mit Mittwoch, 10. d.M. beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden von den neuen weissen Einkaufscheinen für Rindfleisch beim einmaligen Bezuge der ganzen Wochenmenge beide mit dem Buchstaben A versehenen Abschnitte gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen je ein Abschnitt gesondert abgetrennt. Es wird hiermit neuerlich aufmerksam gemacht, dass sich die Besitzer der neuen weissen Einkaufscheine für Rindfleisch bis längstens 12. Juli in die Kundenliste eines befugten Rindfleischverkäufers, am besten bei ihrem bisherigen Verkäufer, eintragen lassen müssen; hiebei gelangt von den neuen weissen Einkaufscheinen für Rindfleisch gleichgiltig ob deren Ziffernabschnitte abgestempelt sind oder nicht, der Abschnitt mit der Ziffer 1 zur Abtrennung. Die wohlhabenden Kreise werden aufmerksam gemacht, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung, sich in die Kundenliste der Extremfleischverkäufer eintragen zu lassen.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate bestimmten Stellen wird von Montag, 8. d.M. an gegen Vorweisung des neuen weissen Einkaufscheines für Rindfleisch oder des rosa Einkaufscheines für Wohlfahrtsfleisch und zwar gegen Abtrennung des Abschnittes 2 des weissen Einkaufscheines oder der beiden Abschnitte 1 und 2 (gleichzeitig) des rosa Einkaufscheines Schweinefleisch zur Abgabe gebracht. Haushalte bis einschließlich 4 Personen erhalten  $\frac{1}{2}$  kg, solche mit mehr als 4 Personen 1 kg.

Neuerliche Abgabe von Speck aus den Gemeindevorräten. Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche wieder 20.000 kg Speck bei einer Anzahl von Ständen in der Grossmarkthalle abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind wieder Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine. Der Speck wird nur gegen Abtrennung der Ziffer 40 des weissen amtlichen Einkaufscheines und der beiden Abschnitte Nr 95 für nichtrayoniertes Fett der neuen Fettkarte zum Höchstpreise verkauft. Auf jeden amtlichen weissen Einkaufschein gelangen so viel Mal 6 dkg Fett zur Abgabe als bezugsberechtigte Personen auf dem weissen Einkaufschein ausgewiesen sind. Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine mit den Buchstaben A bis G sind am 9. d.M., H bis L am 10., M bis S am 11. und Sch, St, T bis Z am 12. d.M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt. An jedem Verkaufstage werden 5000 kg Speck bereit gestellt sein.

## Kartoffelabgabe, Aufbewahrung der Kartoffelartenstämme.

Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche werden im 2. und 10. Bezirk Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 60 h für das  $\frac{1}{2}$  kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt M der Kartoffelkarte. Altkartoffeln werden vorläufig im 1., 5., 6., 9., 11., 15., 16., 20. und 21. Bezirke abgegeben und zwar gleichfalls  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 17 h für das  $\frac{1}{2}$  kg. Abgetrennt wird der Abschnitt M der Kartoffelkarte.

Die derzeitige Kartoffelkarte gilt bis 13. Juli. Die neue grüingedruckte Kartoffelkarte wird erst am Samstag, 20. d.M. ausgegeben. Die Kartoffeln werden in der dazwischenliegenden Woche vom 14. bis 20. Juli gegen Abtrennung des Stammes der jetzigen Kartoffelkarte abgegeben. Die Bevölkerung wird daher aufgefordert, den Stamm der Kartoffelkarte auch nach Abtrennung des letzten Abschnittes M für die Abgabe der Kartoffeln in der nächstnächsten Woche sorgfältig aufzubewahren.



Bekämpfung der Hundswut in Wien. Seit Mitte Juni ist abermals bei 24 Hunden die Wutkrankheit festgestellt worden und in weiteren 10 Fällen besteht Hundswutverdacht; der Wasenmeister hat seitdem wieder eine grössere Zahl von Hunden, die bei den Hundestreifungen auf der Strasse ohne Maulkorb oder nicht an der Leine getroffen wurden eingefangen, in die öffentlichen Lokale werden noch immer Hunde mitgenommen. Der Wasenmeister ist daher angewiesen worden, die Hundestreifungen im verstärkten Ausmasse vorzunehmen und alle eingefangenen Hunde nach wie vor sofort zu töten, überdies werden über Auftrag der Statthalterei die Hundebesitzer, die sich an die bestehenden Vorschriften nicht halten, streng bestraft. Jeder wahre Tierfreund wird daher gut tun, diese Vorschriften im eigenen Interesse und, um seinen Hund zu erhalten, genauestens einzuhalten.\*

Aus dem Rathaus. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch, 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab: Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 14 Geschäftsstücke, darunter Erhöhung der Kriegszulagen der städtischen Arbeiter, Neuregelung der Friedhofsgebühren, Stellungnahme der Gemeinde Wien zum Gesetzentwurf über die Kohlensteuer, Bewilligung eines Betrage von 170.000 Kronen für private und schulbehördliche Jugendfürsorge während der Ferienmonate im heurigen Jahre, Zuschusskredite, Subventionen und Bauangelegenheiten. - Der Stadtrat tritt Dienstag und Donnerstag 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen.

Städtische Kunstpflege. Die Einkaufskommission des Stadtrates hat folgende Werke aus der Jahresausstellung des Oesterr. Künstlerbundes angekauft: Burkhardt, Bildnis des Hofrates von Millenkevits ( Radierung ), Kögl, Kaiserin Maria Theresien - Zimmer ( Oelgemälde ), A.K. Schmidt, Aus Heiligenstadt ( Aquarell ), K. Zach, Hof in der Grinzinger Alle und Hof in Grinzing ( Oelgemälde ). Nach einem Antrage des StR. Schwer wurde das Bild Kaiser Franz Josef I. in seinem Arbeitszimmer in Schönbrunn von Professor von Matsch für das Kaiserzimmer des neuen Museums der Stadt Wien erwerben. Der Stadtrat beschloss ferner ein Bild des Malers Karl Müller, darstellend das Arbeitszimmer Kremers, für die städtischen Sammlungen anzukaufen.



190-191

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michew.**  
Wien, I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 8. Juli 1918. Nr. 190.

Eine grosse Naturalienspende des 12. Korps. Der Kriegeminister Freiherr von Stöger - Steiner hat dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner mitgeteilt, dass es ihm zur besonderen Freude gereiche, den Inhalt nachstehenden Telegrammes, das bei der Zentraltransportleitung des Kriegsministeriums eingelangt ist, zu dessen Kenntnis bringen zu können: Aus Jekaterinoslaw sind am 3. d.M. als Heerestransport 300 Meterzentner Brotbackmehl und 148 Stück Rinder für die Stadt Wien, ferner 130 Meterzentner Brothackmehl und 65 Stück Rinder für die Stadt Budapest als von allen Angehörigen des 12. Korps freiwillig durch Verzicht von der gebührenden Kostportion gebotene Beihilfe für notleidende Minderbemittelte der genannten Städte abgegangen.

Der geschäftsführende Vizebürgermeister Hierhammer hat in Vertretung des Bürgermeisters nachstehende telegraphische Zuschrift an den Kriegeminister gerichtet: Für das Telegramm betreffend Beistellung von 300 Meterzentner Brotbackmehl und 148 Stück Rindern für notleidende Mindestbemittelte Wiens bitte ich den verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ich ersuche dem Kommando des 12. Korps telegraphisch den Dank und die Freude der Gemeinde Wien für diese Spende auszusprechen mit der Bitte, es wolle durch eigenen Korpskommandobefehl diesen Dank und die Freude allen Angehörigen des 12. Korps mit dem Beifügen übermitteln, dass die Gemeinde Wien der durch so selbstlosen Verzicht unserer Heldensöhne, erzielten Werkthätigen Unterstützung der in der Versorgung schwer bedrängten Wiener stets gedenken und dass sie diese hochherzige Spende der Wiener Bevölkerung rechtzeitig in geeigneter Form zur Kenntnis bringen wird.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 8. Juli 1918. Nr. 191.

Gäste aus der Ukraine im Rathaus. Gestern vormittags erschienen eine Anzahl Herren aus der Ukraine, welche sich derzeit in Wien befinden, im Rathaus, wo sie in Abwesenheit des Bürgermeisters vom geschäftsführenden Vizebürgermeister Hierhammer empfangen wurden. Der Abordnung gehörten an: Als Vertreter des ukrainischen Verkehrsministeriums Ingenieur Ssackowitsch, Stellvertreter des Verkehrsministeriums; Ingenieur Korkuschko, Inspektor des Verkehrsministeriums; Mackarenko, Direktor des kommerziellen Departements; Stokoz, Beamter für besondere Aufträge; als Vertreter der Direktion der ukrainischen Staatsbahnen: Ingenieur Kiryillowitsch, Präsident der ukrainischen Staatsbahnen; Ingenieur Radowitsch, Direktor Stellvertreter und Chef des kommerziellen Dienstes; Ingenieur Lienkowsitsch, Verkehrs-Chef; Romischowsky, Chef der kommerziellen Abteilung für den internationalen Verkehr; Lutzau, Geschäftsführer der kommerziellen Abteilung für den internationalen Verkehr; Heiss, Abteilungschef des Einnahmedienstes; Beyer, Chef der Abteilung für den Personenverkehr; Dackar, Tarif-Revident; sonstige Persönlichkeiten: Mamian, Vertreter der podolischen Eisenbahnen; Dr. Linnitschenko, Kommissar des ukrainischen Ernährungsministeriums in Podwoloczyzka; Dr. Pivovonsky, Chef-Chirurg aus Kiew und Kruschewsky aus Kiew.

Vizebürgermeister Hierhammer erwartete die Herren im Empfangssalon des Bürgermeisters und begrüßte sie auf das Herzlichste namens der Stadt Wien. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass in einem baldigen allgemeinen Frieden sich Gelegenheit ergeben werde, die Beziehungen der Ukraine zu den Mittelmächten und insbesondere zu der Reichshauptstadt Wien zu fördern und zu festigen. Er bedauere nur, dass die Gemeinde infolge der derzeitigen Verhältnisse nicht in der Lage sei, die Besucher mit der gewöhnlichen Gastlichkeit zu empfangen, er gebe aber der Hoffnung Ausdruck, dass die Gemeinde in absehbarer Zeit Gelegenheit haben werde, dies nachzuholen.

Der Führer der Abordnung Ingenieur Ssackowitsch erwiderte, dass die Besucher entzückt seien von den Eindrücken, die sie in Wien gewonnen, insbesondere über die Schönheit der Stadt und die Herrlichkeit ihrer Gartenanlagen; sie wünschen nur, dass in ihrer Hauptstadt Kiew auch bald dieselbe Schönheit und Ordnung herrschen möge, wie sie es in Wien angetroffen. Vizebürgermeister Hierhammer geleitete sodann die Gäste persönlich durch die Festräume des Rathauses.

Fürstbischof Kaltner. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an das Salzburger Domkapitel anlässlich des Ablebens des Fürstbischofs Dr. Kaltner ein herzliches Beileidschreiben gerichtet.

Erwerbung von Grillparzer-Handschriften. Bei der Versteigerung durch das Kunstantiquariat Dr. Schwarz am 10. bis 12. Juni wurden von der Bibliothek der Stadt Wien ausser anderen Autographen einige wertvolle kleinere Handschriften Franz Grillparzers erworben.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Dr. Karl Teufelberger und Dr. Josef Pörner zu Oberbezirksärzten; Dr. Hans Fröhlich zum Oberarzt; Dr. Karl Oppenberger zum städtischen Arzt 1. Klasse; Ludwig Horn, Anton Karner, Reinhold Humler und Emil Rüßner zu Bauaufsichts - Oberrevidenten 1. Klasse; bei der Hauptkassa, Wilhelm Mucha, und Rudolf Reiter zu Kontoforen, Köck zum Adjunkten und Alois Hofmann zum Offizial, in der Kanzlei Ludwig Wottawa und Ludwig Abel zu Oberoffizialen; im Wahl- und Steuerkataster Josef Zechmeister zum Akezessisten, in der Zentralsparkassa Karl Zinsler zum Rechnungsbeamten in der 9. Rangklasse; Thomas Merz, Josef Aichinger und Johann Pohn zu Amtsdienern 1. Bezugsklasse.

Ehrengeschenke für Strassenarbeiter. Anlässlich der am 1. Juli 1893 erfolgten Uebernahme der Agenden der Strassen säuberung des 1. Bezirkes von der allgemeinen Österr. Transportgesellschaft in jene der Gemeinde Wien wurde auch ein Grosstal des Strassenpflegepersonals von hier übernommen. Von den übernommenen 212 Mann befinden sich derzeit 15 Mann in Verwedung. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hoss ihnen Ehrengeschenke in der Höhe von 50 bis 150 Kronen zuzuerkennen.

Ein neues Kinderheim der Gemeinde Wien. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Hoss, von der fürstlich Franz von und zu Liechtenstein'schen Forst- und Güterdirektion Neulengbach einen Meierhof in Judenau, der gegenüber dem kaiserlichen Waisenhaus daselbst gelegen ist, zum Zwecke eines städtischen Kinderheimes um 5000 Kronen pro Jahr auf 22 Jahre zu mieten. Die Räume daselbst reichen zur Unterbringung von mindestens 60 Kindern ( Mädchen ) samt Aufsichtspersonen aus.



W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z  
Montag 8 Juli abends.

---

Abgabe von Frühkartoffeln. Am Dienstag und  
Mittwoch dieser Woche werden außer im 2. und 10. Bezirk  
Frühkartoffeln auch im 4., 17. und 19. Bezirk abgegeben  
u. zw.  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 65 h per  $\frac{1}{2}$  kg.  
Abgetrennt wird der Abschnitt M der Kartoffelkarte.

---



# 19 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

---

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 9. Juli 1918, Nr 19<sup>o</sup>.

---

Abgabe von Frühkartoffeln. Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche werden ausser im 2., 4., 10., 17. und 19. Bezirke auch im 7. und 8. Bezirk Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt M der Kartoffelkarte.

---

Fuhrwerksverkehr im 6. Bezirk. Da in mehreren Gassen des 6. Bezirkes und zwar in der Liniengasse zwischen der Stumpergasse und Wallgasse sowie in den Seitengassen der Liniengasse gegen die Mittelgasse und in der Strohmayergasse die Häuser seinerzeit auf angeschüttetem Grunde erbaut wurden und die in das Erdreich eingelassenen Piloten dort bereits grossenteils vermauert sind, so dass der Bauzustand der Häuser durch starke Erschütterungen leidet, sah sich der Magistrat veranlasst nachstehende Zuschrift zu erlassen: Auf Grund des Gemeindestatutes wird die Durchfahrt von Schwerfuhrwerk und Lastkraftwagen durch die Liniengasse zwischen der Stumper- und der Wallgasse, ferner durch die Seitengassen der Liniengasse gegen die Mittelgasse sowie durch die Strohmayergasse untersagt und die Zu- und Abfahrt dieser Fahrzeuge innerhalb dieses Bezirksteiles nur im Schritt gestattet. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 400 Kronen oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

---

Zur Explosionskatastrophe in Mariahilf. In der heutigen Stadtratsitzung wurde nach einem Antrage des Bürgermeisters beschlossen Dr. Weiskirchner für die Opfer der Explosionskatastrophe in Mariahilf das Begräbnis auf Gemeindegeldkosten zu veranstalten.

---



193

Stiftung. Im August gelangen die Zinsen der Georg und Anna Hillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind. Bürger der ehemaligen Vorstadt Leimgrube genießen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche um Beteiligung sind bis 15. d.M. in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf einzubringen.

Seidenraupenzucht in den Kriegerheimstätten in Aspern. Die Ausstellung „Seidenraupenzucht“ im Prater gab dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner Anlass, die städtischen Aemter <sup>mit Beobachtungen</sup> zu beauftragen, ob nicht bei den Kriegerheimstätten Aspern eine Maulbeerpflanzung angelegt und eine Seidenraupenzucht eingerichtet werden sollte. Infolge dieser Anregung fand vor einigen Tagen im Rathaus eine Besprechung statt, welcher neben den Vertretern der städtischen Aemter Hofrat Portele vom Ackerbauministerium <sup>u.</sup> Frau Mitschl für die Ausstellung Seidenraupenzucht beiwohnten. Das Ergebnis der Besprechung war, dass die Voraussetzung für eine Maulbeerpflanzung und Seidenraupenzucht in Aspern gegeben ist und dass daher empfohlen werden könne, einen Versuch zu unternehmen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete VB. Hiarhammer über diese Angelegenheit und nach seinem Antrage wurden folgende Beschlüsse gefasst: In der Erwägung dass die Förderung des Seidenbaues in Oesterreich im eminenten Interesse der heimischen Volkswirtschaft ist und die Seidenzucht für Kriegsbeschädigte eine zweckmässige Beschäftigung bildet, spricht sich die Gemeinde Wien für die Einführung der Seidenraupenzucht in den Kaiser Karl Kriegerheimstätten in Aspern aus. Zu diesem Zwecke erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, den Wiener Kriegerheimstättenfonds für die Anlage einer Maulbeerpflanzung eine nachst den Heimstätten gelegene Parzelle im Ausmasse von 28.450 m<sup>2</sup> zu verpachten. Die Gemeinde Wien spricht dem Ackerbauministerium für die in Aussicht gestellte Ueberlassung von Maulbeerbäumen den Dank aus und richtet an das Ackerbauministerium das Ersuchen, die Gemeinde Wien und den Kriegerheimstättenfonds <sup>bei</sup> der in Aspern geplanten Seidenraupenzucht auch fernerhin zu unterstützen.

Ueber Auftrag des Bürgermeisters werden nun weitere Verhandlungen insbesondere in der Richtung geführt werden, dass die Anlage der Maulbeerpflanzung für den Herbst d.J. vorbereitet wird. Wegen Sicherung von Seidenspinnmaschinen aus der italienischen Kriegsbeute werden die erforderlichen Schritte unternommen werden.

Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister, der Stadträte und Bezirksvorsteher. Ein Pauschale für die Gemeinderäte. Neuregelung der Ruhegehälter.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete VB. Rain über diese Fragen. Der Berichterstatter hob hervor, dass mit Gemeinderatsbeschluss vom 27. Mai 1913 die Funktionsgebühren des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister und der Stadträte wieder auf die alte schon vor zwanzig Jahren bestandene Höhe gebracht wurden. Im Gemeinderate wurde damals auch von den Rednern der Opposition hervorgehoben, dass der Antrag vollkommen gerechtfertigt sei, weil die unter der Antsführung des Bürgermeisters Dr. Lueger herabge-

setzten Funktionsgebühren viel zu gering seien. Schon die Entwertung des Geldes würde <sup>jetzt</sup> keine wesentliche Erhöhung der Funktionsgebühren erfordern. Hierzu kommt noch, dass insbesondere der Bürgermeister und die Vizebürgermeister während des Krieges in einer Weise in Anspruch genommen werden, die weit über das frühere Mass hinausgeht und das völlige Aufgehen in ihren Amtspflichten und die völlige Hingabe ihrer Arbeitskraft erfordert. Diese Funktionäre haben ebenso auch wie die Stadträte und die Bezirksvorsteher zahlreiche repräsentative mit Geldauslagen verbundene Pflichten, denen sie sich in ihrer Stellung nicht entziehen können. Der Referent hob hervor, dass es sich momentan nicht empfiehlt, eine definitive Regelung vorzunehmen, es möge vielmehr sowie bei den Beamten eine 50 % ige Kriegszulage zu den Funktionsgebühren bewilligt werden.

Vizebürgermeister Rain besprach sodann die Frage der Amtsaufwand - Entschädigung für die Mitglieder des Gemeinderates und bezeichnete diese als notwendig gerade in der jetzigen Zeit, in welcher die Arbeit im Erwerbsleben sehr kostbar geworden ist und die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Existenz des Einzelnen von Tag zu Tag schwieriger wird. Der Zutritt zum Amte eines Gemeinderates müsse dem Tüchtigsten und nach seinen Fähigkeiten und Kenntnissen und dem Vertrauen seiner Mitbürger hierzu Berufensten verschlossen bleiben, wenn sein eigener bürgerlicher Beruf nicht so einträglich wäre, dass er auf dem mit dem Amte verbundenen Entgang an Zeit und bürgerlichen Verdienst verzichten kann. Es sei daher nur recht und billig, ja geradezu eine zwingende Schlussforderung des demokratischen Prinzipes, wenn auch dem Träger eines Ehrenamtes eine Entschädigung in irgend einer Form für den mit dem Amte verbundenen Zeitaufwand gewährt wird.

Der Referent begründete sodann eingehend die Erhöhung des Ruhegehaltes des Bürgermeisters und die Zuerkennung von Ruhegehältern für die Vizebürgermeister, Stadträte und Bezirksvorsteher und stellte schliesslich folgenden Antrag:

Siehe Beilage I

An das Referat knüpfte sich eine kurze Debatte, in welcher die Stk. Dr. Hein und Hohensinner sprachen.

Die Anträge des Berichterstatters wurden angenommen und werden den Gemeinderat bereits in seiner morgigen Sitzung beschäftigen.



194

3. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 9. Juli 1918. No. 194.

-----  
Obmannerkonferenz. Heute fand unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vicebgm. Hierhammer, Hoss und Rain die 98. geneiderätliche Obmannerkonferenz statt. Zu Beginn derselben berichtete Bgm. Dr. Weiskirchner über die gestrige Pulverexplosions-katastrophe in der Gumpendorferstr. tealte mit, dass er für die Opfer der Katastrophe den Hinterbliebenen derselben ein Leichenbegängnis auf Kosten der Gemeinde anbieten liess und sprach der Wiener Berufsfeuerwehr für ihr heldenmütiges Eingreifen den Dank und die vollste Anerkennung aus.

Hierauf erstattete der Bürgermeister Bericht über seine Reise nach Budapest, bei welcher Gelegenheit er dem Bürgermeister von Budapest Dr. Body für die von der Budapester Bevölkerung zu Gunsten der Stadt Wien durchgeführte Hilfsaktion persönlich den Dank der Stadt Wien abstattete.

Die Konferenz nahm sodann das in den vormittägigen Stadtratssitzung von Vicebgm. Rain erstattete Referat über die Erhöhung der Funktionsgebühren der Gemeindefunktionäre zur Kenntnis.

-----



ANTRAG DES STADTRATES.

Pr.Z. 6854 ex 1918.

Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der Vize-Bürgermeister, sowie Zuerkennung von Amtsaufwandentschädigungen für die Gemeinderäte, Gewährung von Funktionsgebühren für die Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Bewilligung von Ruhegehältern für den Bürgermeister, die Vize-Bürgermeister, für die Stadträte und die Bezirksvorsteher.

Referent: Vize-Bürgermeister RAIN.  
Beschluß vom 9. Juli 1918.

I.

Infolge der außerordentlichen Verhältnisse und für die Dauer derselben wird zu den Funktionsgebühren des Bürgermeisters, der Vize-Bürgermeister, der Mitglieder des Stadtrates und der Bezirksvorsteher eine 50 %ige Kriegszulage bewilligt; dieser Beschluß tritt mit 1. August 1918 in Kraft.

II.

Der Magistrat wird beauftragt, dem niederösterreichischen Landesausschusse und der k.k. Regierung nachstehenden Beschluß zur Erwirkung der Allerhöchsten Genehmigung bis zur endgültigen Neuordnung des Wiener Gemeindestatutes vorzulegen:

- 1) Infolge der außerordentlichen Verhältnisse wird den Mitgliedern des Gemeinderates mit Ausnahme des Bürgermeisters, der Vize-Bürgermeister und der Mitglieder des Stadtrates auf die Dauer ihres Amtes als Pauschalvergütung für die mit demselben verbundenen Auslagen insbesondere als Vergütung der im § 24 des Gemeindestatutes vorgesehenen Gebühren für die Teilnahme an Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse und als Ersatz der Auslagen für die Besorgung der Gemeindeangelegenheiten, jedoch mit Ausnahme für eine solche außerhalb der Stadt Wien eine Amtsaufwandentschädigung im Jahresbetrage von K 3000'-- zuerkannt; das Ausbleiben von mehr als drei aufeinanderfolgenden Sitzungen ohne hinreichenden Entschuldigungsgrund zieht den Verlust der Amtsaufwandentschädigung auf die Dauer eines Monats nach sich;
- 2) die Bezirks-Vorsteher-Stellvertreter erhalten für die Dauer ihrer Amtsführung eine Funktionsgebühr von jährlich K 1500'--;
- 3) das jährliche Mindestausmaß des Ruhegehaltes des Bürgermeisters bei seinem Ausscheiden aus dem Amte beträgt 6 Zehntel seiner zuletzt bezogenen Funktionsgebühr, das der Versorgung seiner Witwe 4 Zehntel des Ruhegehaltes des Bürgermeisters;
- 4) den Vize-Bürgermeistern gebührt beim Ausscheiden aus dem Amte nach mindestens 5jähriger Dauer ihrer Amtsführung in dieser Eigenschaft ein Ruhegehalt; der Ruhegehalt beträgt nach Ablauf dieser Zeit 60 Hundertstel und steigt nach Vollendung jedes weiteren Jahres in dieser Amtseigenschaft um 3 Hundertstel der zuletzt bezogenen Funktionsgebühr bis zu 9 Zehntel derselben;
- 5) den gewählten Mitgliedern des Stadtrates und den Bezirksvorstehern gebührt beim Ausscheiden aus dem Amte nach mindestens zehnjähriger Amtsführung in dieser Eigenschaft ein Ruhegehalt; der Ruhegehalt beträgt nach Ablauf dieser Zeit die Hälfte und steigt nach Vollstreckung jedes weiteren Jahres in dieser Amtseigenschaft um 3 Hundertstel der zuletzt bezogenen Funktionsgebühr bis zu 9 Zehntel derselben;
- 6) scheidet ein Vize-Bürgermeister, ein Mitglied des Stadtrates oder ein Bezirksvorsteher aus dem Amte, so werden die Zeiträume seiner letzten und seiner unmittelbar vorausgegangenen Amtsführung in einer anderen der angeführten Amtseigenschaft sowohl für die Beurteilung der Anspruchsberechtigung auf einen Ruhegehalt als auch für dessen Bemessung zusammengerechnet;
- 7) der Punkt II dieses Beschlusses tritt am 1. des der kaiserlichen Genehmigung nachfolgenden Monates in Wirksamkeit.



195

Wiener Rathaus-Korrespondenz.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 10. Juli 1918. № 195.

Am Donnerstag und Freitag dieser Woche werden ausser in den bereits veröffentlichten Bezirken auch noch im 14. Bezirke Altkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 17 h und im 12., 13. und 18. Bezirk Frühkartoffeln und zwar ebenfalls  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt M der Kartoffelkarte. Das Publikum wird nochmals aufmerksam gemacht, den Stamm der Kartoffelkarte sorgfältig aufzubewahren, da in der nächsten Woche die Kartoffelabgabe gegen Abtrennung des Kartenstammes erfolgt.

Erzeugung von Bauholz. Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des VB. Hierhammer 40000m<sup>3</sup> Tannenholz von der Staatsforstverwaltung besonders in den Wirtschaftsbezirken Tullnerbach und Pressbaum am Stock anzukaufen und es zur Erzeugung von Schnittware und für weiches Brennholz zu verwerten. Der Magistrat wurde ermächtigt, wegen Ankaufes einer Holzmenge bis zu 40.000m<sup>3</sup> mit der Forst und Domänen - direktion zu verhandeln.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 17. d.M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, 20. d.M. die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten für die 172. bis 181. Woche, die Fettkarten für die 97. bis 106. Woche, die Milchkarten für die 75. bis 84. Woche, die Kartoffelkarten für die 42. bis 51. Woche und die Seifenkarten für die Monate August bis einschliesslich November 1918 ausgegeben werden. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung ihre Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.



2. A n s a g e .

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 10. Juli 1918. Nr. 196.

Brauhaus der Stadt Wien. Der Stadtrat beschloss in seiner gestrigen Sitzung nach einem Antrage des VB. Rain den in Hannersdorf diensttuenden Arbeitern des Brauhauses der Stadt Wien denselben Anschaffungsbeitrag zuzuwenden, welcher mit Gemeinderatsbeschluss vom 27. Juni den Wiener Arbeiter-Personale bewilligt wurde.

Weiterenthebung frontdienstuntauglicher Lehrer. Nach einem Berichte des StR. Tomola hat der Stadtrat beschlossen, das Ministerium für Landesverteidigung dringendst zu ersuchen, in der Frage der Weiterenthebung der bis 15. Juli 1918 generell enthabenen frontdienstuntauglichen städtischen Lehrer im Hinblick auf die bedeutenden Aufgaben, vor welche die Lehrerschaft in der gegenwärtigen Zeit gestellt ist, noch vor Ablauf des bezeichneten Termines eine für die Lehrerschaft günstige Entscheidung zu treffen.

Auch der niederösterreichische Landesausschuss beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dieser Angelegenheit und fasste über Antrag des Landesausschusses Kunschak folgenden Beschluss: Der niederösterreichische Landesausschuss stellt an das Ministerium für Landesverteidigung das Ansuchen, die aus Grund der militärärztlichen Qualifikation als C als frontdienstuntauglich bis 15. d. M. enthabenen Volks- und Bürgerschullehrer der niederösterreichischen Schulen im Hinblick auf die unentbehrliche Mitarbeit dieser Personen in den Brotkommissionen, den Jugendfürsorge und sonstigen Kriegswohlfahrtsaktionen auch für die Dauer der heurigen Sommerferien vom Militärdienst zu erheben.

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 10. Juli 1918.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und hält *den Wiener Gemeinderat hat einen schweren und schmerzlichen Verlust zu beklagen: am 30. Juni ist Hermann Bielohlawek, Mitglied des Gemeinderates und niederösterreichischer Landesausschuss, nach kurzem, schwerem Leiden im 58. Lebensjahre verschieden.*

Wer seinen Lebenslauf kennt, muss dem Verbliebenen Achtung bezeugen als einem Manne von seltener Tatkraft und Opferwilligkeit, dem nichts so sehr am Herzen lag als die unermüdete Arbeit im Dienste seiner Mitbürger.

Bielohlawek gehörte mit einer kurzen Unterbrechung seit dem Jahre 1900 dem Gemeinderate an und zwar zunächst als Vertreter des 1. Bezirkes im 4. Wahlkörper und sodann als Vertreter des 12. Bezirkes im 3. Wahlkörper, vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1905 war er auch Mitglied des Stadtrates.

Im Jahre 1897 wurde er in das Abgeordnetenhaus entsendet und gehörte bis zu dessen Auflösung im Jahre 1901 an, ebenso war er vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1911 Mitglied

des Abgeordnetenhauses. Dem n.ö. Landtage gehörte Bielohlawek seit dem Jahre 1902 an und betätigte sich als Mitglied des n.ö. Landesausschusses namentlich auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Gewerbeförderung in hervorragender Weise.

Ueberhaupt war es eine Eigenart dieses Mannes, mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit für das einzutreten, was er als Recht anerkannt hat und gegen das anzukämpfen, was er als Unrecht empfunden hat. Dieser Bürgersinn, der gepaart war von einer unerschütterlichen Ueberzeugungstreue und getragen wurde von einer ausserordentlichen Rednergabe, machte ihn zum populären Volksmann, der in weiten Kreisen der Bevölkerung geschätzt und geehrt wurde.

Wir werden dem verbliebenen Kollegen, der das Ende dieser schweren Kriegszeit nicht mehr erleben sollte, stets ein dankbares ehrenvolles Andenken bewahren.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass ihm Beilagschreiben vom Minister des Innern und vom Statthalter zugegangen sind. Bürgermeister Dr. Weiskirchner fährt sodann fort:

Seitdem wir uns das letztmal in diesem Saale versammelt haben, ist die Wiener Bevölkerung mit den unsinnigsten und niederträchtigsten Gerüchten überschüttet worden. Alle diese Ausstreunungen, die nach dem Rezept der Finkreisung von verschiedenen Stellen der Stadt ihren Ausgang nahmen, hatten denselben Zweck: Die Liebe und das Vertrauen der Bevölkerung zum Herrscherpaare zu erschüttern, die Bevölkerung an ihrer durch Jahrhunderte erprobten kaisertreuen Gesinnung irre zu machen und zu aller Not und allem Elend Wirrnisse zu stiften.

Ich halte es für Pflicht des Wiener Gemeinderates, gegen derartige Ausstreunungen nachdrücklich Stellung zu nehmen. Mit Entrüstung und Verachtung weisen wir die Zumutung zurück, die Wiener Bevölkerung durch solche Umtriebe von ihrer Liebe und ihrer Treue zu unserem Kaiser und unserer Kaiserin, die eins sind mit ihrem Volke, abwendig machen zu können.

Der Regierung aber möchte ich die dringende Meinung ans Herz legen, doch endlich einmal abzulassen von der ziel- und planlosen Art, wie die Zensur geübt wird, und zu bedenken, dass durch ein solche Handhabung der Zensur - wie die letzten Tage es wieder bewiesen haben - noch mehr als die blödsinnigsten Gerüchte Unruhe in die Bevölkerung getragen wird.

Diese Kundgebung wurde durch wiederholte zustimmende Aeusserungen der Gemeinderäte begleitet.

Der Bürgermeister bringt den bekannten Brief des GR. Reumann wegen Niederlegung seines Stadtratsmandates zur Verlesung und fügt hinzu: Es tut mir ausserordentlich leid, dass Kollege Reumann nicht in den Stadtrat eingezogen ist und mit uns gearbeitet hat. Was aber das Wahlrecht anbelangt, können die verehrten Kollegen der sozial demokratischen Partei versichert sein, dass ich bestrebt sein werde und mit mir die christlichsoziale Partei, eine Demokratisierung des Wahlrechtes durchzuführen, durch welche allen aber auch allen Schichten der Bevölkerung entsprechen werden soll.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest den Spendeneinlauf: Herr Architekt Georg Tempel hat letztwillig für die Armen der Stadt Wien 20.000 Kronen gespendet.

Frau Anna Mautner, 18., Rhevenhüllerstrasse 8 hat 6000 K zum Zwecke der Entsendung armer kränklicher Kinder in die Kinderheilstalten der Stadt Wien gespendet.

Das k.k. Handelsministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium für soziale Fürsorge dem Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien für die dem Arbeitsstatistischen Amte im Jahre 1917 gelieferten statistischen Ausweise eine Prämie von 1600 K bewilligt.

Gemeinderat Josef Leitner hat 500 Kronen für verarmte Wiener Bürger des 17. Bezirkes gewidmet.

Ferner haben für die Armen des 14. Bezirkes gespendet: Julius Friedrich Dolezal 100 Kronen, Franz Michalek 100 K, Karl Wilhelm Spurny 100 Kronen, Eduard Hermann Homele 200 K, Josef Anton Duffek 30 Kronen.

Herr Notar Dr. Guido Müller, III., Hauptstrasse 58 hat für die Armen des 3. Bezirkes 100 Kronen gespendet.

Herr Paul Hopfner, Hotelier, 13., Hietzinger Hauptstrasse 12/14 hat 100 Kronen zur Beteiligung an Arme des 13. Bezirkes und 100 Kronen zur Verteilung an arme erblindete Soldaten gespendet.

Die Firma Julius und Josef Herrmann, VII., Mariahilferstrasse 36 hat 100 Kronen für die Armen des 13. Bezirkes gespendet.

Herr kaiserlicher Rat Lichtenstadt, Präsident der Ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt spendet für das städtische Archiv ein auf Pergament geschriebenes Original-Kauf-Dokument aus dem 16. Jahrhundert.

Das Uhrenmuseum der Stadt Wien, welches erst vor einiger Zeit durch die Einverleibung der Ebnser-Eschenbach'schen Sammlung eine ausserordentliche wertvolle Bereicherung erfahren hat, ist durch den „Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien“, der sich statutengemäss den Ankauf von Musealgegenständen, die dem Uhrenmuseum der Stadt Wien vom Verein unentgeltlich überlassen werden, zum Ziele gesetzt hat, wieder in den Besitz zweier reichhaltiger, schöner Sammlungen gelangt und zwar handelt es sich um 110 Stücke aus der Sammlung des verstorbenen Herrn Gustav Leitner und 457 Stücke aus der Sammlung des Wiener Uhrmachers Josef Nikolaus.

Die formelle Uebergabe dieser Stücke in das Eigentum der Gemeinde Wien wurde bereits durchgeführt.

Der Bürgermeister bringt weiters einen ausführlichen Bericht über die Rückstellung von Schulgebäuden seitens des Militärs zur Kenntnis des Gemeinderates.

Ebenso wird eine Entgegnung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt auf die seinerzeitige Rede des Gemeinderates Kommerzialrat Partik im Laufe der Budgetdebatte verlesen.

Schriftführer GR. Stangelberger verliest den Einlauf:

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Der Mangel an männlichen Lehrkräften an den Knabenschulen hat in den letzten Kriegsjahren ausserordentlich ungünstig auf die Erziehungsverhältnisse der männlichen Jugend zurückgewirkt. Die Enthebungen von Lehrern mit B und C Befund sind daher ausschliesslich eine im Volks- und Staatsinteresse gelegene

wichtige Massnahme. Die Erziehungsaufgabe ist jedenfalls ungleich wichtiger und bedeutungsvoller als ein militärischer Kanzleidiens in Hinterland, der bei dem Ueberflusse an geeigneten Schreibkräften sehr leicht ersetzt werden kann. Nicht ersetzt kann der Lehrer werden. Neuerdings sind Einberufungen von Lehrern der B und C Befundsklassen aus den Bezirke Ottakring, eines Industriebezirkes, erfolgt, so die Lehrer Beer, Bauer, Neugebauer, Maiwald, Pfohl, Vedral, Wiskot und Zlobicky. Es ist zu befürchten, dass diesen noch weitere Einberufungen folgen dürften. Auf die Gefahren solcher Einberufungen wurde schon seinerzeit im Herren- und Abgeordnetenhaus aufmerksam gemacht, so hat insbesondere der Bürgermeister in dankenswerter Weise Gelegenheit genommen, den wahren Ernst der Sachlage zu kennzeichnen. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, neuerdings mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass in ausschliesslichem Interesse von Schule, Volk und Staat die erfolgten Einberufungen der B und C Befundsklassen der Lehrer rückgängig gemacht und dass weitere Einberufungen zurückgehalten werden?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Laut Verfügung des Ministeriums für Landesverteidigung wurden alle frontdienstuntauglichen Lehrpersonen der Staats-, Landes- und Kommunal-Lehranstalten, welche dem Mannschaftsstande angehören, generell bis 15. Juli 1918 und zwar provisorisch von der militärischen Dienstleistung enthaben und die Anordnung getroffen, dass hinsichtlich aller dieser Lehrer, sofern deren Weiterenthebung sich als notwendig erweist, Enthebungsansuchen in der vorgeschriebenen Form und im vorgeschriebenen Dienstwege an das Ministerium für Kultur und Unterricht zu leiten sind. Mit Rücksicht auf den in Wien notorisch herrschenden Mangel an männlichen Lehrpersonen ist der Bezirksamtsrat um die weitere Enthebung aller generell bis 15. Juli 1918 provisorisch enthabenen Lehrer beim Landesschulrate eingekommen und hat die betreffenden Anträge in jedem einzelnen Falle eingehend begründet. Bisher ist die Erledigung nur eines Teiles dieser Anträge vom Landesverteidigungsministerium herabgelangt. Wider Erwarten ist jedoch in diesen Entscheidungen nicht die Enthebung sämtlicher betreffenden Lehrer erfolgt, sondern es sind nur wenige auf unbestimmte Zeit, die meisten bis zum 15. Februar 1919, einige aber nicht enthaben worden. Für diejenigen, bezüglich deren Weiterenthebung bisher noch nicht entschieden wurde, ist der Landesschulrat berechtigt, Abwartebewilligungen zu erteilen, um welche von hierorts bereits angesucht worden ist. Ein Teil der Abwartebewilligungen liegt seitens dieser Oberbehörde schon vor. Der Grund für die erwähnte Nichtenthebung einiger Lehrer, bzw. für die zeitliche Einschränkung der Enthebungen wurde dem Bezirksschulrate in den bezüglichen Entscheidungen nicht bekanntgegeben.

GR. Baurat Schneider richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage: Aus den heutigen Zeitungsberichten über die furchtbare Explosion in der Gumpendorferstrasse ist zu entnehmen, dass es Gepflogenheit ist, Pulver in Rucksäcken verwahrt, in den Strassenbahnwagen mitzuführen, das direkt



Interpellation in die Form eines Schreibens an die Gruppe fasse. Im Anschluss an die letzte Gemeinderatsitzung ist nun eine Verwahrung der demokratischen Vereinigung in den Blättern erschienen, in welchen ich eines ungesetzlichen Vorgehens beschuldigt werde. ( Lebhaftes Hört Hört Rufe ) Ich appelliere deshalb an die Wahrheitsliebe der Herren Stein und Schäfer ob ich irgend eine Ungesetzlichkeit begangen habe. Ich habe die Herren gebeten von der Interpellation abzustehen und beide Herren haben freiwillig darauf verzichtet und trotzdem werde ich eines ungesetzlichen Vorgehens beschuldigt. ( Lebhaftes Zwischenrufe )

GR. Goltz und Schäfer: Gegen unser Wissen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: In der Zeitungserklärung sind Sie aber unterschrieben.

GR. Goltz: Ich verwehre mich dagegen, ich weiss nichts davon.

GR. Schäfer: Ich weiss auch nichts davon.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Also Sie bestätigen meine Darstellung der Angelegenheit.

GR. Schäfer und Goltz: Jawohl.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Dann ist für mich diese Angelegenheit erledigt.

GR. Schäfer stellt folgende Interpellation: In der Bezirksvertretung Leopoldstadt wurden schon wiederholt Beschwerden geführt über die sanitätswidrigen Zustände auf den Märkten in Werd und am Volkert. Am meisten zu beklagen ist, dass noch immer zahlreiche Verkaufstände frei, ohne schützendes Dach sind, so dass sie allen Wirkungen der Atmosphärien, besonders aber der Verstaubung, schutzlos preisgegeben sind. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt zu veranlassen, dass auf diesen Märkten auf Kosten der Gemeinde sofort ein Pavillonsystem wie auf dem Naschmarkt errichtet werde, oder aber dass den Marktleuten die Erlaubnis erteilt werde, unverzüglich auf ihre Kosten geschlossene Markthütten zu errichten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich würde sehr gerne diesen Intentionen entsprechen, aber wenn die Herren wüssten welches Martyrium es war, zu Beginn des Krieges nur den Naschmarkt zu vollenden, würden sie es begreiflich finden, dass es unmöglich ist, jetzt derartige Dinge durchzuführen.

GR. Bichler stellt folgenden Antrag: Durch die anlässlich der letzten Budgetdebatte von Gemeinderäte zur Ordnung des städtischen Haushaltes beschlossene Erhöhung der Fahrpreise auf den städtischen Strassenbahnen wird ein Teil der Bevölkerung besonders hart getroffen. Es sind dies die durch den Krieg invalid gewordenen und die in den Wiener Spitälern in Behandlung stehenden kranken Soldaten.

Die Gemeinde Wien hat gleich zu Beginn des Krieges der Militärverwaltung eine grosse Anzahl von Freikarten der städtischen Strassenbahn zur Verfügung gestellt, es musste aber leider im Laufe der Zeit die Erfahrung gemacht werden, dass diese Freifahrtscheine nicht immer den Intentionen der Gemeinde Wien gemäss verwendet wurden.

Es ist auch eine bekannte Tatsache, dass die Lohn- und Versorgungsverhältnisse insbesondere der invaliden und kranken Mannschaftspersonen absolut unzureichend sind.

Um nun den durch den furchtbaren Weltkrieg invalid

gewordenen Soldaten, sowie jenen braven Kämpfern, die in ihrem schweren Dienste erkrankt und in den Wiener Spitälern untergebracht sind, eine Erleichterung zu verschaffen, wird angeregt, diesen eine Fahrpreismässigung auf den Strassenbahnen zu gewähren. Die Antragsteller sind sich bewusst, dass dies neuerlich eine grosse Belastung für die Gemeinde bedeutet. Die Sorge für die Braven im Kampf um das Vaterland krank oder invalid gewordenen Krieger, für die die Gemeinde Wien im Laufe des Krieges schon so manches Opfer gebracht hat, drängt sie jedoch dazu nachstehenden Antrag zu stellen: Die Gemeinde Wien gewährt jenen Invaliden, deren Invalidität durch die Militärbehörde festgestellt erscheint, sowie jenen in Wien in Behandlung stehenden kranken Soldaten, die im Besitz einer von der Spitalverwaltung eigens zu diesem Zwecke auszustellenden Legitimationen sind, die Fahrt auf den städtischen Strassenbahnen zu dem für die Kinder festgesetzten Tarif.

GR. Dr. Loewenstein stellt folgenden Antrag: Im Sinne der in der Gemeinderatsitzung vom 25. V.M. anlässlich der Budgetdebatte bei der Gruppe 8 ( Sanitätswesen ) vorgebrachten Ausführungen und unter Berücksichtigung eingehender Begründung, gestatte ich mir den Antrag zu stellen: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Die Systemisierung der 4. Rangklasse für den Oberstadtphysikus, Die Systemisierung der 5. Rangklasse für die Stadtphysiker, Die Systemisierung der 5. Rangklasse für den Direktor des Kaiser Franz Josef Jubiläumspitals der Gemeinde Wien und des Versorgungshauses in Wien, die Systemisierung der 6. Rangklasse für eine entsprechende Zahl von Oberbezirksärzten erster Klasse, bzw. die Erreichung der Bezüge der 6. Rangklasse, die Systemisierung der 6. Rangklasse für die Primärärzte des Kaiser Franz Josef Jubiläumspitals der Gemeinde Wien und des Versorgungshauses in Wien, bzw. die Erreichung der Bezüge der 6. Rangklasse, die Eröffnung der 7. Rangklasse für die städtischen Aerzte für Armenbehandlung und Totenbeschau nach dem Zeitverdienst.

GR. Ullreich stellt folgenden Antrag:

Mit dem Fortschreiten der Jahreszeit mehren sich wieder die Diebstähle in den Schreber- und Kriegsgemüsegärten in unheimlicher Weise. Die Inhaber dieser Gärten, die in harter Arbeit den Boden einiges Gemüse abbringen, sehen sich zu ihrer Verbitterung immer wieder durch Diebe um den Lohn ihrer Mühe gebracht. Es sind zwar seitens der Gemeinde Flurhüter bestellt, doch reicht ihre Zahl bei weitem nicht aus um den Kriegsgemüsegärten irgend welchen Schutz vor Diebstahl zu bieten. Auch die im Vorjahre erfolgte Heranziehung von Militärwachen hat infolge des unzulänglichen Ausmasses nur geringen Schutz. Heuer droht die Diebstahlsgefahr noch grösseren Umfang anzunehmen, sodass die Inhaber von Kriegsgemüsegärten und Schrebergärten der kommenden Zeit mit banger Sorge entgegensehen.

Es wird daher beantragt, Magistrat und Landwirtschaftsamt zu beauftragen, unverzüglich alle Massnahmen einzuleiten, um die Kriegsgemüse- und Schrebergärten tunlichst vor Diebstahl zu schützen.

GR. Ullreich stellt folgenden Antrag: Die Art wie gegenwärtig das Schweinefleisch zur Abgabe gelangt ist unhaltbar. Obwohl das Anstellen zur Nachzeit durch die Polizei verboten

wurde sollen sich die Leute doch schon am Abend für den nächsten Tag um Schweinefleisch zu erhalten. Wer aus irgend einem Grunde sich nicht anstellen kann für den bleibt Schweinefleisch dauernd unerreichbar. Eine Regelung ist daher dringend notwendig. Für dieselbe gibt es zwei Wege. Entweder die Abgabe des Schweinefleisches erfolgt auf eine bestimmte Nummer des Einkaufscheines durch so lange Zeit bis alle Haushalte auf Grund der unschwer anzustellenden Berechnungen in den Besitz der ihnen zustehenden Menge gelangt sind oder, wenn dies nicht thunlich sein sollte, im Wege der Rayonierung jedoch ausserhalb des bereits geregelten Bezuges von Rindfleisch.

Es wird daher beantragt, den Magistrat zu beauftragen in diesem Sinne die Regelung des Schweinefleischverkaufes umgehend in die Wege zu leiten.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten:

VB. Hess beantragt die Erhöhung der Kriegszulagen der Arbeiter im gleichen Ausmass wie sie den Angestellten nach dem Beschlusse vom 19. Dezember 1917 gewährt werden.

Angenommen.

Nach einem weiteren Berichte des VB. Hess werden Neusystemisierungen von Stellen und Gehaltserhöhungen im Lagerhaus der Stadt Wien und Neusystemisierungen von Stellen im Status der Stadtbuchhaltung genehmigt. Ebenso werden die Einreihung städtischer Kanzleigehilfen, welche zehn Dienstjahre ununterbrochen bei der Gemeinde zurückgelegt haben in den Kanzlistenstand eingereiht und eine Ergänzung der Kriegszulagenbestimmung betreffend verwitwete Angestellte genehmigt.

VB. Rain berichtet sodann über die Bewilligung von Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der Vizebürgermeister Zuerkennung von Amtsaufwandsentschädigungen für die Gemeinderäte, von Funktionsgebühren für die Bezirksversteher - Stellvertreter sowie über die Rukregealter, welche er eingehend begründet.

GR. Skaret: erklärt, im Namen seiner Partei, dass er im Hinblick auf die allgemeine Entwertung des Geldes im 4. Kriegsjahr gegen diese Aufwendungen nichts einzuwenden habe. Jedoch mit dem Punkt 2 des Antrages sei er nicht einverstanden, da hierzu eine Statutenänderung notwendig sei, welche bei dem Umstände, dass kein Landtag sei, nicht ordnungsgemäss und verfassungsmässig zustande käme. Die Sache wird an den Landesausschuss gehen und dann an das Ministerium, das wie bei der Erhöhung der Stadtratsmandate einfach sagen wird: Macht's halt! Das ist ein Zustand, indem sich die Parteien mit den §14 Verordnungen identifizieren. Weder ein innerlicher noch ein äusserer Grund bestimmen jetzt für die Remuneration der Gemeinderäte und sei daher nicht zu raten, für diesen Zweck ein kaiserliches Patent zu verschaffen. Der Redner erklärt, grundsätzlich ein Anhänger einer Entschädigung zu sein, die aber erst dann in Kraft treten soll, wenn der Gemeinderat wirklich demokratisiert ist. Er nennt die Besoldung der Gemeinderäte und Bezirksvorsteher-Stellvertreter einen Verfassungsbruch und gibt namens seines Klubs die Erklärung ab, dass er mit den 50%igen Erhöhung der bestehenden Funktionszulagen einverstanden sei, sich aber gegen die Funktionsgebühren der Gemeinderäte und Bezirksvorsteher-Stellvertreter aussprechen wird. Schliesslich verlangt er bei Abstimmung über den Punkt 2 die Konstatierung des Stimmenverhältnisses.

GR. Leitner erklärt namens des Bürgerklubs, dass es wohl nicht notwendig sei, die gestellten Anträge näher zu begründen. Der Klub ist der Ansicht, dass sich die Verhältnisse innerhalb der 4 Kriegsjahre geändert haben und insbesondere der Bürgermeister und die Vize-Bürgermeister durch die Fülle der zu leistenden Arbeiten so überlastet sind, dass sie vollständig ihre Dienste den Geschäften der Stadt widmen müssen. Ebenso sind die Stadträte durch die Kriegseinstellungen ihrem eigentlichen Berufe mehr entzogen und auch die Gemeinderäte, die im Interesse der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln durch Uebernahme, Einschätzung von Materialien, u.s.w. sowie durch die übrigen laufenden und Kriegskommissionen eine gewaltige Mehrleistung zu leisten gezwungen. Der Klub werde einstimmig für die gestellten Anträge eintreten.

GR. Goltz findet es für natürlich, dass dem Bürgermeister und den Vize-Bürgermeister eine Erhöhung ihrer Gebühren zugestimmt wird, weil sie eine Mehrleistung während des Krieges vollbringen. Der Gemeinderat hat diese Herren erst aus seiner Mitte gewählt, nicht die Bevölkerung und so sind sie die höchsten Beamten der Stadt Wien geworden. Bezüglich der Gemeinderäte gibt er zu bedenken, dass sie auf ein Ehrenamt hin gewählt wurden. Es war wohl nicht besonders glücklich vom Referenten den § 24 des Gemeindestatutes heranzuziehen, der gleich in seiner Einleitung sagt: Die Gemeinderäte verwalten ihr Amt unentgeltlich. Eine Statutenänderung im Wege eines kaiserlichen Patentes zu erstreben, rät er ab. Im Übrigen erklärt er, dass die Entschädigung mit 3000 Kronen für den Einzelnen keine Entschädigung sei, jedoch in der Summe etwas ausmache. Er erklärt, entschieden dagegen stimmen zu wollen.

GR. Dr. von Dorn hat gegen die Erhöhung der Funktionsgebühren nichts einzuwenden, da kein Zweifel besteht, dass die Arbeitslast des Bürgermeisters und der Vizebürgermeister ausserordentlich gross geworden, ihre Verantwortung enorm gewachsen ist und dass die vor 20 Jahren angesetzten Entschädigungen in die heutige Zeit nicht hineinpassen. Dafür werde auch sein Klub stimmen. Eine andere Sache ist der 2. Vorschlag, die Entschädigungsgelder für die Gemeinderäte. Diese wurden als unbezahlte Vertreter von der Bevölkerung gewählt, weil sie ja selbst wollten und können daher für das, was sie selbst angestrebt haben, für ein Ehrenamt keine Entschädigung verlangen. Er spricht sich daher dagegen aus, und gibt die nicht ganz einwandfreie Statutenänderung zu bedenken, die er eine Gesetzesbeugung nennt. Das Pauschale für die Gemeinderäte ist eine verfehlte und ungerechtfertigte Sache und sein Klub werde derselben nicht zustimmen.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird zur Abstimmung geschritten, nach welcher die Referentenanträge genehmigt und bei Punkt II (Entschädigungen für die Gemeinderäte) nur über Antrag des GP. Skaret das Stimmenverhältnis mit 82 : 18 Stimmen konstatiert.

Nach einem Antrage des Gr. Schneider wird der Firma Wilhelm Beetz die Erhöhung der Gebühren für die Benützung der öffentlichen Bedürfnisanstalten im bekannten Umfange bewilligt.

GR. Tomola beantragt die Bewilligung eines Betrages von 170.000 Kronen zur Durchführung der schulbehördlichen und privaten Jugendfürsorge (Angenommen).

GR. Breuer beantragt die Erhöhung des Baukreditess für den Bau des neuen Naschmarktes anlässlich verschiedener

Mehrheiten und Aufzählungen um 51.087 Kronen (Angenommen).  
Ueber Antrag des Gr. Spalowsky wird beschlossen:  
Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Bürgermeister die Bevölkerung Wiens in einem Auftrage anrufen wird, zur Unterstützung Kriegseinstreuer und kriegsbedrohter Ehegatten

Gebrauchte Möbel unentgeltlich oder gegen bescheidene Entgelt an die zu errichtende städtische Materialabzugeben. Für die Durchführung dieser Aktion wird ein verlässlicher Kredit von

100.000 Kronen bewilligt.  
Nach einer Reihe weiterer Referate wird die Sitzung geschlossen.



II

von dem Pulvermagazinen in dieser Verpackung übernommen wird. Welche eminente Gefahr für das mitfahrende Publikum in einem solchen Transport besteht, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden. Es ist nur zu verwundern, dass Schiesspulver an Personen abgegeben wird, die nicht entsprechende Behälter oder Gefässe mitbringen.

Es wird gefragt, ob es dem Bürgermeister bekannt ist dass solche Verordnungen bestehen. Sollten solche Vorschriften nicht bestehen, ob er geneigt ist, energische Vorstellung bei der Heeresverwaltung zu erheben. Pulver nicht in so grossen Quantitäten an Einzelne abzugeben und nur dann, wenn hierfür behördlich vorzuschreibende und so konstruierte Gefässe oder Behälter mitgebracht werden, welche gegen äussere Einwirkungen weniger empfindlich als Rucksäcke oder dergleichen sind.

GR. Schlächter interpelliert in derselben Angelegenheit.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Ein schriftlicher Bericht des Feuerwehrrückkommandes ist mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit noch nicht erstattet worden und ich halte es auch für wichtiger, dass die Feuerwehr am Orte des Unglückes abreitet, als dass sie Berichte erstattet. Ich habe es übrigens, als meine Pflicht erachtet, mich noch vorgestern abend an die Unglücksstätte begeben und durch Augenschein zu überzeugen, erstens von den Verheerungen, anderseits aber von der wirklich hervorragenden heldenmütigen Tätigkeit unserer braven Feuerwehr und ich kann diesen Anlass nur benutzen, um den Branddirektor, den Offiziere und der Mannschaft den Dank und die Anerkennung des ganzen Gemeinderates auszusprechen. Es steht schon heute fest, dass diese Katastrophe nur durch sträfliche Ausserachtlassung der für den Betrieb geltenden Vorschriften erklärt werden kann. Bei Einhaltung der kommissiell festgesetzten Betriebsbedingungen und der Ministerialverordnung, betreffend den Pulververschleiss hätte sich das Unglück nicht ereignen können. Die erwähnte Ministerialverordnung unterscheidet Pulver-Kleinverschleiss und Grossverschleiss. Bei den ersteren darf die zu bewilligende Pulvermenge 20 kg nicht überschreiten, während die für Grossverschleiss in Betracht kommende Menge sich bis auf 10.000 kg und darüber belaufen kann. Eine allgemeine Einschränkung, wonach Pulver in grösseren Mengen an Einzelne nicht abgegeben werden soll, ist also wohl nicht gut möglich. Es kann nur gefordert werden, dass die nach Massgabe der Lizenz zulässige Menge in jedem einzelnen Falle bei der Ausfolgung nicht überschritten werde. Bezüglich der Beschaffenheit der Verpackungsmittel bestehen allerdings wie der Magistrat im kurzen Wege beim Kriegeministerium erhoben hat, gewisse Vorschriften, die beim Bezuge des kriegsartigen Pulvers zu beobachten sind. Nach diesen Vorschriften kann das Pulver entweder in kriegsartigen Originalverpackung bezogen werden, oder es müssen die von den Parteien mitgebrachten Verpackungshelfe sorgfältig erzeugt sein, damit sie ihrem Zwecke vollkommen entsprechen. Die Säcke, heisst es weiter, sollen insbesondere aus so festem und dichtem Material hergestellt sein, dass sie bei der Manipulation nicht reissen, oder das Pulver zwischen den Gewebemaschen durchfliessen lassen. Die Säcke sind in dicht gefügten Kisten oder gut abgebanderten Fässern sorgfältig zu lagern.

Schadhafte und ungeeignete Verpackungsmittel sind ausgeschlossen und ist, wenn welche mitgebracht werden und eine Aushilfe seitens der Ausgabestelle nicht geleistet werden kann, die Ausfolgung des Pulvers zu verweigern.

Wie zugegeben wurde, wird jedoch tatsächlich Pulver ohne jede Rücksichtnahme auf die Gattung des mitgebrachten Behälters ausgefolgt. Der Magistrat wird daher an das Kriegsministerium mit dem dringenden Ersuchen herantreten, Pulver in Zukunft nur an Personen auszufolgen, die mit entsprechend feuer sicheren Behältern zu seiner Aufnahme ausgestattet sind.

Was aber den Transport des Pulvers mit Rucksäcken auf der Strassenbahn anbelangt, so ist ein solches Vergehen direkt verbrecherisch zu nennen. (Lebhafte Zustimmung).

Was die Strassenbahn anbelangt, wissen ja die Herren, dass eine Kundmachung erschienen ist, welche eine Mitnahme derartiger Gegenstände ausdrücklich verbietet. Es muss aber auch an die Gewerbetreibenden dringlichst appelliert werden, nicht mit dem sogenannten Gefahrenmemento zu rechnen. Ich habe übrigens in der letzten Zeit auch bezüglich der Filmdepots die strengsten Verfügungen getroffen und den Magistrat beauftragt, bei Ungesetzlichkeiten ohne Rücksicht mit der ganzen Schwere des Gesetzes vorzugehen. (Neuerliche lebhafte Zustimmung).

GR. Biber stellt folgende Interpellation:

Die bei Bewilligung des letzten Kredites für Wohnungsfürsorge gehegten Befürchtungen sind eingetreten. Das Bauen ist nicht billiger, sondern teurer geworden. Auch die Verhältnisse im Wohnungsmarkte haben sich verschlechtert.

Da einerseits der Errichtung von Neubauten im grossen Stile unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, neue Wohnungen aber unverzüglich geschaffen werden müssen, erscheint es unabwieslich, die Schaffung von Dachwohnungen in grossen Mengen ohne Verzug in die Wege zu leiten.

Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, das Stadtbauamt zu beauftragen, unverzüglich Vorschläge zu erstatten, in welcher Weise die Errichtung von Dachwohnungen bei bestehenden Häusern in grosszügiger Weise gefördert werden könnte.

Der Bürgermeister erwidert:

Die in der Interpellation angeregte Frage ist von uns in Wohnungsfürsorgeausschüsse schon wiederholt behandelt worden und ich werde seine Anfrage als Antrag behandeln und der nächsten Sitzung des Ausschusses vorlegen.

GR. Dr. von Schwarz-Miller stellt folgende Interpellation: In der letzten Zeit sind die ohnehin dürftigen Mitteilungen über das Schicksal unserer Internierten im feindlichen Auslande, sowie insbesondere über die Bemühungen unserer offiziellen Stellen zur Befreiung der Zivilgefangenen vollends verstummt. Immer grössere Beunruhigung und Besorgnis erfasst die im Hinterlande, in besonders auch in Wien ansässigen nächsten Anverwandten unserer Internierten, wenn dann und wann ungeschminkte Berichte über die Zustände in den Aufenthaltsorten und über die Seelenverfassung unserer mitten aus Arbeit, Wohlstand und sozialer Stellung urplötzlich durch den Krieg in Knechtschaft und Sklaverei versetzten unglücklichen Brüder. Die täglich anwachsende Zahl der Geisteskranken

Internierten verkündet das traurige Ergebnis einer unerträglichen und fast schon vier Jahre dauernden Gefangenschaft. Ausserordentlich schmerzlichen fühlen sich unsere Internierten dadurch getroffen, dass sie den Glauben in sich tragen und zu immer grösserer Gewissheit werden lassen, dass von Seite ihrer Heimat, als deren Pioniere im Auslande sie so lange gewirkt haben, nicht alles geschieht um ihrer entsetzlichen Lage endlich ein Ende zu machen. Besonders seitdem das Deutsche Reich das Austausch-Abkommen mit Frankreich geschlossen hat und bereits in günstigen Verhandlungen mit England steht, hat sich der österr. ungarischen Internierten eine verzweifelte Stimmung bemächtigt, sie fangen allmählich an an ihrem Lande zu zweifeln. Ich entnehme einem ausführlichen Briefe aus der Interniertenstation Malta vom 28. Mai d.J. nur folgende Stelle, obwohl der Brief eine Fülle von interessanten, allerdings uns auch beschämenden Details enthält:

„Es muss Alles, Alles geschehen, um unsere Freilassung durchzusetzen. Nach beinahe 4 jähriger Gefangenschaft muss die Moral jedes menschlichen Wesens leiden, denn auch unsere Widerstandskraft hat ihre Grenzen. Die Frage hat jetzt für uns ein Stadium erreicht, in welchem es zwingendes Gebot und eiserne Notwendigkeit wird, uns die Freiheit wiederzugeben. Jetzt ist der Moment gekommen, Euer Tatkraft und Energie sind unser letzter Hoffnungsschimmer. Wir erwarten alles von Euch und unserer Regierung. Wir dürfen nicht noch einmal enttäuscht werden.“

Wollen wir auf unsere Sendboten im fernen Auslande für immer verzichten, haben wir denn einen solchen Reichtum an tüchtigen Männern, welche im Interesse und zur Ehre unseres Vaterlandes draussen wirken. Steht unsere Propaganda Aktion derart aus, dass sie schon bei der Hilfeleistung für die eigenen Landeskinde versagt? Nachdem eine Unzahl unter den Internierten Wiener sind, nachdem weiters eine grosse Anzahl Wiener Familien an dem Schicksale von Internierten ausserordentlich interessiert ist.

wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, allenfalls unterstützt durch ein Votum des Wiener Gemeinderates, mit den Vertretern aller Parteien bei den kompetenten Stellen vorzusprechen, damit in der Sache der Internierten endlich einmal etwas Entscheidendes und zum vollen Erfolge Führendes unternommen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Da ich den Inhalt der Interpellation voll und ganz würdige, bin ich gerne bereit, dem Wunsche des Herrn Interpellanten zu entsprechen und werde mit den Kollegen der Obmänner-Konferenz erörtern, welche Schritte bei den kompetenten Behörden einzuleiten wären.

GR. Hilscher interpelliert wegen der Absicht im Deutschen Wien ein tschechisches Theater zu errichten und richtet die Bitte dem neuerlichen unerhörten Ansinnen der Tschechen auf das Entschiedenste entgegenzutreten zu wollen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Darauf kann ich nur erwidern, was ich bereits in der Gemeinderats-Sitzung vom 13. Juni auf eine gleiche Interpellation erklärt habe, dass mir von einem Projekte eines tschechischen Nationaltheaters in Wien nicht mehr bekannt ist, als was alle Herren in Zeitungen gelesen haben.

Selbstverständlich werde ich in dem Falle, als irgendwelche Schritte zur Realisierung dieses Theaterprojektes unternommen werden sollten, nicht ermangeln, rechtzeitig die Stellungnahme des Wiener Gemeinderates einzuholen.

GR. Schäfer stellt folgende Interpellation: Die Verrohung der Schuljugend hat bereits einen bedenklichen Grad erreicht, weil die organisierten Räuberbanden auf den Bahnhöfen beweisen, die weitans aus Jugendlichen bestehen. Schuld daran ist der Halb- und Dritteltagsunterricht, der wieder durch die Besetzung zahlreicher Schulen durch das Militär bedingt ist. Was für Ueberfüllungszustände in manchen Schulen herrschen, zeigt z.B. die Schule Schwarzringergasse 4 mit 374 Schülern; dort ist weiters eine 2. Bürgerschule mit 340 Kindern, 2 Gewerbeschulen, der Franz Josefs-Kinderhort und 3 Brotkommissionen mit ihrem riesigen Parteienverkehr untergebracht, was geradezu als eine hygienische Katastrophe bezeichnet werden muss. Sowohl die Bezirksvertretung als auch der Ortsschulrat des 2. Bezirkes haben sich wiederholt mit dieser Angelegenheit befasst, leider bisher erfolglos. Zahlreiche Schulen sind von ganz geringen Mannschaftsständen besetzt, z.B. die Schulen Pazmanitengasse 17, Nowaragasse 30, Weintraubengasse 13, besonders in letzterer sind meistens nicht mehr als 15 bis 20 Mann anwesend. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, sich sofort mit den beteiligten Ministerien in Verbindung zu setzen, damit diese Schulen sofort geräumt, die wenige Mannschaft wo anders, z.B. in den leergewordenen Ubikationen des Praters untergebracht werden, damit ohne Störungen die Wiederherstellung der stark mitgenommenen Schulen begonnen werden kann, um wenigstens im Herbste 1918 wieder einen Teil der Kinder der Strasse zu entziehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Was die Interpellation anbelangt, weise ich darauf hin, dass ich zu Beginn der Sitzung bereits einen ausführlichen Bericht über die Rückstellung von Schulgebäuden erstattet habe. Weil aber der Interpellant der GR. Schäfer ist sehe ich mich veranlasst, auf eine Angelegenheit zurückzukommen, welche mit einer anderen Interpellation im Zusammenhange steht. Es haben in der vorigen Sitzung die Mitglieder der demokratischen Gruppe des Gemeinderates eine Interpellation über Verhältnisse bei der städtischen Feuerwehr überreicht. Obmann Goltz war nicht zu erlangen und ich habe dahe die Kollegen Stein und Schäfer zu mir gebeten und ihnen gesagt dass der Branddirektor, welchem ich diese Interpellation zur Beantwortung übergeben habe, besagt ist, dass durch die Verlesung solcher Interpellationen die Disziplin in den militärisch organisierten Körper der Wiener Feuerwehr beeinträchtigt werden könnte. Ich habe beiden Herren erklärt, dass es ihr Recht ist zu interpellieren und dass ich wenn sie darauf bestehen selbstverständlich die Interpellation verlesen und beantworten werde. Ich habe aber beiden Herren gesagt, dass ich ihnen nahe lege, ob sie nicht davon absehen wollen. Die Herren Stein und Schäfer haben einander angeblickt und einstimmig erklärt, sie ziehen die Interpellation zurück unter der Voraussetzung, dass ich die Antwort auf die



194

Wiener Rathaus-Korrespondenz.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien.  
Wien. I. Neues Rathaus.

196

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 11. Juli 1918. Nr 197.

Abgabe von Kartoffeln. Am Freitag und Samstag dieser Woche werden ausser in den bereits veröffentlichten Bezirken auch noch im 3. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg gegen Abtrennung des Kartoffelabschnittes M abgegeben. Ferner werden am Freitag und Samstag im 5. und 9. Bezirke Frühkartoffeln unter den obigen Bedingungen abgegeben. Diese Belieferung gilt bereits für die nächste Woche und wird daher in diesen Bezirken bei der Abgabe der Stamm der Kartoffelkarte abgetrennt.

Antrag auf Schaffung einer Kriegsgefangenen-Auskunftstelle.

In der heutigen Stadtratsitzung stellten die StRe. Dr. Hein und Hohensanner folgenden Antrag: Mit Rücksicht darauf dass die Wiener Angehörigen länger Zeit ohne jede Naohrich über das Schicksal der in Russland befindlichen Kriegsgefangenen sind, stellen wir den Antrag, es sei das Kriegsministerium zu ersuchen, alle einlangenden Nachrichten, über die Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern, in welchen sich Wiener Kriegsgefangene befinden und über den Stand der Heimbeförderung und die zur Erleichterung der Heimbeförderung getroffenen Massregeln an den Magistrat gelangen zu lassen. Es sei beim Magistrate eine Auskunftstelle zu errichten, welche diese Nachrichten sammelt und an welche sich die Wiener Angehörigen um Auskünfte wenden können. Der Antrag wurde zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung dem Magistrate zugewiesen.

10/IV



Kommunale Auszeichnungen. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde nach Berichten des VB. Hierhammer dem vaterländischen Dichter Ottokar Kernsteck in Anerkennung seiner hervorragenden Tätigkeit auf dem Gebiete deutscher Dichtkunst und in Würdigung seiner Verdienste auf dem Gebiete deutscher Sprachforschung anlässlich seines 70. Geburtstages das taxfreie Bürgerrecht der Stadt Wien und dem Tenkünstler Rudolf Fitzner anlässlich seines 50. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um das Wiener Musikleben das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen, weiters wurden nach einem Antrage des StR. Angermayer verliehen: Dem Bezirksvorsteher des 5. Bezirkes Kaiserlichen Rat Thomas Perzer, in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen, verdienstvollen Tätigkeit als Mitglied der Bezirksvertretung und auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege, sowie in Würdigung seiner Wirksamkeit als Vorsitzender des Ortsschulrates die grosse goldene Salvator - Medaille, Dem Armenrate des Bezirkes Margareten Josef Huber, städtischen Oberlehrer, in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege, dem Armenrate des Bezirkes Margareten Eduard Böhm in Anerkennung seiner fast 30 jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege und dem Armenrate Johann Zern, Bezirks- und Ortsschulrate in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen erspriesslichen armenrätlichen Tätigkeit sowie in Würdigung seiner vieljährigen verdienstvollen Wirksamkeit als Bezirks- und Ortsschulrat die goldene Salvator-Medaille, nach einem Antrage des StR. Heinak wurde dem Bezirksvorsteher des 1. Gemeindebezirkes kaiserlichen Rat Josef Wieninger in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen erspriesslichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung das taxfreie Bürgerrecht und endlich nach einem Berichte des StR. Temela dem Volksschullehrer 1. Klasse i.R. Jakob Spiess in Anerkennung und Würdigung seiner langjährigen verdienstvollen Wirksamkeit im Schuldienste die goldene Salvatormedaille verliehen.

Ernennungen und Titelverleihungen im Magistrate und Stadtbauamt. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde nach einem Antrage des VB. Hierhammer beschlossen, den Magistratsrat Dr. Josef Müller zum Obermagistratsrat extra statum in der 5. Rangsklasse zu ernennen, dem Magistratsrat Tit. Obermagistratsrat Hugo Artzt in Anerkennung seiner vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung die systemmässigen Bezüge der 5. Rangsklasse zu bewilligen, den Magistratsräten Josef Schaufler, Karl Hanisch, Dr. Karl Schaad, Franz Fürst, Dr. Anton Loderer, Dr. Otto von Nagel, Dr. Theodor Held, Dr. Gustav Ehrenberg, Dr. Franz Jamöck und Josef Formanek in Anerkennung ihrer vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung den Titel Ober-Magistratsrat, weiters in Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung den Magistrats-Sekretären Dr. Johann Handler, Dr. Anton Schwarz, Dr. Anton Schliesinger, Dr. Alfred Ritter von Dierkes, Friedrich Paul, Dr. Karl Hartl und Dr. Rudolf Hornek den Titel Magistratsrat und den Magistrats-Oberkommissären Dr. Robert Mayr, Ludwig Schramm, Dr. Viktor Nather, Dr. Johann Liebl und Franz David den Titel Magistrats-Sekretär zu verleihen. Nach einem Antrage des VB. Hoss wurde der städtische Baurat Ingenieur Eduard Bodenseher zum Oberbaurate extra statum ernannt und gleichzeitig ad personam in die 5. Rangsklasse eingereiht und den städtischen Bauräten Ingenieur Julius Steiner, Ingenieur Alexander

Swetz, Ingenieur Hanä Bartack, Ingenieur Anton Kuchlbacher, Ingenieur Richard Binder und Ingenieur Max Fiebiger in Anerkennung ihrer vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung der Titel städtischer Oberbaurat, den städtischen Bau-Inspektoren Ingenieur Alois Schneider, Ingenieur Karl Göller, Ingenieur Johann Hoppenberger, Ingenieur Johann Bischanka, Ingenieur Alois Tommazoni, Ingenieur Johann Fiedler, Ingenieur Leopold Wolf, Ingenieur Franz Fellner, Ingenieur Leopold Kosetschek und Ingenieur Friedrich Jäckel in Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung der Titel städtischer Baurat verliehen.

Aus dem Lagerhaus. Der Gemeinderat hat nach einem Berichte des VB. Hoss beschlossen, den Vorständen der Lagerhäuser der Stadt Wien Ernst Krystufek und Josef Peldrian den Titel Ober-Inspektor, den Kontrolloren Ludwig Podirsky, Friedrich Hauschka und Otto Cakl den Titel Inspektor zu verleihen, dem Bauinspektor des Stadtbauamtes Ingenieur Gottfried Wurzinger, dem Bauaufsichts-Oberrevidenten Gustav Kittel und dem Bauaufsichts-Offizial Rudolf Schwetz für die Dauer ihrer Verwendung im technischen Dienste der Lagerhäuser der Stadt Wien Diensteszulagen zuzuerkennen.

Zeitbeförderungen im Magistrate. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hierhammer die Magistratsoberkommissäre Dr. Gustav Riebe, Dr. Ludwig Maly, Dr. Alfred Köpf, Dr. Karl Petz, Dr. Ludwig Dauchow, den tit. Sekretär Robert Jiresch, Dr. Anton Kurz und Dr. Josef Gröll im Wege der Zeitbeförderung zu Magistratssekretären ernannt.

Ernennung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hierhammer den Magistratssekretär Dr. Otto Hürsch zum Magistratsrat ernannt.

Neue Städtische Direktoren. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung nach einem Berichte des VB. Hierhammer dem Magistratssekretär Karl Hofer zum Direktor des Arbeiter-Fürsorgeamtes der Stadt Wien und den Magistratssekretär Josef Gold zum Direktor des städtischen Jugendamtes ernannt und beiden die Bezüge der 6. Rangsklasse zuerkannt.

Gnadengabe. Der Gemeinderat hat nach einem Antrage des VB. Hoss die Gnadengabe der Vizebürgermeisterswaise Maria Borschke auf jährlich 1200 Kronen erhöht.

Feierlichkeiten im Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute in der üblichen Weise eine Reihe von Angelobungen und Ueberreichungen vor, wozu sich die StRe. Braun, Müller und Wippel, die GRe. Brenta, Laubeck und Sadilek, die Bezirksvorsteher kaiserlicher Rat Wieninger und Stary, sowie Obermagistratsrat August Mayer und Magistratssekretär Jiresch eingefunden hatten. Dem Bezirksrate des 20. Bezirkes Karl Aumann wurde das Diplom als Bezirksrat überreicht und folgende Bediente der städtischen Strassenpflege mit Ehrengeschenken beteiligt: Wilhelm Fritsch, Johann Maschek, Johann Diwald, Alois Tremel, Karl Hoffmann, Michael Czibula, Johann Satzinger, Josef Kukula, Josef Oehlbaum, Franz Brückner, Josef Jestrab, Felix Jakoubek Ludwig Walter, Johann Büchler, Martin Zipper, Karl Wuchterl, Heinrich Habermüller, Wenzel Kudalka und Matthäus Iwan.

In der Ansprache an die neuernannten Bürger führte Bürgermeister Dr. Weiskirchner aus: Schwere Zeiten sind über uns gekommen und wir sehen noch kein Ende. In solcher weltgeschichtlicher ewig denkwürdiger Epoche im Leben unserer Stadt ist es Pflicht aller Bürger fest und treu zusammenzustehen. Sie haben gestern im Gemeinderate gehört, wie

Ich namens des Ganzen Gemeinderates gegen die plötzlichen niedertrübsigen Gerüchte aufgetreten bin, welche von feindlicher Seite propagiert werden, um die Liebe und das Vertrauen der Bevölkerung zu unserem geliebten Kaiser zu erschüttern. Wiens Bürger waren immer kaisertreu und fest und treu steht Wiens Bürgerschaft auch heute zum Kaiserhaus das sich stets eins gefühlt hat mit der Bevölkerung und heute noch führt. Ich bitte Sie daher als mahnender besidete Bürger diesen Ausstreunungen mit grösster Entschiedenheit entgegen-

zutreten. Die Zustimmung der Feinde, dadurch unseren Glauben erschüttern zu können, ist geradezu eine schwere Beleidigung von Wiens Bürgerschaft.

Ehrengabe. Der Stadtrat beschloss der Witwe des verstorbenen vaterländischen Dichters Franz Keim, Frau Hermine Keim einen Ehrengelohn von 1500 Kronen jährlich zu bewilligen. (Referent VB. Hierhammer)



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michler.**

Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

199-200

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 12. Juli 1918. Nr. 199.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. In der 65. Woche wird mit Genehmigung des k.k. Amtes für Volksernährung an die Besitzer der rosa Einkaufscheine Rindfleisch und zwar 20 dkg auf den Kopf und die Woche gegen Abtrennung des Abschnittes B in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereier A.G. an folgenden Tagen in den Vormittagsstunden abgegeben werden: Samstag, 13. A bis F, Montag, 15. G bis K, Mittwoch 17. L bis R und Donnerstag, 18. S bis Z. Eine Abgabe von Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer von weissen Einkaufscheinen findet in dieser Woche nicht statt.

Neue Bahnverbindung Wien - Triest. Der Wiener Stadtrat hat in der Sitzung vom 22. Jänner l.J. eine Entschliessung gefasst, in der die Stadt Wien die von Dr. Dompieri gegen Anregung einer neuen Bahnverbindung von Wien über Aspang, Pettau, Cilli nach Triest mit Rücksicht auf ihre hohe wirtschaftspolitische Bedeutung auf das lebhafteste begrüsst. Die Stadt Wien hat den Beschluss dem Eisenbahnministerium unterbreitet und ist auch an das Kriegsministerium mit der Bitte um Förderung der Sache herantreten. Letzteres hat bereits erklärt, dass der neue Verkehrsweg vom militärischen Standpunkte nur zu begrüessen wäre und dass die Heeresverwaltung, falls die technische und wirtschaftliche Durchführbarkeit von den berufenen Stellen festgestellt ist, nicht ermangeln wird, diesem Bahnbaue die gewünschte Förderung angedeihen zu lassen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gemeinsam mit Statthalter Baron Fries-Skene in Aussicht genommen für den Herbst d.J. eine Versammlung der an der neuen Bahnverbindung interessierten Städte und Körperschaften einzu-berufen, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird auch das Gesuch um die Vorkonzession, das Dr. Dompieri bereits eingebracht hat, beim Eisenbahnministerium befürworten.

Buttarabgabe. In den beiden Wochen vom 14. bis 28. Juli gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Butter pro Kopf und Woche zur Ausgabe. Der Preis stellt sich für 12 dkg auf K 2.55. Der Preis für inländische Margarine ist ab 28. Juni im 10 Heller pro 24 dkg erhöht, beträgt somit für einen Würfel K 2.10.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 12. Juli 1918. Nr. 200.

Schutz für unsere Gartenanlagen. Unleidliche Verhältnisse, wie sie der langdauernde Krieg zur Folge hatte, bringen die städtische Bevölkerung um die notwendige Erholung, welche sie stets im Landaufenthalte gefunden hat. Unter diesen Umständen gewinnen die zahlreichen herrlichen Gartenanlagen Wiens erhöhte Bedeutung, weil sie dem Städter den Aufenthalt in schöner grüner Umgebung und in frischer Luft ermöglichen, vor allem aber den Kindern auf den Spielplätzen Gelegenheit bieten, ungefährdet die ihnen so notwendige

Bewegung machen zu können. Die Gemeinde hat wahrlich nicht die Kosten gescheut, um diese grünen Inseln im Häusermeere zweckentsprechend auszugestalten. In den letzten Jahren macht sich aber immer mehr die betrübende Erscheinung geltend, dass diese mit so hohen Kosten hergestellten Anlagen dem Unverstande einer aufsichtslosen Jugend und eines Teiles der Bevölkerung zum Opfer fallen und schweren Beschädigungen ausgesetzt sind. Insbesondere sind es die Bänke, die mutwillig zerstört werden; manche sehen in ihnen nur die Bereitstellung von billigem Brennmaterial.

So wurden von den im Vorjahre aufgestellten 500 neuen einfachen Ersatzbänken fast alle in kurzer Zeit schwer beschädigt und das Holz verschleppt bzw. gestohlen. Abgesehen von dem grossen Schaden, den die Gemeinde durch dieses vandalische Vorgehen erleidet, wird die Bevölkerung selbst in empfindlichster Weise benachteiligt. Die Beschaffung neuer Ersatzbänke stösst bei dem Mangel an Arbeitskräften und Material auf grosse Schwierigkeiten. Bei dem durch die Verhältnisse ausserordentlich eingeschränkten Stand des Gartenpersonales und der Sicherheitswache ist eine ausgiebige Ueberwachung der öffentlichen Anlagen nicht zu denken. Es wird deshalb an die Bevölkerung selbst das dringende Ersuchen gerichtet, sich an der Ueberwachung der Anlagen durch Ermahnung und Aufklärung der Jugend sowie durch Unterstützung der öffentlichen Aufsichtsorgane zu beteiligen. Mit vereinten Kräften wird bei dem immer weiter sich ausbreitenden Unfuge und der Zerstörungswut vielleicht doch einigermaßen gesteuert werden können. Deshalb die Bitte an die grosse Allgemeinheit: Schonet und schützt die öffentlichen Gartenanlagen und die darin aufgestellten Sitzgelegenheiten durch persönliche Mitwirkung.

Auch der Stadtrat beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und beschloss nach einem Antrage des VB. Rain: 1. Für besondere Zuwendungen an jene Organe der Sicherheitswache, die sich um die Ueberwachung der öffentlichen Gartenanlagen besonders verdient gemacht haben, wird ein einmaliger Betrag von 4500 Kronen bewilligt. 2. Der Bezirksschulrat Wien wird ersucht, die Schulleitungen anzuweisen, dass die Schulkinder wiederholt und eindringlich über die Bedeutung der öffentlichen Gartenanlagen belehrt und vor Beschädigung derselben eindringlichst gewarnt werden.

Zeitbeförderungen. Im Wege der Zeitbeförderung wurden ernannt Der Baukommissär Gustav Adolf Fuchs zum Bauoberkommissär, im Stände der rechtskundigen Beamten Dr. Waldemar Hanausek zum Magistrats-Oberkommissär, Dr. Josef Masopust zum Magistrats-Kommissär, Dr. Robert Kraus zum Magistrats-konzipisten; im Konskriptionsamte Rudolf Cermak zum Konskriptionsamte-Kommissär und Otmar Kraus und Ferdinand Günzl zu Konskriptionsamts-Offizialen.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird für den Umbau des Feuerungsraumes von drei Kesseln des Kaiser Jubiläumspitals 14.000 Kronen bewilligt. - Zur Anschaffung von 200 Liegestühlen in Steinklamm wird nach einem Antrage des StR. Dr. Haas ein Betrag von 14.000 Kronen bewilligt. - Für den an der Hilfsschule für schwach-befähigte Kinder 18. Bezirk Anastasius Grün-Gasse 10 errichteten Hort wird nach einem Berichte des StR. Tomola eine Subvention von 1000 Kronen zuerkannt. - Die Zentralstelle für Soldatenlektüre erhält nach einem Antrage des StR. Scher eine Subvention von 1000 Kronen. - Nach einem Referate des StR. Scher wird der Ankauf von Bereifungen für die städtische Feuerwehr mit dem Betrage von 23.500 Kronen genehmigt.



Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Kartoffelkantenstammes. Die einzelnen Bezirke werden nach Maßgabe der Vorräte beliefert werden. Vorläufig werden am Montag und Dienstag Frühkartoffeln im 1., 6. und 11. Bezirk unter den obgenannten Bedingungen und zw. zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg abgegeben.

-----



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien. I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 13. Juli 1918. Nr. 201.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Mittwoch, 17. d.M. beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Einkaufscheinen bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge beide mit den Buchstaben B versehene Abschnitte gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen je ein Abschnitt gesondert abgetrennt.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate bestimmten Stellen wird vom Montag, 15. d.M. an gegen Vorweisung des weissen Rindfleischeneinkaufscheines oder des rosa Wohlfahrtsfleischeneinkaufscheines gegen Abtrennung des bisher in Verwendung stehenden Abschnittes 2 des weissen bzw. der Abschnitte 1 und 2 ( gleichzeitig ) des rosa Scheines Schweinefleisch zur Abgabe gebracht. Haushalte bis einschliesslich vier Personen erhalten  $\frac{1}{2}$  kg, solche mit mehr als vier Personen 1 kg.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 14. bis 20. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 36 der Mehlbezugskarte. Der Preis des städtischen Unterzündholzes ( gespalten ) beträgt 34 h für Weichholz und 27 h für Hartholz für 1 kg.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 14. bis 27. d.M. werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereier gegen Abtrennung der Ziffer 39 des amtlichen Einkaufscheines und der zwei Fettmarkenabschnitte Nr. 96 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte für alle Gruppen von Mindestbemittelten, welche nicht dem Lebensmittelverbande der Kriegsleistungsbetriebe Wiens angehören, je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Neuerliche Abgabe von Salzspeck aus den Gemeindevorräten. Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche neuerlich 20.000 kg Salzspeck bei einer Anzahl von Ständen in der Grossmarkthalle zum Höchstpreise abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind diesmal Besitzer jener weisser amtlichen Einkaufscheine, welche bei den bisherigen 4 Speckabgaben der Vorwochen aus irgend einem Grunde die Speckzubereitungen nicht bezogen haben.



2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 13. Juli 1918. Nr 202.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen 12 Geschäftsstücke, darunter Neufestsetzung der Platzzinse und der sonstigen Entschädigungsgebühren für die Inanspruchnahme städtischen Grundes. Neuregelung der Friedhofsgebühren, Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Kohlensteuer, Petition der Gemeinde Wien betreffend die Zuweisung von Sachgütern gelegentlich der Abrüstung der Kriegsheere, Erhöhung der Gebühren für die Theaterfeuerwache, Kriegszulage für die nicht festangestellten Religionslehrer, Subventionen und Bauangelegenheiten u.s.w. - Der Stadtrat tritt Dienstag und Donnerstag zu Sitzungen zusammen.

Personalnachrichten. Der Frühere Chefarzt der Kuranstalt Wällischhhof bei Brunn am Gebirge Dr. Marius Sturza ist nach 4 jähriger Kriegsdienstleistung als Regimentsarzt nach Wien zurückversetzt worden und hat seine ärztliche Praxis nach Diensteszulässigkeit wieder aufgenommen.

Ein Bildnis Kaiser Franz Josefs. Die Gemeinde hat bekanntlich ein Oelgemälde von Professor von Matsch, darstellend Kaiser Franz Josef I. in seinem Arbeitszimmer in Schönbrunn angekauft. Dieses Bild soll im Herbst d.J. zur Ausstellung gelangen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine beschränkte Anzahl von Vervielfältigungen dieses Bildes herstellen zu lassen und zu Gunsten der Kriegsfürsorge zu verkaufen. Auch jedem Gemeinderate wird ein Exemplar des Bildes übermittelt werden.

Der Speck wird daher nur gegen Abtrennung einer der Ziffern 33, 34, 39, 40 des weissen amtlichen Einkaufscheines und der beiden Abschnitte Nr 96 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte verkauft. Auf jeden amtlichen weissen Einkaufschein gelangen so viel Mal 6 dkg Fett zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem Einkaufschein ausgewiesen sind. Für je 6 dkg werden 2 Abschnitte Nr 96 der Fettkarte abgetrennt. Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine mit den Buchstaben A bis G sind am 16., H bis L am 17., M bis S am 18. und Sch, St, T bis Z am 19. d.M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt. An jedem Verkaufstage werden 5000 kg Salzspeck bereitgestellt sein.



203-204

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michalek.  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 15. Juli 1918. Nr. 103.

Kartoffelabgabe. Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche werden ausser in den bereits veröffentlichten Bezirken auch noch im 15., 16. und 21. Bezirk Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg gegen Abtrennung des Kartoffelkartensammes abgegeben.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 15. Juli 1918. Nr. 104.

Schaffung eines Baukünstlerarchivs. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Stadtbaudirektor folgenden Erlass gerichtet: Schon lange hege ich den Wunsch, dass die Erinnerung an die glänzenden Leistungen der Wiener Baukünstler dauernd festgehalten wird und es erscheint mir wie ein Mangel, dass an der Stätte der Wirksamkeit so hervorragender Meister ihres Faches wie es Schmidt, Hansen, Semper, Ferstel und Hasenauer waren, keine Sammlung der Skizzen und Entwürfe dieser Männer besteht. Auch nach der Zeit der ersten Stadterweiterung sind bis auf den heutigen Tag bedeutende Meister des Bauwesens in unserer Stadt tätig gewesen, deren Skizzen und Entwürfe für die kunst- und kulturgeschichtliche Entwicklung Wien's von Bedeutung sein werden. Ich bin der Meinung, dass ein Baukünstler Archiv in Verbindung mit der im Gebäude des neuen Stadtmuseums bereits geplanten Stadtbauplan-Sammlung über die bauliche Entwicklung Wiens anzulegen sei, in welchem allgemein zugänglich, die Skizzen und Bauentwürfe der bedeutendsten Baukünstler, die für Wien gewirkt haben, aufbewahrt werden sollen. Ich beauftrage die Stadtbauplan-Direktion Anträge zur Verwirklichung dieses Gedankens auszuarbeiten und mir bald vorzulegen.

Friedhofserweiterung. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. von Steiner die Erweiterung des Grinzinger Friedhofes mit den Kosten von 15.000 Kronen. - Nach einem Antrage des StR. Dechant wurde beschlossen, für die Erweiterung des Gersthofer Friedhofes angrenzende Grundflächen im Ausmasse von rund 12.400 m<sup>2</sup> um 10 Kronen per m<sup>2</sup> anzukaufen. Für die Erweiterungsarbeiten werden 10.000 Kronen bewilligt.

Dienstjubiläum. Die beiden Kanzlisten Jakob Müntzich und Max Klinger feierten dieser Tage ihr 25 jähriges Dienstjubiläum. Kanzlei-Direktor kaiserlicher Rat Hönisch beglückwünschte sie zu dieser Feier in herzlichen Worten.

Neue Armenräte. Nach einem Antrage des StR. Heindl wurde die Wahl des Franz Lange zum Rechnungsführer-Stellvertreter des Armeninstitutes Innere Stadt, sowie die Wahl des Karl Schönaner und des Franz Winter zu Armenräten des 1. Bezirkes genehmigt. Nach einem Antrage des StR. Frass wurde die Wahl des Jakob Maresch und des Alfred Simet zu Armenräten des 7. Bezirkes bestätigt. Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wurde die Wahl des Peter Blahowec, Martin Fischer, Gustav Georg Fleischer und Karl Kriegler zu Armenräten des 3. Bezirkes bestätigt. Nach einem Antrage des StR. Grünbeck wurde die Wahl des Wenzel Böhm, Franz Racek und Johann Seidl zu Armenräten des 17. Bezirkes genehmigt. Nach einem Antrage des StR. Knoll wurde die Wahl des Gottlieb Schnitzhuber und des Julius Wilhelm zu Armenräten des Armeninstitutes Floridsdorf bestätigt.

Lehrer-Ernennungen. Nach einem Antrage des StR. Tomola wurden ernannt: Franz Ettl zum Bürgerschullehrer, Adolf Minarik zum Volksschullehrer 2. Klasse, Josefa Berndorfer, Marie Gepp, Elise Feigsel, Marie Reinhold und Rosa Schuster zu definitiven Handarbeitslehrerinnen.



205-206

## Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Janny Michien,  
Wien. Neues Rathaus.

### 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 16. Juli 1918. Nr. 105.

Widmung von Freiplätzen an der deutschen nautischen Schule in Triest. Der deutsche Volksrat für Triest und das Küstenland hat an die Gemeinde Wien das Ersuchen gerichtet, Stipendien oder Freiplätze für die vom Beginne des Schuljahres 1918/19 zur Eröffnung gelangende k.k. Schiffahrtsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest in Verbindung mit einem Schülerinternate zu widmen. Der Gemeinderat hat nun bereits seinerzeit und zwar im Juni 1914 zwei Stipendien von je 1000 Kronen jährlich zum Zwecke des Besuches des Einjährigen nautischen Kurses an der k.k. Handels- und nautischen Akademie in Triest gewidmet, zwar ohne zeitliche Beschränkung aber mit dem Vorbehalt des Widerrufs. Hierbei wurde der Flottenverein aufgefordert, wegen Errichtung von Parallelklassen mit deutscher Unterrichtssprache neuerliche Schritte zu unternehmen. Es entspricht daher nur den schon demals kundgegebenen Absichten des Gemeinderates, wenn die erwähnten Stipendien nunmehr der deutschen Schiffahrtsschule in Triest zugewendet werden. Aus technischen Gründen ist es notwendig, die Stipendien von 1000 auf 1200 Kronen jährlich zu erhöhen und sie für die ganze nunmehr 3 Jahrgänge umfassende Studienzeit zu bewilligen. Der Stadtrat stimmt heute nach einem eingehenden Referate des StR. Tomola den vorstehenden Anträgen zu.

Girardigasse. In der heutigen Stadtratsitzung wurde nach einem Antrage des StR. Spalowsky beschlossen, entsprechend der Anregung der Bezirksvertretung Mariahilf die Engelgasse im 6. Bezirke in Girardigasse umzubenennen.

Wiener Kinder aufs Land. Heute vormittags erfolgte vom Franz Josefs Bahnhofs die Abfahrt von 720 Wiener Kindern nach Tulln - Hausleitenberg, Judenau und Egäsee bei Krems unter Leitung der Herren Podirsky und Klaner. Am Bahnhof war vom Arbeitskomitee der Aktion „Kinder aufs Land“ Baronin Troilo erschienen, welche die Einwaggonierung leitete. In einem Waggon waren die Lebensmittel für die Kinder untergebracht, die von der Fürsorgezentrale der Gemeinde Wien beigelegt wurden, sodass die Kinder für die ganze Dauer ihres sechswöchentlichen Aufenthaltes beköstigt werden können. Als Bürgermeister Dr. Weiskirchner zur Berabschiedung auf dem Bahnhofs erschien, wurde er von den Kindern, die vor Reisevergügen strahlten, und ihren Begleitpersonen jubelnd begrüßt. Der Bürgermeister wünschte den Kindern, dass sie sich am Lande erholen und voll gekräftigt nach Wien zurückkehren mögen.

### 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 16. Juli 1918. Nr. 106.

Anerkennung für Lehrpersonen. Der n.ö. Landesschulrat hat dem Bürgerschullehrer Vinzenz Kaderschafka, dem provisorischen Leiter Johann Liemberger, den Oberlehrern Heinrich Hofmann und Karl Felix Schillerwein, der Volksschullehrerin Marie Markowicka, dem Oberlehrer Franz Reitter, dem Oberlehrer Max Latzel, dem provisorischen Leiter Andreas Madl und Karl Schnetzinger, den Oberlehrerinnen Marie Hoerzer und Helene Moser, dem Oberlehrer Samon Poelz, der Bürgerschullehrerin Zézilie Neudlinger, der Oberlehrerin Josefine Milischofsky für ihre erspriessliche Lehr- und Erziehungstätigkeit die Anerkennung, dem Bürgerschuldirektor Heinrich Richter, dem Oberlehrer Karl Bülwas, der Bürgerschullehrerin Leopoldine Spihal, dem Bürgerschullehrer Alois Schwax und der Volksschullehrerin Marie Geissler die belobende Anerkennung ausgesprochen. Der Landesschulrat hat die Inspektionsberichte des Bezirksschulinspektors Josef Jahne über das Schuljahr 1916/17 mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und nachstehenden Lehrpersonen die Anerkennung ausgesprochen: der Oberlehrerin Johanna Ullmann, dem Oberlehrer Anton Weiss, dem Direktor Reinhard Werner, dem Oberlehrer Kaspar Brake, dem Oberlehrer Alexander Teufl, dem Oberlehrer Johann Trepulka, der definitiven Lehrerin 1. Klasse Irma Görgen und der definitiven Lehrerin 1. Klasse Regina Bayer. Der Landesschulrat nimmt die Berichte des Bezirksschulinspektors Professor Karl Schwalm über die öffentlichen und Privat-Volks- und Bürgerschulen des 3. Inspektionsbezirkes mit Befriedigung zur Kenntnis und spricht dem Oberlehrer Franz Ratzka die belobende Anerkennung, dem Bürgerschuldirektor Otto Hafe die volle Anerkennung und dem Oberlehrer Georg Stahl die Anerkennung aus. Dem Volksschullehrerinnen Anna Eichinger, Aloisia Rothansl und Barbara Schmidhammer wird gleichfalls die Anerkennung ausgesprochen.

Wiederbelegung von heimgefallenen Gräbern. Vom 1. August an wird eine Anzahl von Gräbern im Lainzer-, Baumgartner- und Gross-Jedlersdorfer-Friedhofs, vom 1. September an im Hetzendorfer- und Leopoldauer-Friedhofs wiederbelegt. Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 31. Juli, bzw. 31. August beim Wiener Magistrate, Abteilung 10 (1. Bezirk Neues Rathaus) einzubringen. Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt. Nach dem 1. August, bzw. 1. September werden die Grabsteine- und Kreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer von den Gräbern entfernt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht nachweisen, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg. Unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner hat der Vorstand des Kriegshilfsvereines Wien für Ortelsburg dieser Tage eine Sitzung abgehalten, in welcher der Entwurf für den Bau des Rathauses in Ortelsburg mit Lichtbildern und dem Modell von Regierungsrat Professor Hoffmann vorgeführt wurde.

Gedacht ist die Erbauung eines neuen Rathauses, eines Zwischenbaues mit einem Durchgang und damit zusammenhängend ein Wohngebäude für den Bürgermeister und 2 Wohnungen für Beamte; alle 3 Baulichkeiten bilden zusammen eine architektonische Einheit. Gegen die Strasse zu würde der Bau einen monumentalen Abschluss mit Vorbau erhalten. Der Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg erklärt sich unter der Voraussetzung dass die architektonische Einheit des von der Stadt Ortelsburg auszuführenden Baues gewahrt und die architektonische und künstlerische Kontrolle dem Regierungsrat Hoffmann überlassen werde, bereit, den Betrag von 500.000 Kronen für den Bau aufzubringen. Ausserdem übernimmt der Verein die Kosten für die von Regierungsrat Hoffmann geleisteten Vorarbeiten, für die Verfassung des Entwurfes und des Kostenanschlages und die Ueberwachung der richtigen künstlerischen Ausführung.

Diese Vorschläge wurden vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Reichsverbandes Ostpreussen-Hilfe Feeiherrn von Lüdinghausen zur Kenntnis gebracht.

Weiters wurde in der Sitzung über Antrag des Baudirektors Dr. Goldemund beschlossen, 10.000 Kronen für die in Not geratenen und krank heimkehrenden Ostpreussischen Kriegs- und Zivilgefangenen zu spenden.

Auflösung der Bezirksvertretung Hietzing. Nachdem die Bezirksvertretung des 13. Bezirkes nur mehr aus 14 Bezirksräten besteht, während 16 Mandate infolge von Todesfällen und Zurücklegungen unbesetzt sind, reicht daher die Zahl der Bezirksräte nicht mehr aus, um Beschlussfähige Sitzungen abzuhalten. Da aber Ergänzungswahlen derzeit nicht durchgeführt werden können, eine anderweitige Vorsorge für die Geschäftsführung der Bezirksvertretung durch den Bürgermeister aber nur im Falle der Auflösung derselben getroffen werden kann, wurde in der heutigen Stadtratsitzung nach einem Amtrage des StR. kaiserlichen Rat Poyer beschlossen, die Bezirksvertretung aufzulösen und der mit der Fortführung der Geschäfte zu betrauenden Person eine Entschädigung für ihre Mühewaltung in derselben Höhe zu bemessen, wie die Funktionsgebühr der Bezirksvorsteher festgesetzt ist.



207

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 17. Juli 1918. Nr 107.

-----

Kartoffelabgabe. Am Donnerstag und Freitag dieser Woche werden ausser in den bereits veröffentlichten Bezirken auch noch im 14., 17. und 20. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg gegen Abtrennung des Kartoffelkartenstammes abgegeben.

-----

Marmelade - Ausgabe. Die nächste Ausgabe von Marmelade beginnt am 24. d.M. und zwar in folgender Ordnung: Mittwoch, 24. A bis G, Sch, Donnerstag, 25. H bis L, St, Freitag, 26. M bis R und Samstag, 27. S bis Z. Von Montag, 29. d.M. angefangen, erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den oben erwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Abgabe der Marmelade findet nur gegen amtliche Ausweis-karten statt. Für jede im Haushalt verköstigte Person ist entsprechend der auf der Mehlbezugskarte ersichtlich gemachten Personenanzahl  $\frac{1}{4}$  kg Marmelade abzugeben. Von der Mehlbezugskarte hat der Verkäufer den mit dem Buchstaben W bezeichneten Abschnitt abzutrennen. Diejenigen Personen, welche keine Mehlbezugskarte besitzen, haben sich bei ihren zuständigen Brot- und Mehlkommissionen zwecks Ausstellung einer solchen zu melden.

-----

Getreidezufuhren - Strassenbespritzung. Die Erntearbeiten in der Umgebung Wiens schreiten günstig vorwärts. Mit dem Drusch wurde vielfach begonnen. Behufs rascher Vermahlung des Getreides wurde die Zufuhr vom Landwirt zur Mühle organisiert. In Floridsdorf werden hiezu auch 30 Fuhrwerke der städtischen Strassenpflege von Freitag, 19. d.M. angefangen, durch 14 Tage verwendet. Um dies zu ermöglichen, muss leider die Strassenbespritzung, wo dies durch den städtischen Fuhrwerksbetrieb besorgt wird, eingeschränkt werden. Es werden sich auch während dieser Zeit Verzögerungen in der Abfuhr des Strassenkehrichtes nicht vermeiden lassen. Im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Mehl muss jedoch diese Unannehmlichkeit in den Kauf genommen werden.

-----



# 209 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler.

Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 18. Juli 1918. Nr 109.

Lebensmittelkarten-Ausgabe. Am Samstag, 20. d.M. gelangen die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten für die 172. bis 181. Woche, die Fettkarten für die 97. bis 106. Woche, die Milchkarten für die 75. bis 84. Woche und die Kartoffelkarten für die 42. bis 51. Woche zur Ausgabe. Die Seifenkarten für die Monate August bis einschliesslich November werden später ausgegeben und wird der Behebungstermin rechtzeitig verlautbart werden.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Im Monat Juni sind die leerstehenden Wohnungen auf 681 oder 0'123 % des gesamten Wohnungsbestandes, gegen 789 oder 0'142 % im Mai zurückgegangen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe: der Kleinwohnungen 575 ( 0'142 % aller Kleinwohnungen); der kleineren Mittelwohnungen 56 (0'108 % aller kleineren Mittelwohnungen ); der grösseren Mittelwohnungen 27 (0'039% aller grösseren Mittelwohnungen und der grossen Wohnungen 23 ( 0'085 % aller grossen Wohnungen. Der Stand der leerstehenden Geschäftslokale hat im Berichtsmonate einen Rückgang auf 4483 gegen 4796 im Monat Mai zu verzeichnen. Die Zahl der Besucher des Wohnungsnachweises betrug im Juni 2704, die Zahl der Wohnungen und Lokale , die im Berichtsmonate durch Organe des Wohnungsnachweises revidiert wurden, betrug 3.629. Die allgemeine Lage des Wohnungsmarktes ist durch den anhaltenden Rückgang der leerstehenden Wohnungen gekennzeichnet.

Kartoffelabgabe. Am Freitag und Samstag dieser Woche werden ausser in den bereits veröffentlichten Bezirken auch noch im 2., 4., 10. und 19. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das  $\frac{1}{2}$  kg gegen Abtrennung des Kartoffelkartenstammes abgegeben.



angesichts der für Wien benötigten bedeutenden Mengen auch nicht die geringste Erleichterung in der Kartoffelversorgung für die Wiener Bevölkerung erreicht werden. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, beim Amte für Volksernährung dahin zu wirken, dass die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln von der Beschlagnahme und Kartenbewirtschaftung freibleiben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert:

Durch Verordnung des Volksernährungsamtes vom 22. Juni l. J. wurden alle in Oesterreich geernteten Kartoffeln beschlagnahmt, somit auch die der Heim-Schreber- und Kriegsgemüsegärtner. Doch bestimmt der § 3 dieser Verordnung daß die Kartoffelerzeuger, ungeachtet der Beschlagnahme die zur Ernährung der Angehörigen ihres Haushaltes benötigte Menge in dem durch die Verbrauchsregelung festgesetzten Quantum verbrauchen dürfen. Eine Verbrauchsregelung ist bisher noch nicht erfolgt. Doch wird diesbezüglich auf die Verordnung der k.k.n.ö. Statthalterei vom 2. Oktober 1917 verwiesen, die bezüglich der Ernte von Kartoffeln bei den vorerwähnten Gärtnern im § 3 folgendes bestimmt:

Bei der Ausfolgung der Kartoffelkarten werden Vorräte aus eigenen Schrebergärten und ähnlichen kleinen gartenmässigen Betrieben nicht in Anrechnung gebracht.

Ich habe sofort Schritte eingeleitet, dass diese Bestimmung vom <sup>Vor-</sup> <sup>wieder</sup> Jahre auch heuer/in die k.k. Statthaltereiverordnung Aufnahme findet. Was den Rucksackverkehr anbelangt, bin ich mir bewusst, dass ja auch da Missbräuche vorkommen, aber im grossen und ganzen hat sich der Rucksackverkehr für Wien doch bewährt, und ich kann nur neuerlich sagen, ohne Rucksackverkehr wären wir schon längst verhungert. (Lebhafter Beifall).

GR. Schäfer stellt folgende Anfrage: Ich erlaube mir den Bürgermeister im Namen sämtlicher Hoteliers und Gastwirte Wiens auf die grosse Gefahr der vollkommenen Sperrung der Gasthausbetriebe aufmerksam zu machen. Die Folgen einer solchen Katastrophe wären unübersehbar, da das Militär und eine halbe Million der Zivilbevölkerung auf die Gasthäuser angewiesen sind. Schuld daran sind die traurigen Zustände, in denen wir uns befinden, da man die bescheidenen Vorräte, die sich die Wirte um horrendes Geld zur Linderung der allgemeinen Not im Interesse des ganzen Staates angeschafft haben, beschlagnahmt hat. Es gibt nur zwei Wege: Entweder werden die Gastwirte und Hoteliers vom Ernährungsamt mit den nötigen Lebensmitteln versorgt, oder man lässt den Gastwirten die Freiheit, sich die Sachen wie bis jetzt privat zu beschaffen. Sollte die Behörde keinen dieser Auswege gut heissen, so ist es sicher zu erwarten, dass sich der bereits jetzt so grossen Zahl von 300 Betrieben die übrigen in den allernächsten Tagen anschliessen werden, und ihre Lokale sperren. Es ist gar nicht auszudenken, was für Folgen diese allgemeine Sperre mit sich brächte.

Und gerade die Hoteliers und Gastwirte waren es, die der Bevölkerung durch vier Jahre das Durchhalten nach Möglichkeit erleichtert haben. Um diesen äussersten Schritt zu verhindern, bitte ich den Bürgermeister im Namen sämtlicher Hoteliers und

Gastwirte und nicht zuletzt der Bevölkerung selbst, die auf die Gastwirte angewiesen sind, die nötigen Massnahmen zu treffen, um diese Katastrophe zu verhindern und bei den massgebenden Behörden vorstellig zu werden.

Es wird gefragt, was der Bürgermeister in dieser katastrophalen Lage, in der wir uns alle befinden, zu tun gedenkt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt: Man mag über die Zentralen und die Zentralenwirtschaft denken wie man will, das eine ist sicher, dass die zentrale Bewirtschaftung den Schleichhandel und die Wucherpreise nicht zu verhindern vermag. Wir befinden uns jetzt im letzten Akte des Dramas. Zusammenbruch des staatlichen Ernährungsdienstes. Der Interpellant hat vollständig recht, wenn er sagt, entweder man beliefert die Wirte so, dass sie ihr Geschäft ausüben und die Konsumenten befriedigen können, gut dann ist es recht und billig und dann soll man gegen jeden Schleichkauf einschreiten, wenn aber das Amt für Volksernährung nicht in der Lage ist, die Gastwirte so zu beliefern, dass sie ihr Geschäft fortführen können, was sollen denn dann die Wirte tun? Dann gibt es wieder nur zweierlei: Entweder sie kaufen im Schleichhandel ein, oder sie sperren zu. Ich habe auch nicht versäumt, die Regierung mit allem Nachdrucke darauf aufmerksam zu machen. Es ist ja doch im Wirtsgewerbe ein grosser Teil der Approvisionierung Wiens gelegen. Derjenige der einen Haushalt führt, braucht den Wirt nicht, aber Tausende sind gezwungen, im Gasthause ihr Speisebedürfnis zu befriedigen. Leider steht das Ernährungsamt unter einem gewissen Einflusse welche das Amt immer mehr auf die Bahn der Staatssozialisten sehen Wirtschaft drängt und schliesslich sollen alle in die Kriegsküche essen gehen. Das bewirkt aber eine Drangsalierung des Mittelstandes ein Herabsinken weiter angesehenen Kreise, direkt in das Proletariat und meine Herren hinunter geht's leicht, ob wir aber nach Kriegsschluss diese Schichten der grossstädtischen Bevölkerung wieder werden hinauf heben können, diese Frage lasse ich offen. Es ist nicht meine Sache, sondern Sache der Regierung endlich den wiederholt gestellten Forderungen der Gemeinde auch in diesem Belange nachzukommen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister HoB berichtet über eine Aufsetzung der Platzzinse unter sonstigen Entschädigungsgebühren für die Inanspruchnahme städtischen Grundes.

(Angenommen).

Vize-Bürgermeister HoB beantragt das für die Militärbequartierung sich voraussichtlich Ende Juni 1918 ergebende unbedeckte Mehrerfordernis von rund K 4,939.860 auf das 80 Millionen Kronen-Anlehen zu verweisen und an das k.u.u. Kriegsministerium die dringende Forderung zu

richten, den bei den militärischen Dienststellen während des Krieges ständig in Verwendung stehenden Gageisten an Stelle der vorübergehenden Einquartierung das zinstarifmässige Wiener Quartiergeld aus militärrararischen Mitteln zu erfolgen, so dass diese Last nicht wie bisher allein von den Steuerträgern Wiens zu tragen ist, sowie die Spezialkurse mit hohen Personalständen sowie die für die Versorgung der Armee im Felde weniger in Betracht kommenden Formationen nach auswärts zu verlegen, wodurch nicht nur eine finanzielle Entlastung der Gemeinde, sondern auch eine Erleichterung auf dem Gebiete der Approvisionierung und der immer drückender werdenden Wohnungsnot erreicht werden könnte.

Vize-Bürgermeister HoB legt den Geschäftsbericht der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien für das Jahr 1917 vor, deren Umsatz ~~1,705.000.000~~ 1,705.000.000 betrug. Er hebt die Leistung der Zentralsparkassa auf dem Gebiete der Kriegsanleihe hervor, die bei den 7 Emissionen mit mehr als 221.000.000 Kronen, zu deren Erfolg beitrug. Er gedenkt der verdienstvollen Mitwirkung der Lehrerschaft anlässlich der Ausgaben von Kriegsanleiheparablätern in den Schulen und dankte dem Beamtenstande mit Dr. Meller an der Spitze. Der Referent schildert die Schwierigkeiten, die durch die Einberufung zahlreicher Angestellten hervorgerufen wurden und betont, dass den begründeten Wünschen der Anstalt um Enthebung einiger eingearbeiteter Beamter zum Unterschiede von anderen Geldinstituten trotz wiederholter Vorstellungen nicht entsprochen wurde. Die Bilanz wird ohne Debatte genehmigt.

Für den Bau des Als- und Ottokringerbachkanals im 9. und 17- Bezirke wird ein Zuschusskredit von 191.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des STR. Pover wird der Auflösung der Bezirksvertretung Hietzing zugestimmt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Rain wird der Rechenschaftsbericht und die Bilanz des Kreditvereins der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien für das Jahr 1917 genehmigend zur Kenntnis genommen.

GR. Schneider beantragt die Erweiterung der Zufahrtsgleise zur Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen in der Iheringasse zwischen Schwendergasse und Siebenbrunnengasse im 14- Bezirke. (Angenommen).

Ueber Antrag des GR. Schwer wird die auf die Dauer der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Einteilung des Bereitschaftsdienstes bei der städtischen Feuerwehr bewilligte Entschädigung für jene sonst dienstfreien Tage, an denen die Bediensteten zum Feuerwehrdienst herangezogen werden müssen, vom 1. Juli 1918 an für die Feuerwehr-offiziere mit 80 Kronen, für die Unterbeamten mit 40 K und für die Mannschaftspersonen einschliesslich der Amtsdieners mit 30 Kronen monatlich pauschaliert. (Angenommen).

GR. Schwer beantragt die Erhöhung der Gebühren für die jedesmalige Bereitstellung der Feuerwehrorgane, die als Feuerwache in Theatern, Rauchtheatern (Singspälhallen, Varietés) und Zirkusanlagen bei jeder Vorstellung und Generalprobe anwesend zu sein haben, auch 6 Kronen für jeden Löschmeister und Feuerwehrmann.

Ueber Antrag des STR. Tomola wird den Geistlichen, nicht Festangestellten Religionslehrern an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien für das Jahr 1918 eine einmalige Kriegszulage im Ausmasse von 30% der für das Schuljahr 1917/1918 entfallenden Remuneration bewilligt.

STR. Tomola berichtet über die Widmung von Freiplätzen an der k.k. Schifffahrtsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest und stellt die bekannten Anträge. VB. Hoss beantragt nachstehende bauliche Herstellungen

in den Schlachthöfen St. Marx in Meidling anlässlich der Einführung der Zentralschlachtung zu genehmigen und zwar: Heranstellung zweier Schlachthallen mit dem Betrage von K 93.400. Errichtung einer Kühlanlage in dieser Abteilung mit dem Erfordernisse von K 213.450. Ausbau der Vorkühlhalle, Umbau der Schlachthalle I, Auswechslung der maschinellen Einrichtung der Halle II, Schaffung von Luftbahngelassen in der Halle III, sowie Adaptierungen in den Hallen III und IV mit dem Betrage von K 1,345.847. Umbau der beiden an der Viehmarktsgasse gelegenen Stallgebäude zu Kanzleien, Dienstwohnungen u.s.w., Ausgestaltung des Gebäudes an der Schlachthausgasse für Kanzleien und Verkaufsräume der Gruppe Grossschlachtereier der Grossschlachtereier, Verbesserung der elektrischen Beleuchtung und Einrichtung einer Fernsprechanlage mit dem Betrage von K 1,029.000. Im Schlachthofe Meidling: Verbindung der Schlachtbrücken im Objekte VII, Schaffung eines Bureauroumes, einer Bäckereierzeugung, einer Innereiabgabe- und Hutbesammelstelle mit dem Erfordernisse von 22.000 Kronen. Umwandlung der einen Hälfte der Stallgruppe V in eine Schlachthalle mit dem Kostenbedürfnisse von 99.500.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schliesst die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Ich beabsichtige nun in der Tätigkeit des Gemeinderates eine kleine Sommerpause eintreten zu lassen und die verehrten Kollegen erst wieder anfangs September zu regelmässigen Sitzungen einzuberufen. Ich wünsche Ihnen, soweit es die Kriegsverhältnisse zulassen, einen recht guten Sommer und auf Wiedersehen im Herbst!

Das 12. Korps für die Stadt Wien. In der heutigen Sitzung des Gemeinderates brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm zur Verlesung: Freiwillig und einhellig haben Soldaten und Offiziere des 12. Korps auf einen Teil der gebührenden Kostportion verzichtet um diese Nahrungsmittel notleidenden mindestbemittelten Wiener und Budapestern zu bieten. In Ausführung dieser dem Korpskommando gewordenen Anregung und nach hier schätzungsweise frei ermittelten Verhältnis der Zahl an Hilfsbedürftigen wurden am 3. Juli unter Begleitung als Heerestransport 300 Meterzentner Brotmehl und etwa 300 Meterzentner Fleisch in lebenden Findern (Schlachtgewicht mit 50% angenommen) abgesendet. (Lebhafter Beifall). Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt hierzu, dass die Rinder nach 18tägigem Transport in Wien eingelangt sind, ebenso das Mehl. Namens des Gemeinderates spricht er den Offizieren und Soldaten des 12. Korps den herzlichsten und besten Dank aus.



Einsiedezucker für Obstgartenbesitzer. Die „Anweisungen“ auf Einsiedezucker für jene Obstgartenbesitzer Wiens, welche rechtzeitig und mit gehörig bestätigten Gesuchen ihren Anspruch angemeldet haben, können vom Samstag, 20. d.M. bis einschliesslich Donnerstag, 25. d.M. während der üblichen Amtsstunden bei den magistratischen Bezirksämtern des Wohnortes der Anspruchsberechtigten behoben werden.

Gegen Vorweisung und Abgabe dieser Anweisungen, sowie gegen Entrichtung des hierfür entfallenden Betrages können die Parteien vom Montag, 22. d.M. an den angewiesenen Zucker bei folgenden Firmen Wiens beheben: Die Parteien des 1. bis 12. Bezirkes bei Wilhelm Hauk, 10. Bezirk Quellenstrasse 74; die Parteien des 13. Bezirkes bei Angerer & Kaltenbek, 14. Bezirk Prinz Karlgasse 25; die Parteien des 14. bis 17. Bezirkes bei Josef Skupil & Co., 1. Bezirk Maximilianstrasse 11; die Parteien des 18. Bezirkes bei C. Burghard & Co. 1. Bezirk Giselastrasse 3; die Parteien des 19. Bezirkes bei Kainz & Partik, 9. Bezirk Marktgasse 38 und die Parteien des 20. und 21. Bezirkes bei Horowitz' Neffen, 1. Bezirk Hegelgasse 11.

Der Verband der Wiener Tagesheimstätten hielt am 16. d.M. unter dem Vorsitze des VB. Hoss seine 2. Hauptversammlung ab. Nach dem Rechenschaftsbericht des kaiserlichen Rates Eichhorn und der Frau Freindlich erfolgten die Wahlen, bei denen an Stelle des um den Verband hochverdienten Sektionschef Pliwa, dem der Dank der Hauptversammlung ausgesprochen wurde, Baron Gorup zum geschäftsführenden Vorstand - Stellvertreter berufen wurde. Auf Grund des Berichtes des Fräulein Belem wurde eine Satzungsänderung des Verbandes im Sinne seiner Umgestaltung zu einem „Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien“ zugestimmt. In der Wechselrede wies Direktor Gold auf die Bedeutung dieses Ausbaues für die Eingliederung der Wiener Jugendfürsorge in die Organisation der staatlichen Fürsorge hin. StR. Tomola berichtete über die Aufforderung des k.k. Jugendreichsbundes sich als Landesverband Wien ihm anzuschliessen und beantragte in Anbetracht des patriotischen Zweckes einen losen Anschluss unter voller Wahrung der Selbstständigkeit. Regierungsrat Schifflner als Vertreter des Reichsbundes wies auf dessen neue Satzungen hin, die diese Selbstständigkeit verbürgen. Direktor Zwilling als Vertreter des Vereines Bereitschaft verlangte die ausdrückliche Anerkennung dieser Selbstständigkeit seitens des Reichsbundes und Frau Freindlich gab namens des Arbeitervereines Kinderfreunde die Erklärung ab, dass ihre Organisation vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen müsse. Seitens der übrigen Anwesenden wurde einem losen Anschluss unter Wahrung der Selbstständigkeit zugestimmt. Endlich wurde noch die Herausgabe von Mitteilungen für die Mitglieder des Verbandes als Beilage zu den Blättern für Armen- und Wohlfahrtspflege angeregt.

Die Wiener Kinder in der Schweiz. Von Frau von Einem, der bekannten Leiterin und Anregerin der Reise der Wiener Kinder in die Schweiz ist heute aus Einsiedeln nachstehendes Telegramm eingelangt: Kinder wohl auf und gut erholt. Abreise von Einsiedeln am 31. Juli.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 17. Juli 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

Gespendet hat: Frau Barbara Schmeykal für den Bau einer Kapelle auf dem Kagraner Friedhof, die zum Andenken an die im Kriege gefallenen errichtet werden soll, einen Betrag von 13.000 Kronen. Ein Entwurf für diesen Bau ist im Stadtbauamt bereits in Ausarbeitung.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Der Schnulleiterverband der Wiener Volks- und Bürgerschulen hat in Vertretung der Wiener Brotkommissionen um eine zeitgemässe Erhöhung des den Mitgliedern der Brotkommissionen seinerzeit gewährten Zehrgeldes von bisher 4 Kronen auf 5 Kronen angesucht. Dieses Ansuchen findet seine Begründung in der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise. Zweifellos bringen die Mitglieder der Kommissionen mit der weiteren Versehung ihres anstrengenden Dienstes ein persönliches Opfer, welches wenigstens eine teilweise entsprechende Entschädigung verdient. Während für jene Lehrpersonen, die als Aufsichtspersonen nach Ungarn reisen, die Frage der Lebensversorgung durch die vollständigste Verpflegung gelöst erscheint, werden die zurückbleibenden Kommissionenmitglieder von der Lebenssorge schwer belastet. Diese Umstände machen diese Angelegenheit zu einer dringenden. Es wird gefragt: Ist die Erhöhung der Zehrgelder für die Mitglieder der Brotkommissionen bereits in Verhandlung gezogen und von wann an soll die angesuchte Erhöhung auf 5 Kronen zur Ausbezahlung gelangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ueber die Eingabe des Verbandes der Leiter der Wiener Volks- und Bürgerschulen vom 1. Juni 1918 um Erhöhung der den Mitgliedern der Brot- und Mehlkommissionen zuerkannten täglichen Zehrgelder wurde vom Bezirkswirtschaftsamt Stelle 1 unverzüglich ein Gutachten des Bezirkeschulrates Wien eingeholt und wurde der Akt nach Einlagen desselben der Stadtbuchhaltung zur Aeusserung über die Kostenfrage übermittleit. Nach Abgabe dieser Aeusserung wird die Eingabe ohne jede Verzögerung der weiteren Behandlung unterzogen und der raschesten Erledigung zugeführt werden.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Den Obstgartenbesitzern ist die Zuteilung einer bestimmten Menge von Einsiedezucker in Aussicht gestellt worden. Die geforderten Eingaben wurden schon im Juni gemacht. Während dessen ist die Kirscheneinsiedezeit verflossen. Die Einsiedezeit für die wichtigsten Beerenfrüchte geht ihrem Ende entgegen und auch die so wichtige Einsiedemöglichkeit für die Marillen dürfte bald vorüber sein. Aber niemand weiss, wann der ersohnte Einsiedezucker zur Verteilung gelangt. In irrtümlicher Ver-

kennung der Verhältnisse erstreckt sich der Unmut der Interessenten wieder zumeist auf die Gemeinde. Es wird daher gefragt: Wer verteilt den Einsiedezucker? Wer ist schuldtragend an dieser unverantwortlichen Schlampelei? Ist Hoffnung vorhanden, dass der versprochene Einsiedezucker noch in diesem Sommer zur Verteilung gelangt?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die tatsächlichen Angaben in der Anfrage sind leider richtig, ebenso richtig ist aber auch, dass den Magistrat, bezw. die Gemeinde Wien an den beklagten Uebelständen nicht die geringste Schuld trifft. Der Magistrat hat sich nämlich schon am 14. Mai, als die ersten Zeitungsnachrichten von einer abermaligen Belieferung der Obstgartenbesitzer mit Einsiedezucker sprachen, an das Volksernährungsamt schriftlich unter Hinweis darauf, dass nach den im Vorjahre gewonnenen Erfahrungen die Durchführung dieser Zuckervertelung mindestens 4 Wochen erfordert, um sofortige Bekanntgabe der Durchführungsvorschriften gewendet, damit nicht wie im Vorjahre den Wiener Obstgartenbesitzern der Einsiedezucker erst zu einer Zeit zugewiesen wird, in der das Frühobst weg ist. Trotz wiederholter telephonischer Betreuung wurde dem Wiener Magistrat die erwähnten Durchführungsvorschriften erst am 12. Juni zugestellt; der Magistrat hat schon am darauffolgenden Tage mit einer Kundmachung diese Vorschriften verlautbart, nach dem Ergebnisse des durchgeführten Aufforderungsverfahrens die Aufteilung der für diesen Zwecke zur Verfügung gestellten Zuckermengen sofort vorgenommen und seit Anfang dieser Woche liegen bereits sämtliche 5100 Anweisungen geschrieben bei den magistratischen Bezirksämtern zum Abholen bereit.

Der Zucker war aber bisher nur aktenmässig nicht auch schon tatsächlich der Gemeinde Wien zugewiesen worden. Der Magistrat hat daher schon seit 28. Juni fast Tag für Tag die Vereinigung der Sackzuckerhändler, die Zuckerzentrale und das Volksernährungsamt telephonisch unter Berufung auf die unter den Wiener Obstgartenbesitzern bereits bestehende Erregung um tatsächliche Zuweisung des Zuckers ersucht. Dem Wiener Magistrat wurde aber stets mitgeteilt, dass die tatsächliche Beistellung der erforderlichen Zuckermengen auf die grössten Transportschwierigkeiten stösse, wobei das Volksernährungsamt - wohl mit Recht - darauf verwies, dass vor allem Zucker zur Deckung des normalen Monatsbedarfes und des Bedarfes an Einsiedezucker der Wiener Haushaltungen nach Wien geschafft werden müsste.

Auf Grund der vorliegenden Anfrage des GR. Gussenbauer hat der Magistrat gestern abermals unter Hinweis auf diese Anfrage beim Amte für Volksernährung interveniert worauf dieses erwiderte, dass da erst eine geringe Menge des für die Wiener Obstgartenbesitzer erforderlichen Einsiedezuckers anrolle, der Rest aus dem in Wien lagernden ukrainischen Zucker entnommen werde.

Die Wiener Obstgartenbesitzer werden daher noch im Laufe der nächsten Woche den ihnen zugesprochenen Einsiedezucker erhalten; auf die morgen in den Wiener Tageszeitungen erscheinende Notiz werden die Wiener Obstgartenbesitzer schon jetzt ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Der Bürgermeister fügt hinzu: Es ist dies halt wiederum ein klassisches Beispiel für die Misere unseres staatlichen Ernährungsdienstes. ( Lebhafter Beifall ).

GR. Skaret stellt folgende Interpellation: Das k.u.k. Luftschifferarsenal ( Luftbildabteilung ) hat in den Stadtgutsälen, 14. Bezirk Sechshausstrasse 3, ein grosses Depot höchst feuergefährlicher Explosivstoffe, wie Film u.dgl. errichtet. Dieses Depot war früher im Arsenal untergebracht und ist, weil es angeblich für das Arsenal auf die Dauer zu gefährlich gewesen wäre, von dort mitten hinein zwischen dreistöckige Wohnhäuser verlegt worden. Durch die Explosionskatastrophe auf der Gumpendorferstrasse ängstlich gemacht, finden sich die in der Umgebung der Stadtgutsäle liegenden Wohnparteien und Geschäftsleute durch die Aufstapelung so grosser Mengen explodierbarer Stoffe im höchsten Grade beunruhigt und in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet.

Obwohl ich mit dem Abgeordneten Forstner das Präsidium des Wiener Gemeinderates sowie die Wiener Polizei vor mehr als Wochenfrist von diesem Sachverhalte verständigt habe, so haben dennoch die anrainenden Bewohner der Stadtgutsäle bis jetzt nichts bemerkt, dass zur Beseitigung dieser Gefahr etwas geschehen ist. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister in der Lage, der Bevölkerung dieser Bezirktteile von Rudolfsheim und Fünfhaus eine beruhigende Erklärung darüber abgeben zu können, ob und was bis jetzt zur Abwendung einer solchen Gefahr mit der Militärverwaltung vorgekehrt worden ist?

Der Bürgermeister verliest einen Bericht des Magistrates wonach über Anforderung des Militärkommandos Wien bezw. des Ministeriums für Landesverteidigung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes die „Stadtgutsäle“ der Heeresverwaltung für die Dauer des Bedarfes überlassen wurden. Bei dem aus diesem Anlasse abgehaltenen feuerpolizeilichen Lokal-Augenschein wurden aus feuerpolizeilichen Rücksichten Vorkehrungen beantragt, die im 23 Punkten zusammengefasst sind.

Der Bürgermeister setzt hinzu: Ich habe ruhig diese 23 Punkte verlesen, wenn ich die Kommissionen geleitet haben würde hätte ich mir alle Bedingungen erspart und einfach das Verbot der Benützung der Räume beantragt ( Lebhafter Zustimmung ).

GR. Ullreich stellt folgende Anfrage: Durch die Verfügung des Amtes für Volksernährung über die Beschlagnahme der gesamten Kartoffelernte sind auch die Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln beschlaggenommen. Es besteht infolgedessen die Gefahr, dass die Bearbeiter dieser Gärten durch ihre an sich bescheidene Kartoffelernte sich keine Zubusse zu den kargen Lebensmittelrationen erarbeiten, sowie dies im Vorjahr der Fall war, wo diese Kartoffelernte von der Beschlagnahme und Kartenwirtschaft frei blieb. Sollte das Ernährungsamt die Beschlagnahmeverfügung hinsichtlich der Kriegsgemüse- und Schrebergärten nicht zurücknehmen, so kämen dadurch die Besitzer dieser Gärten um den Lohn ihrer mühevollen Arbeit zu Gunsten derjenigen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln nichts getan haben. Die Folge würde sein, dass zukünftig in den genannten Gärten Kartoffel nicht mehr gebaut würden, was für den ohnehin schon unter die Grenze des unbedingten Notwendigen gesunkenen Ernährungszustand gerade für die unteren Schichten der Wiener Bevölkerung eine Verschlechterung bedeuten würde. Es würde auch durch die Menge der in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten



2. Ausgabe.

-----

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 18. Juli 1918. Nr. 110.

Auszeichnung des Schauspielers Amon. Der Gemeinderat beschloss in seiner vertraulichen Sitzung nach einem Berichte des VB. Hierhammer dem Schauspieler am Deutschen Volkstheater Anton Amon in Anerkennung seiner Verdienste um die Pflege der Wiener Schauspielkunst und seiner bewährten Tätigkeit auf humanitären Gebiete das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen zu verleihen.

-----

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat nach einem Antrage des GR. Schwer beschlossen, dem Pfarrer zu St. Jakob im 21. Bezirke, Alois Patzak anlässlich seines 25 jährigen Jubiläums als Pfarrverweser, in Würdigung seiner mehr als 15 jährigen Seelsorgetätigkeit, sowie in Anerkennung seiner langjährigen erspriesslichen Wirksamkeit als Ortsschulrat des 21. Bezirkes und seines segensreichen Wirkens auf dem Gebiete der privaten Wohltätigkeit die grosse goldene Salvatormedaille und nach einem Antrage des StR. Spalowsky der Frau Anna Paulitschke, Vorsteherin der Sektion Mariahilf des Frauen-Wohltätigkeitsvereines in Wien anlässlich der Feier ihrer 25jährigen Mitgliedschaft bei dem genannten Vereine in Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste auf humanitären Gebiete die grösse goldene Salvatormedaille zu verleihen.

-----

Von der städtischen Beamtenschaft. Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung nach Anträgen des VB. Hoss beschlossen: In Anerkennung ihrer hervorragenden Dienstleistung während des Krieges werden im Stände des Veterinär-Amtes dem Veterinär-Amts-Vizedirektor Dr. Ludwig Bausenwein der 7. Rangsklasse ad personam die systemisierten Bezüge der städtischen Beamten der 6. Rangsklasse bewilligt; der Titel eines Veterinär-Amts-Ober-Inspektors verliehen; den Veterinär-Amts-Inspektoren Anton Himmelbauer, Dr. Gustav Dexler, Dr. Franz Spindler, Dr. Moriz Lederer und Johann Juritsch; die Ober-Tierärzte Alois Felkel und Dr. Anton Nepustil ad personam zu Veterinär-Amts-Inspektoren in der 7. Rangsklasse ernannt; den städtischen Ober-Tierärzten Dr. Adolf Wenzel, und Dr. Rudolf Harabath der Titel „städt. Veterinär-Amts-Inspektor“ verliehen; der städtische Bezirks-Tierarzt Adolf Petter ad personam zum städtischen Ober-Tierarzt in der 8. Rangsklasse ernannt und weiters den Rechnungsräten Georg Koller, Karl Schaubert und Johann Oheralin Anerkennung ihrer besonders erspriesslichen Dienstleistung der Titel eines Oberrechnungsrates verliehen. Die Rechnungs Oberrevidenten Karl Haydt und Emil

Hermann werden für ihre ausserordentliche Dienstleistung ad personam zu Rechnungsräten befördert und dem Oberrechnungsrate Heinrich Winkler wird in Würdigung seiner besonderen Tätigkeit eine in die Pension einrechenbare Pensionszulage genehmigt.

-----

Probeweise Einführung des schulärztlichen Dienstes im 6. und 15. Bezirke. Der Stadtrat beschäftigte sich heute über Antrag des StR. Dr. Haas in eingehender Weise mit der Frage des schulärztlichen Dienstes. Durch die grosszügige Schaffung des städtischen Jugend- und Wohnungsamtes, der Bezirkszentrale für Tuberkulosenfürsorge, der geplanten Errichtung von Heilstätten für Tuberkulose u.s.w. hat die Gemeindeverwaltung ihre Opferwilligkeit und ihr grosses Verständnis für die städtischen und sozialhygienischen Aufgaben nach dem Kriege im Interesse der Volkswohlfahrt bewiesen. In einer Hinsicht, als Ausgestaltung der Jugendfürsorge erschien noch eine Ergänzung nötig, nämlich die Erweiterung des schulärztlichen Dienstes in den städtischen Volks- und Bürgerschulen. Hierbei sei ausdrücklich hervorgehoben, dass lange vor Einführung der Schulärzte in Deutschland in Wien der Schulhygiene stets die grösste Beachtung geschenkt wurde, wenn es auch keine besonderen Schulärzte gab, sondern diese Aufgaben den städtischen Bezirksärzten übertragen wurden. Daraus erklärte sich auch, dass der k.k. Bezirksschulrat in Wien die Einführung eigener Schulärzte bisher nicht für notwendig erklärte und mit Befriedigung feststellte, „dass die Schulhygiene in Wien in achtungsgebietender Weise ihre Pflege findet.“ Trotzdem sollte im Jahre 1914 ein erweiterter schulärztlicher Dienst und zwar probeweise im 17. Bezirke eingeführt werden zu welchem nicht nur die Bezirksärzte, sondern alle städtischen Ärzte gegen besondere Honorierung herangezogen werden sollten. Der Kriegsausbruch machte auch dies wie so vieles andere unmöglich und gaben glücklicherweise die Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder keinen unmittelbaren Anlass zu einer dringenden Einführung dieser Reform so erfordert doch die Sorge für den Wiederaufbau der durch den Krieg schwer geschädigten Volkskraft in Ausgestaltung einer grosszügig durchgeführten Jugendfürsorge sofort nach Wiedereintritt friedlicher Verhältnisse auch die allgemeine Einführung eines erweiterten schulärztlichen Dienstes. Um aber diese Einführung im gegebenen Zeitpunkte nicht durch Vorarbeiten und Versuche verzögern zu müssen, sondern sofort mit einem erprobten schulärztlichen Dienste einsetzen zu können ist es notwendig schon jetzt wenigstens in zwei Bezirken diesen Dienst probeweise einzuführen. Infolge von Einberufungen von Aerzten im 17. Bezirk

kommt dieser Bezirk derzeit nicht in Frage, dafür ist es aber möglich, im 6. und 15. Bezirke mit der Neueinführung zu beginnen. Bezüglich des ärztlichen Personales besteht kein Hindernis, da im 15. Bezirk bei zwölf Schulen mit 97 Klassen 4122 Schülern 5 Aerzte zur Verfügung stehen, im 6. Bezirk bei 14 Schulen und 108 Klassen mit einer Schülerzahl von 4211, 3 Aerzte, ein Verhältnis, das als sehr günstig bezeichnet werden muss. Die Kosten für die Aerzte werden im 15. Bezirk 4117 Kronen, im 6. Bezirk 4637 Kronen betragen. Dazu kommen noch Kosten für Wagen, Messapparaten, Schulrettungskästen, Drucksorten etc. mit 2500 Kronen in jedem Bezirk so dass die Gesamtausgaben beiläufig 14.000 Kronen betragen.

Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich die StRe. Spalowsky, Schwer, Tomola, VB: Hoss, Hohensinner, Müller und Knoll beteiligten, wurden nachstehende Anträge des Referenten StR. Dr. Haas einstimmig angenommen: Der erweiterte schulärztliche Dienst umfasst: Die Feststellung der körperlichen und geistigen Beschaffenheit aller die Schule besuchenden Kinder zwecks Berücksichtigung derjenigen Umstände, die von allgemeinen hygienischen Standpunkte oder aus Anlass des Schulbesuches oder im Zusammenhange mit dem Unterrichte, deren Gesundheit nachteilig beeinflussen können.

die periodische Untersuchung der hiebei einer dauernden ärztlichen Ueberwachung bedürftig erkannte Kinder der 1. Volksschulklasse und die fallweise vorzunehmende Untersuchung solcher Kinder höherer Klassen die einer solchen Untersuchung nach den Beobachtungen bedürftig erscheinen, welche die Lehrpersonen oder der Amtsarzt bei Revisionen oder bei der zweimal im Schuljahre vorzunehmenden Wägung und Messung der Kinder gemacht haben.

Die Beratung der Eltern oder deren Stellvertreter auf Grund des Ergebnisses dieser Untersuchungen insbesondere auch hinsichtlich der Berufswahl beim Austritt des Kindes aus der Schule.

Die Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten.

Die periodische sanitäre Revision aller Schulräume.

Die Beratung des Lehrkörpers in schulärztlichen Fragen.

Der Dienst ist von allen städtischen Amtsärzten einschliesslich der Bezirksärzte zu versehen. Jedem Amts- arzte ist eine bestimmte Anzahl Schulen in seinem Dienstsprengele zuzuweisen, die womöglich in der Nähe seiner Wohnung oder seines Amtlokales gelegen sind.

-----

Rekonvaleszentenheim Steinklamm. Nacheiner Mitteilung des StR. Dr. Haas wird bereits am nächsten Montag mit dem Belage des Rekonvaleszentenheimes Steinklamm und zwar vorläufig mit weiblichen Personen vom 12. Jahre an begonnen.

-----



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michow*,  
Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 19. Juli 1918. № 111.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. In der 66. Woche wird mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung an die Besitzer der rose Einkaufscheine Rindfleisch im Ausmasse von 20 dkg für den Kopf und die Woche gegen Abtrennung des Abschnittes C an folgenden Tagen ausgegeben werden: Montag, 22. A bis F, Mittwoch, 24. G bis K, Donnerstag, 25. L bis R und Samstag, 27. d.M. S bis Z.

Zum Schutze der Pachtgärtner. In Erledigung eines Antrages des GR. Fichter hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung nach einem Berichte des VB. Hoss beschlossen, an das k.k. Ackerbauministerium das Ersuchen zu richten, zum Schutze der Gemüsegärtner, welche ihr Gewerbe auf Pachtgründen betreiben, eine Pächterschutzverordnung nach dem Muster der Verordnung über die Pachtzinse für Schrebergärten zu erlassen.

Der Verkehr mit Frühkartoffeln. In den letzten Tagen ist durch Zeitungsnotizen die Meinung erweckt worden, dass der sogenannte Rucksackverkehr mit Frühkartoffeln vom Volksernährungsamt gestattet worden sei. Nach der Verordnung dieses Amtes vom 22. Juni ist aber im Interesse einer gleichmässigen Versorgung der Bevölkerung die gesamte Kartoffelernte also auch die der Frühkartoffeln zu Gunsten des Staates beschlagnahmt und der freie Einkauf von Kartoffeln beim Erzeuger verboten worden. Ausserdem wurde die strengste Überwachung des Kartoffelverkehrs sowohl in den Kartoffel erzeugenden Gemeinden, als auch auf den Bahnstationen und den Linien Verzehrungssteuerämtern verfügt. Da diese Angelegenheit für die Gemeinde auch wegen der Aufbringung an Frühkartoffeln in den der Gemeinde Wien vorbehaltenen Bezirken Niederösterreichs sowie des Abschlusses von Lieferungsverträgen von besonderer Wichtigkeit ist, wurde die erwähnte Verfügung vom Stadtrate nach einem Berichte des VB. Rain zur Kenntnis genommen.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 19. Juli 1918. № 112.

Zur Auszeichnung des Schauspielers Amon. Im Nachtrage zu unserem gestrigen Berichte ist die Auszeichnung des Schauspielers des Deutschen Volkstheaters Anton Amon dahin richtig zu stellen, dass über einen weiteren Antrag des GR. Komrowsky dem Schauspieler Amon die grosse goldene Salvatormedaille vom Gemeinderate verliehen wurde.

Erkrankungen bei den Strassenbahnern. Nach einem Berichte der Direktion der städtischen Strassenbahnen an den Bürgermeister ist gegenwärtig seit langer Zeit der höchste Krankenstand im Personale der Strassenbahnen zu verzeichnen, der weit über das bisherige Mass hinausreicht. Die Zahl von derzeit Erkrankten 1338 Personen macht fast 10 % des Gesamtstandes aus; unter diesen sind 610 an spanischer Grippe erkrankte Personen. In der Hauptwerkstätte sind unter rund 1100 Personen 208 Kranke. Es ist begreiflich, dass unter diesen Umständen die ganze Tätigkeit bei der Strassenbahn insbesondere aber in den Werkstätten ausserordentlich leidet, weil dort die einzelnen Arbeitspartien zerrissen sind und nicht ohne weiteres ergänzt werden können. Der Stand an betriebsfähigen Wagen ist durch diesen Umstand derzeit ausserordentlich niedrig, so dass in der nächsten Zeit mit weiteren Betriebseinschränkungen gerechnet werden muss.

Freiplätze der Stadt Wien an der deutschen k.k. Schiffahrtsschule in Triest. Nach dem Beschlusse der letzten Gemeinderatsitzung kommen bekanntlich vom nächsten Studienjahr an zwei ganze Freiplätze für das Internat dieser neuen Lehranstalt zur Heranbildung von Offizieren der Handelsmarine zur Verleihung. Auskünfte hierüber erteilt die Magistrats-Abteilung XIII ( 1. Bezirk Ebendorferstrasse 1 ), woselbst auch die Gesuche und zwar bis längstens 31. Juli zu überreichen sind.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der übliche Empfang am Montag, 22. d.M.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michalek**,  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 20. Juli 1918. Nr 113.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der Mittwoch, den 24. d.M. beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Rindfleischeinkaufscheinen die mit dem Buchstaben C versehenen Abschnitte und zwar beim Bezuga der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

Abgabe von Schweinefleisch. In den vom Magistrate bestimmten Stellen wird von Montag, 22. d.M. an gegen Vorweisung des weissen Rindfleischeinkaufscheines oder des rosafarbenen Wohlfahrtsfleischeinkaufscheines Schweinefleisch und zwar an Haushalte bis vier Personen  $\frac{1}{2}$  kg, über vier Personen 1 kg zur Abgabe gebracht. Zur Abtrennung gelangen die bereits seit zwei Wochen in Geltung stehenden Abschnitte 2 des weissen, bzw. 1 und 2 ( gleichzeitig ) des rosa Einkaufscheines.

Neuerliche Abgabe von Salzspeck aus den Gemeindevorräten. Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche weitere 16.000 kg Salzspeck bei einer Anzahl von Ständen in der Grossmarkthalle abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind wieder Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine. Der Speck wird zum Höchstpreise und zwar nur gegen Abtrennung der Ziffer Nr 41 des weissen amtlichen Einkaufscheines und der beiden Abschnitte Nr 97 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte verkauft werden. Für je 6 dkg Speck sind zwei Fettkartenabschnitte abzutrennen. Auf jedem amtlichen weissen Einkaufschein gelangen so viel Mal 6 dkg Fett zur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem weissen Einkaufschein ausgewiesen sind. Besitzer weisser amtlicher Einkaufscheine mit den Buchstaben A bis G sind am 23., H bis L am 24., M bis S am 25. und Sch, St, T bis Z am 26. d.M. nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt. Am jedem Verkaufstage werden 4000 kg Salzspeck bereitgestellt sein.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 21. bis 27. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 17 der Mehlbezugskarte. Der Preis des städtischen Holzes ( gespalten ) beträgt 34 h für 1 kg weiches Holz und 27 h für 1 kg hartes Holz.

NB.  
Der Ausgabe liegt eine Kundmachung, betreffend die Beförderung von Films bei.



Reorganisation des Wiener Stadtbaumes. Durch eine Verfügung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner aus den letzten Tagen werden sämtliche Verwaltungs-Angelegenheiten technischer Natur aus dem Geschäftsbereiche des Wiener Magistrates ausgeschlossen und dem Stadtbaume, zur selbstständigen Behandlung überwiesen. Hiedurch wird bei der Wiener Gemeindeverwaltung auf technischem Gebiete eine Reform zu Ende geführt, die der Bürgermeister bereits vor längerer Zeit angebahnt hat, als er im Vorjahre das Referat des Magistrates über die Angelegenheiten der Strassenpflege, der Kehrrechteinsammlung und des städtischen Fuhrwerksbetriebes unmittelbar dem Stadtbaume übertrug. Durch die jüngste Verfügung des Bürgermeisters wird dem besetzten Techniker im Rahmen der Gemeindeverwaltung der Hauptstadt jene Stellung eingeräumt, welche die Technikerschaft in Oesterreich für ihre Angehörigen, die im öffentlichen Dienste stehen, schon seit langer Zeit in Anspruch nimmt.

Der technische Sachverständige im Dienste der Gemeinde Wien wird demnach fürderhin in Angelegenheiten seines Fachwissens nicht mehr bloss auf die Abgabe von Gutachten beschränkt sein, sondern als magistratischer Referent unmittelbar berichten und selbst entscheiden. Hiedurch wird die Geschäftsführung in solchen Angelegenheiten eine wesentliche Beschleunigung und Vereinfachung erfahren.

Zur Behandlung der mit den technischen Agenden verbundenen Rechtsangelegenheiten laufender Art werden der Stadtbaume-Direktion ständig rechtskundige Beamte zugeteilt werden. Eine Anzahl Stadtbaume-Beamte wird vom Bürgermeister in das Gremium der Magistratsräte entsendet werden.

Das Einquartierungsamt der Stadt Wien befindet sich ab 19. Juli im Rathause, 1. Bezirk Felderstrasse 1, 6. Stiege, Hochparterre.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Die Genossenschaft der Pferdefleischhauer und Pferdefleischverschleisser, Wien, 17. Hormayergasse 37 teilt mit, dass die Amtsstunden ab 22. Juli nicht mehr Dienstag und Donnerstag, sondern Montag und Donnerstag von 4 bis 6 Uhr nachmittags sind.

Von der Strassenbahn. Der Stadtrat hat für die Erneuerung und Umlegung des Doppelgleises in der Josefstädterstrasse zwischen Albertgasse und Blindengasse und für die Erneuerung der vom linken Gleise der Heiligenstädterstrasse zur Döblingerstrasse führenden Abzweigweiche und des anschliessenden Gleisbodens die Kosten im Betrag von 127.000 Kronen genehmigt.

Einsiedezucker für Humanitätsanstalten. Um jenen Personen, welche in Humanitäts- Wohltätigkeitsanstalten, Klöstern, Erziehungsinstituten, etc, gepflegt werden, und daher keine Zuckerkarten erhalten, den Bezug des Einsiedezuckers zu ermöglichen, werden den genannten Anstalten über Weisung des Volksnährungsamtes über ihr Verlangen „Zuckerbezugsscheine für Obstverwertung“ ausgestellt. Anstalten, die diesen Zucker beziehen wollen, haben ihren Anspruch unter Nachweisung der Zahl der bei ihnen im Juni l. J. durchschnittlich im Tage verpflegten Personen bei den zuständigen magistratischen Bezirksämtern in der Zeit von Dienstag, 23. bis Mittwoch, 31. während

der üblichen Amtsstunden geltend zu machen.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche mit . kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes A der neuen grüingedruckten Kartoffelkarte. Zunächst werden gegen Abtrennung des A Abschnittes jene Bezirke beliefert werden, welchen wegen Zufuhrstockungen in der Vorwoche keine Kartoffeln zugewiesen werden konnten. Die übrigen Bezirke kommen dann nach Massgabe der Zufuhren der Reihe nach zur Belieferung. Die Abgabetermine für die einzelnen Bezirke werden in den Tagesblättern veröffentlicht werden. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich im Laufe der kommenden Woche bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle oder bei einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezuge anzumelden. Die Wahl der Abgabestelle steht frei, doch wird empfohlen, bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben. Der Vorgang der Bezugsanmeldung ist derselbe wie bei der alten Kartoffelkarte.

Zur Verhaftung des Josef Adametz. Die heutigen Tagesblätter bringen die Mitteilung von der Verhaftung des Josef Adametz, welcher beschuldigt wird, mit dem Gemüse der Stadt Wien grössere Betrügereien verübt und dadurch die Gemeinde Wien schwer geschädigt zu haben. Ferner wird ihm die Fälschung von Transportscheinen im Grossen zur Last gelegt. Hiezu wird berichtet:

Die Gemeinde Wien hat mit Josef Adametz einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge er verpflichtet ist, für die Gemeinde Wien Anbauverträge über Karotten, Frühkraut und Mairübe mit Landwirten der politischen Bezirke Kolin, Caslau, Kuttendorf, Neubyzow, Pardubitz und Bodiebrad abzuschliessen und die Ernte zu übernehmen und zu bezahlen und an die Gemeinde Wien abzuliefern. Eine Mindestmenge von 500 Waggon à 10.000 Kg ist von ihm garantiert mit einem Pönale von 1000 Kronen für jeden nicht zur Ablieferung gelangenden Waggon. Die Sämereien wurden ihm von der Gemeinde Wien unter Haftung des Samenlieferanten beigegeben. Ueber die Vertrauenswürdigkeit und Anständigkeit des Adametz wurden vor Vertragsabschluss Informationen bei der Länderbank eingeholt, welche günstig lauteten. Adametz war im Vorjahre als Kommissionär der Gemüse- und Obstversorgungsstelle tätig gewesen. Die Gemüse- und Obstversorgungsstelle stellt gleichfalls über ihn das beste Zeugnis aus. Anfangs Juli wollte Adametz mit der Lieferung von Mairübe und Karotten beginnen. Da die Früchte zu schwach entwickelt waren und die Karotten mit Blätterwerk geliefert werden sollten, wurde vereinbart, mit der Anlieferung noch bis zur zweiten Hälfte Juli zu warten und die Bodenfrüchte dann ohne Blätterwerk zu liefern. Dem Adametz wurden 50 Stück Gemüse-Transportscheine übermittelt.

Nach den Zeitungsnachrichten zu schliessen, dürfte Adametz diese Transportscheine abgeändert und für anderweitige Gemüsesendungen verwendet haben. Welche Mengen Gemüse auf diese Weise der Gemeinde Wien verloren gegangen sind, ist unbekannt, doch dürfte es sich kaum um grössere Partien handeln, da die Gemüseernte nach dem Aussehen der hier vorgelegten Muster zu schliessen, erst vor Kurzem begonnen haben konnte. Ueber Auftrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurden sofort zwei Beamte entsendet, damit die Sachlage festgestellt und die nötigen Anordnungen im Interesse der Gemeinde Wien getroffen werden.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michler*,  
Wien. 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 22. Juli 1918. Nr 115.

Neue Seifenkarten. Die Seifenkarten für die Monate August bis einschliesslich November gelangen von 25. d.M. an zur Ausgabe und sind von diesem Tage angefangen an einem beliebigen Wochentage bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission während der gewöhnlichen Amtsstunden derselben durch den Haushaltungsvorstand oder dessen Vertreter gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines ( im Falle der Teilung desselben, aller amtlichen Einkaufscheine ) des Haushaltes zu beheben.

Die neue Seifenkarte enthält nicht mehr wie bisher acht gleichwertige nur mit Ziffern versehene Abschnitte, sondern zwei Abschnitte für den Bezug je eines Einheitsstückes Kriegskriegsverbandseife oder eines Stückes Kriegsverband-Toilette seife und 4 Abschnitte für den Bezug von je 125 g Kriegsverband-Seifenpulver oder 200 g fetthaltiger Wasch- und Scheuermittel. Es steht sohin dem Verbraucher nicht mehr frei, seine Seifenkartenabschnitte durchwegs gegen Seife oder Seifenpulver und fetthaltige Scheuermittel einzulösen, sondern er kann Seife nur gegen Abtrennung der Abschnitte 1 und 2, Seifenpulver oder fetthaltige Wasch- und Scheuermittel nur gegen Abtrennung der Abschnitte 3, 4, 5 und 6 beziehen. Durch diese Massnahme sollen die vielfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Versorgung der Bevölkerung mit Waschseife ergeben haben, behoben und soll eine gleichmässige Verteilung der vorhandenen Waschmittelvorräte ermöglicht werden.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 22. Juli 1918. Nr 116.

Städtisches Jugendamt. Das städtische Jugendamt bildete bis vor kurzem eine Magistrats-Abteilung, wie deren beim Wiener Magistrat im Gesamten 24 bestehen. Der Wirkungskreis dieses Amtes hat sich nun im Laufe der letzten Zeit derart erweitert, dass die Tätigkeit des Jugendamtes, namentlich wenn sie sich einmal voll entfaltet haben wird, über den Rahmen einer Magistrats-Abteilung weit hinaus gehen wird. Das Arbeitsgebiet dieses Amtes umfasst nämlich die gesamte Jugendfürsorge der Gemeinde Wien, insbesondere die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge einschliesslich des öffentlich Kindergarten- und Spielplatzwesens, aber auch die militärische Jugendvorbereitung und das Hortwesen. Diesem ausgedehnten Wirkungskreise entsprechend besitzt das Jugendamt einen eigenen Geschäftsapparat und verfügt über ein besonderes Personal. Diesen Umständen Rechnung tragend hat der Bürgermeister Dr. Weiskirchner nunmehr das städtische Jugendamt aus den Magistratsabteilungen ausgeschieden; es wird in Zukunft ein Amt für sich bilden und die Bezeichnung „Magistrat Wien. Städtisches Jugendamt“ führen. Gleichzeitig wurde der bisherige Leiter dieses Amtes Magistratssekretär Josef Gold vom Gemeinderate zum Direktor des Jugendamtes ernannt.

Baumpflanzung in der Floridsdorfer Hauptstrasse. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Hoss beschlossen, in Ergänzung der bereits ausgeführten Strassenherstellung der Floridsdorfer Hauptstrasse in der Strecke von der Kaiser Franz Josefs - Brücke bis zur Fännerergasse eine doppelte Baumreihe zu pflanzen und ein Geländer auf der stromaufwärtigen Strassenseite zu errichten.

Ankauf von Grillparzerbriefen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer beschlossen, die von Universitätsprofessor Dr. Alex. von Weilen angebotenen Manuskripte Grillparzers samt den an ihn gerichteten Briefen um den Betrag von 2000 Kronen für die städtischen Sammlungen anzukaufen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Ernst Wagner zum Rechnungsrat, Ingenieur Rudolf Baumann und Ingenieur Franz Oesterreicher zu Bauoberkommissären, Dr. Othmar Forkl zum Magistratskonzipisten und Eduard Petr zum Kanzleiakzessisten

Dienstjubiläum. Dieser Tage fierte der dem Marktamt am Zentralviehmarkte zugeteilte Inspektor Friedrich Berger sein 25 jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlasse kamen dem verdienstvollen Beamten zahlreiche Glückwünsche zu.



217-218

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.  
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 23. Juli 1918. Nr 117.

Erhöhung der Preise für Schweinefleisch etc. Infolge der erhöhten Gesteuerungskosten beträgt von Mittwoch, den 24. d.M. angefangen der Detailverkaufspreis für das Fleisch von Schweinen, die im Wege der städtischen Schweineübernahmestelle in Verkehr gesetzt werden, 14 K 20 h für 1 kg. Gleichzeitig wurde der Preis für Schweineinnereien und Köpfe mit 6 K 80 h, für rohe Zungen mit 9 K, für gepökelte Zungen mit 10 K für je 1 kg festgesetzt.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 23. Juli 1918. Nr 118.

Seidenzucht im Wege der Heimarbeit. Von massgebenden Persönlichkeiten der Heeresverwaltung, wie der Zivilbehörden wird in aller Stille ein Fürsorgewerk vorbereitet, das gleich bedeutungsvoll für die Arbeitsversorgung invalider Krieger, wie für die Beschaffung kostbaren Rohstoffes für die Länder der Monarchie zu werden verspricht; es ist der Ausbau und die Steigerung der Seidenzucht im Wege der Heimarbeit. Auch die Wiener Gemeindevertretung, an der Spitze Bürgermeister Dr. Weiskirchner nimmt an dem Problem fruchtbarer Verwertung von Arbeitskräften zur Heimarbeit lebhaften Anteil und die Absichten sind diesbezüglich so weit gediehen, dass es nützlich schien, eine Besprechung sämtlicher massgebender Stellen über diesen Gegenstand im Rathause einzuberufen, welche dieser Tage in Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten und unter Vorsitz des VB. Hierhammer abgehalten wurde. Zur Unterlage diente den Besprechungen ein kurzer Vortrag von Dozent Dr. Arthur Haberlandt vom Kaiser Karl Museum für österreichische Volkskunde über: Geschichtliche Vorbilder zur Hebung der Hausindustrie, insbesondere des Seidenbaues. Einleitend betonte der Vortragende, dass Hausindustrien ursprünglich in der bäuerlich ländlichen Arbeitsentwicklung wurzeln. Sie füllen die arbeitslose Zeit im Winter, während welcher der Landbau ruht. Der Verdienst ihrer im allgemeinen nicht sehr hochwertigen Erzeugnisse erscheint als willkommene Geldzubusse zum Naturalgewinn des bäuerlichen Haushaltes, aber auch nur als eine solche. Vielfach hat aber auch rein persönliche Initiative die Segnungen eines derartigen Neben-erwerbes wirtschaftlich armen Gegenden zuteil werden lassen, wofür die Hebung der Spitzenerzeugung in den Bergbaugebieten des Erzgebirges und Krains (Idria) klassische Beispiele bilden. Das wirtschaftliche Verhängnis aller solcher auf sich selbst beruhenden Hausindustrien liegt aber in dem Mangel an Organisation der wirtschaftlich schwachen einzelnen Arbeitskräfte, darum geringer Konkurrenzfähigkeit und gänzlicher Abhängigkeit vom Zwischenhändler (Verleger) begründet. Bei

Schaffung einer neuen hausgewerblichen Tätigkeit müsste daher einseitige Betonung einer speziellen Heimarbeit als alleiniger Existenzgrundlage entschieden werden und ausserdem ein staatlich verbürgter Schutz der Arbeit (Mindestentlohnung) festgesetzt werden. Anererseits sind gerade heute die Aussichten für die Rentabilität der Heimarbeit angesichts des Problems der Invalidenfürsorge und des Rohstoffmangels, der Verteuerung der Lebenshaltung in den Städten gegenüber dem Selbsterzeuger sehr günstig und das gerade mit Bezug auf so hochwertige Rohstoffe, wie ~~sie~~ die Seidenzucht liefert.

Die Gemeinde Wien denkt diesbezüglich an grosszügige gärtnerisch anzulegende Kolonien in der Donaustadt (Lobau) für die die grösse Schrebergärtenaktion der Gemeinde ein denkwürdiges Vorbild schon liefert. Hier wäre der Lebensunterhalt der mit der Heimarbeit beschäftigten Familien durch eigene Garten (Gemüsekultur) Seidenzucht und Korbflechterei aus dem Material des Siedlungsgebietes (Donaustadt) gewährleistet. Der Vortragende besprach weiter die vielversprechenden seinerzeit geradezu blühenden Vorläufer der Seidenzucht in Oesterreich Ungarn, die dalmatiner Seiden und Gespinnstfaserbearbeitung, das weite Gebiet hausgewerblicher Seidenverarbeitung, das sich in Bosnien und den besetzten Balkanländern eröffnet und ging mit besonderer Wärme auf das von dem deutschen Schriftsteller Adam Müller-Gutenbrunn dichterisch verklärte Vorbild der Kolonisation des Banates ein, aus dem unter militärischer Fürsorge und persönlicher Initiative einzelner weitschauende Wirtschaftspolitik eine blühende und führende Provinz des Seidenbaues in der Monarchie geschaffen habe, um mit dem Wunsche zu schliessen, dass ein ähnliches Werk auch der heutigen Zeit gelingen möge, wozu die Unternehmung der Gemeinde Wien Muster und Vorbild werden solle.

Pferdeklassifikationen im Juli 1918. Stabildes Pferdespital Stockerau 24., Brünn 25., Göding 27.; Pferdeverwertungsstelle Trebitsch 26., Wischau 28., Ung. Hradisch 29., Znaám 30.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Schneider wird der Ankauf eines Luftfilters zum Reingen von ungefähr 20 m<sup>3</sup> Kühlluft in der Sekunde für einen neuen 14.000 K.V.A. Turbogenerator der städtischen Elektrizitätswerke mit dem Kostenbetrage von 23.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird die Bestellung neuer Ersatzbereifungen für städtische Dienstkraftwagen mit dem Kostenvoranschlage von 27.500 Kronen genehmigt. - StR. Nemetz beantragt die Instandsetzung der eisernen Düngerkarren und der Schlachtwinden in der Schlachthalle des Zentralpferdeschachthauses im 10. Bezirk mit den Kosten von 6500 Kronen. - Ueber Antrag des StR. Schwer wird der Ankauf zweier Bilder des Malers Ferdinand Zach, darstellend zwei Höfe in der Nussdorfer- und Kahlenbergerstrasse beschlossen. - StR. Dr. Haas beantragt für Renovierungsarbeiten im vierten städtischen Waisenhaus auf der Hohen Warte einen Betrag von 8000 Kronen zu bewilligen.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Jenny Michew,**  
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 24. Juli 1918. Nr. 119.

Reinigung der Gehwege. Der Magistrat hat eine Kundmachung erlassen, wonach in den Bezirken 1 und 3 bis 9, sowie in den verbauten Teilen der Bezirke 2 und 10 bis 21 die Eigentümer und Verwalter sämtlicher Gebäude und Grundstücke verpflichtet sind, die an diesen vorbeiführenden Gehwege in der ganzen Länge der Liegenschaft täglich zwischen 8 und 10 Uhr abends vom Staub und Kot gründlich säubern zu lassen. Bei trockener Witterung sind die Gehwege erst zu bespritzen und sodann zu kehren, damit Staubeentwicklung vermieden werde. Bei Frostwetter ist die Bespritzung zu unterlassen. Ueberdies sind die Gehwege in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober täglich zwischen 7 und 8 Uhr morgens und zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags bei trockener Witterung zu bespritzen, bei nasser Witterung aber vom Kot gründlich zu reinigen. Bei der Reinigung darf Kehricht und Kot nicht in das Strassenrinnsel gekehrt werden, sondern er ist zu sammeln, im Hause zu hinterlegen und mit dem Hauskehricht zum Kehrichtsammlerwagen zu bringen. Wo keine abgegrenzten Bürgersteige bestehen, ist längs der einzelnen Liegenschaften der Weg in einer Breite von mindestens  $1\frac{1}{2}$  Metern vorschriftsmässig zu bespritzen und zu reinigen. Wo den zur Bespritzung der Gehwege Verpflichteten das erforderliche Wasser nicht zur Verfügung steht, kann die Bespritzung unterbleiben. Doch ist hievon die Anzeige an das magistratische Bezirksamt zu erstatten, das zu entscheiden hat, ob die Voraussetzung dieser Ausnahmebestimmung tatsächlich gegeben ist.

Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 400 Kronen oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

Kinder aufs Land. Morgen, Donnerstag, 6 Uhr früh werden durch das Kaiser Karl Wohlfahrts Werk 700 Kinder auf dem Donauweg nach Ungarn gesandt. Die Kinder kommen in die Gegend zwischen Donau und Theiss. Um 7 Uhr früh wird ein Schiff, welches 900 Egerländer Kinder beherbergt, die Schiffsstation Nussdorf passieren.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 24. Juli 1918. Nr. 120.

Reform der Düngewirtschaft in den städtischen Schlacht- und Viehhöfen. Die Schaffung des städtischen Landwirtschaftsamtes einerseits, die Frage der Gruppenschlachtungen andererseits lassen es als rätlich erscheinen, der rationellen Lösung der Frage der Düngerverwertung in den Wiener Schlachthöfen und Viehmärkten näher zu treten; abgesehen davon, dass es durch eine solche Reform dem städtischen Landwirtschaftsamte ermöglicht wäre, sich grössere Düngermengen zu beschaffen, sprechen noch veterinärpolizeiliche Rücksichten für eine Aenderung des gegenwärtigen namentlich zu Seuchenzeiten gänzlich unhaltbaren Zustandes. Um den bisherigen Beziehern dieses Düngers, vorwiegend Gärtnern des 3. und 11. Bezirkes den Dünger nicht mit einem Schlage zu entziehen, wäre ein Ausgleich in der Richtung zu treffen, dass das Landwirtschaftsamt die nicht verwendeten Düngermengen an jene Gärtner abgibt, die geneigt sind, mit der Gemeinde Wien Lieferungsverträge hinsichtlich der Abgabe von Gemüse und Kartoffeln abzuschliessen. Der Stadtrat hat nunmehr in seiner letzten Sitzung über Antrag des StR. Knoll beschlossen, den Magistrat anzuweisen wegen Neuregelung der Düngerverwertung auf dem Schlachthofe St. Marx, welche bisher durch die Fleischhauergenossenschaft erfolgte, Verhandlungen einzuleiten und den Dünger aus den übrigen Schlachthöfen und von den Viehmärkten sogleich dem städtischen Landwirtschaftsamte zu überlassen.

Spartage 1917. Der Bezirksschulrat teilt mit, dass das Gesamtertragnis der an sämtlichen öffentlichen allgemeinen und privaten Volks- und Bürgerschulen des Wiener Schulbezirkes eingeführten Spartage im Kalenderjahre 1917 insgesamt 141.391 Kronen betrug. Dieser Gesamtbetrag verteilt sich auf die einzelnen Gemeindebezirke, wie folgt:

1. Bezirk 7.371 K, 2. Bezirk 14.744 K, 3. Bezirk 8.502 K, 4. Bezirk 6.631 K, 5. Bezirk 3.126 K, 6. Bezirk 4.744 K, 7. Bezirk 3.157 K, 8. Bezirk 3.880 K, 9. Bezirk 4.402 K, 10. Bezirk 7.106 K, 11. Bezirk 4.846 K, 12. Bezirk 6.666 K, 13. Bezirk 12.871 K, 14. Bezirk 5.297 K, 15. Bezirk 2.149 K, 16. Bezirk 8.721 K, 17. Bezirk 5.666 K, 18. Bezirk 7.059 K, 19. Bezirk 4.545 K, 20. Bezirk 14.315 K, 21. Bezirk 5.583 K.

Von dem Gesamtbetrage werden 25 % für Wiener Kriegerwaisen und zwar für die in den einzelnen Gemeindebezirken in Gründung begriffenen Bezirksstellen des Zweigvereines „Stadt Wien“ des k.k. österr. Militär-Witwen- und Waisenfonds, 20 % für das Rote Kreuz, 30 % für von der Gemeinde Wien zu erbauende Kriegerheimstätten und die restlichen 25 % für Jugendfürsorgeeinrichtungen der einzelnen Bezirke gewidmet.

Vom Rathauskeller. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse und den herrschenden Mangel an preiswerten Weinen der Rathauskeller nur von  $\frac{1}{2}$  12 bis 3 Uhr und von  $\frac{1}{2}$  7 bis 11 Uhr nachts geöffnet ist.



3. Ausgabe.

+++++

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 24. Juli 1918. No 121.

---

G.R. Dr. Pupovac + Nach einem heute aus Millstatt i. Kärnten eingelangten Telegramm ist auf seiner Besetzung in Millstatt heute Gemeinderat Dr. Alexander Pupovac nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Dr. Pupovac, der vom zweiten Wahlkörper des 9. Bezirkes in den Gemeinderat entdendet worden war, leistete seit Beginn des Krieges als Hauptmannauditor Kriegsdienste und erkrankte während derselben in einer auswärtigen Garnisonsstadt an einem Leiden, von dem er sich nicht mehr erholen konnte. Das Leichenbegängnis findet voraussichtlich am Freitag in Millstatt statt.

---



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michler*,  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .  
=====

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 25. Juli 1918. № 122.  
-----

Wutfälle in Wien. Am 19.d.M. verendete ein gelbbrauner, männlicher Dachshundbastard, welcher von einem Mädchen an der Leine geführt wurde, auf der Strasse nächst dem Hause 8. Bezirk Josefstädterstrasse 20. Die Untersuchung des Kadavers ergab, dass der Hund an Wut eingegangen ist. Da die Begleitperson nach dem Verenden des Tieres sich sofort unter Mitnahme des Halsbandes, Marke und Maulkorbes entfernte, konnte bisher die Provenienz des Hundes nicht festgestellt werden.

Ferner ist in der Inneren Stadt am 20.d.M. ein Hund ( weisser Foxterrier-Rüde mit schwarzem, rechten Ohre und gestutzter Rute ), nachdem er Erscheinungen von Wut gezeigt und ein Mädchen im Gesichte verletzt hatte, seinem Eigentümer entlaufen und erst am Montag, 22. d.M. wieder zurückgekehrt. An dem Hunde wurde gleichfalls die Wutkrankheit amtlich festgestellt. Laut Erhebung ist mit Sicherheit anzunehmen, dass von diesem Hunde während der zweitägigen Streifung Personen und Tiere gebissen wurden.

Zweckdienliche Angaben über beide Wutfälle sind behufs Einleitung der Schutz und Tilgungsmassregeln ehestens der Veterinärämter-Direktion, Wien 1. Neues Rathaus bekannt zu geben

-----

Wiener Kinder in der Schweiz. Aus Einsiedeln in der Schweiz ist heute ein Telegramm eingelaufen, dass das <sup>Befinden der</sup> dort untergebrachten Wiener Kindern ein ausgezeichnetes ist. Alle Kinder wurden dort von der Anregerin der Idee, Frau von Einem mit Anzügen und Schuhen beschenkt.

-----



2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 25. Juli 1918. Nr 123.

Ueberreichung von Auszeichnungen an die Berufsfeuerwehr.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte heute an eine Reihe verdienter Funktionäre der städtischen Berufsfeuerwehr die ihnen verliehenen kaiserlichen Auszeichnungen. Ueberreicht wurden dem Branddirektor Jenisch und dem Oberinspektor Mayer das Kriegskreuz für Zivilverdienste 2. Klasse, den Oberinspektoren Schifter und Wagner und dem Inspektor Holler das goldene Verdienstkreuz mit der Krone, den Brandmeistern Stanzig und König das goldene Verdienstkreuz, dem Exerziermeister 1. Klasse Faulstich das Kriegskreuz für Zivilverdienste 4. Klasse, den Exerziermeistern Skall und Baudisch und dem Obertelegraphisten 1. Klasse Turczak das silberne Verdienstkreuz mit der Krone, den Löschmeistern 1. Klasse Biber, Brier, Fux, Jung, Kromer, Ottek, Spitzbart, Stecker und Wachter, sowie den Löschmeistern 2. Klasse Lukas, Ramharter und Rammelmayer das silberne Verdienstkreuz und dem der Feuerwehr zugeteilten Amsdiener 1. Klasse Breitler das silberne Verdienstkreuz am Bande der Tapferkeitsmedaille.

Zu der feierlichen Ueberreichung hatten sich eingefunden: StR. Schwer, GR. Leitner, der Obmann des Verbandes der freiwilligen Feuerwehren Kantner, Magistratsdirektor Dr. Nuchtern, Obermagistratsrat Müller, Magistratsrat sekretär Dr. Madjera, Magistratsrat Jiresch und die Kanzleidirektoren kaiserlicher Mayer und kaiserlicher Rat Hönisch

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an die Ausgezeichneten folgende Ansprache: Durch Allerhöchste Gnade wurden Sie Herr Branddirektor, wurden Offiziere, Chargen und Mannschaften ausgezeichnet und mir obliegt die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen diese Zeichen kaiserlicher Huld und Gnade zu überreichen. Ich komme dieser Aufgabe gerne nach, gibt sie mir doch die erwünschte Gelegenheit auch den Dank die die vollste Anerkennung des Bürgermeisters der städtischen Berufsfeuerwehr zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube wohl, ohne die Verdienste unserer Söhne und Brüder, die in einem übermenschlichen Ringen an den Fronten stehen, zu schmälern und zu kränken, die Behauptung aufstellen zu dürfen, dass es auch im Hinterlande Männer gibt, die durch ihre Opferwilligkeit und Hingabe wesentliche Verdienste um Staat und Stadt sich erworben haben. Die heldenmütige Arbeit der Berufsfeuerwehr verpflichtet nicht nur den Gemeinderat, sondern die ganze Wiener Bevölkerung zu unerschütterlichem Danke und als Dolmetsch dieses Dankes beglückwünsche ich sie zu den erhaltenen Auszeichnungen.

Branddirektor Jenisch brachte den Dank der Ausgezeichneten zum Ausdruck und sagte, sie werden gewiss für alle Angehörigen der Feuerwehr eine neuerlichen Ansporn bilden, dass sie ihrer Pflicht unentwegt und der gewissenhaftesten Weise erfüllen, so dass sie allen an sie gestellten Aufgaben seien sie noch so schwierig, gerecht werden können. Bei diesem Anlasse kann ich es als Kommandant nicht unterlassen Eure Exzellenz zu bitten, unseren tiefergebensten Dank ent-

gegenzunehmen für Ihre tatkräftige Förderung und Unterstützung, die mich allein in den Stand setzt, die Feuerwehr schlagfertig zu erhalten. Ich bitte auch, dem Gemeinderate und Magistrate den wärmsten Dank aussprechen zu dürfen. Branddirektor Jenisch schloss mit einem Hoch auf den Kaiser. Der Bürgermeister bemerkte noch: Die städtische Feuerwehr ist mein Stolz und ich werde alles daran setzen, sie nicht nur schlagfertig, sondern auch in dem Geiste zu erhalten, wie Sie sie führen.

Schliesslich beglückwünschte noch Obmann Kantner namens des Verbandes der freiwilligen Feuerwehr die Ausgezeichneten.

Franz Keim. Der Wiener Stadtrat hat heute nach einem Berichte des VB. Hierhammer beschlossen, die Kosten des Leichenbegängnisses des Dichters Franz Keim zur Zahlung zu übernehmen.

GR. Dr. Pupovac. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Witwe des GR. Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Alexander Pupovac folgendes Beileidstelegramm gerichtet: Mit tiefster Teilnahme habe ich die Nachricht vom Heimgange Ihres Herrn Gemahls, meines unvergesslichen Freundes und Kollegen Dr. Alexander Pupovac vernommen und beeile mich, Euer Hochwohlgeboren im eigenen Namen, wie im Namen des Wiener Gemeinderates unserer aufrichtigsten Mitgeföhle zu versichern. Wir werden dem Verbliebenen, dem wir ob seiner Verdienste bleibenden Dank zollen, ein ehrenvolles Andenken bewahren. Die Stadt Wien, der gemeinderätliche Bürgerklub, und die Wiener Lehrlingsfürsorgekommission haben dem Verewigten als letzte Grösse Gränze gewidmet, die am Wege sand. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren, dieselben auf das Grab unseres Freundes niederlegen zu wällen.

Der Beginn der grossen Kinderfahrt, Wiener Kinder nach Ungarn.

Das über Auftrag des Kaisers inaugurierte grosse Wohlfahrtswerk „Kinder aufs Land“ setzt nunmehr mit der Hauptaktion ein, nachdem bereits viele Tausende von Kindern teils durch die Zentrale, teils durch die dem Kaiser Karl Wohlfahrtswerk angeschlossenen Kinderfürsorgevereine sowohl bei einzelnen Landwirten, als auch in eigenen Heimen untergebracht wurden. Der Kaiser, welcher sich fortlaufend über die Aktion eingehenden Bericht erstatten liess, hat in den letzten Tagen neuerlich den in Betracht kommenden Zivil- und militärischen Stellen den Auftrag gegeben, die Aktion möglichst zu beschleunigen und weitestgehend zu fördern.

Die Kinder, welche nunmehr auf dem Lande Erholung und Kräftigung finden sollen, kommen sämtlich nach Ungarn und der erste grosse Transport beginnt heute 6 Uhr früh vom Praterkai auf dem Donauwege in die gesegneten Gefilde zwischen Donau und Theiss. Mit Rücksicht auf die frühe Abfahrtsstunde wurden von den vorgemerkten Kindern jene in der unmittelbaren Nähe des Landungsplatzes wohnenden ausgewählt. Die Donau-Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft, in deren Namen

Präsident Dr. Ritter von Schonka und Direktor Kommerzialrat Wertheimer die Honneurs machten, hatten den grossen Dampfer Babenberg ausschliesslich für die Kinder und deren Begleitpersonen unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Zum Empfange der Kinder hatten sich eingefunden: In Vertretung des Kaisers Generalmajor Landwehr von Pragenau, Ministerpräsident Dr. Freiherr von Hussarek, der vom Kaiser mit der Leitung des Wohlfahrtswerkes für Oesterreich betraut wurde mit Gemahlin, FML. von Rochel in Vertretung des Kriegsministers, Stadtkommandant von Mossig, VB. Hierhammer in Vertretung der Stadt Wien, Sektionschef Dr. Loewenfeld-Ruß in Vertretung des Volksernährungsamtes mit Ministerialsekretär Dr. Göpferth, in Vertretung des Eisenbahnministers Sektionschef Ingenieur Ritter von Endergs, Oberst von Heilling in Vertretung des Ministeriums für Landesverteidigung, Oberintendant Urbauer vom gemeinsamen Ernährungsausschusse, Regierungsrat Klebinder, welcher die umfangreiche Organisation für das Kaiser Karl Wohlfahrtswerk leitet, Hauptmann Kinatader von der Zentral-Transportleitung, der Präsident des Vereines „Oesterreich für Ungarn“ Szilanyi, Ministerial-Vizesekretär Dr. Korompay in Vertretung des Ministers für soziale Fürsorge und Landesschulinspektor Professor Dr. Richter.

In musterhafter Ordnung ging die Einschiffung der Kinder, welche sich auf dem Platze nächst der Kirche gesammelt hatten, vor sich. Dr. Freiherr von Hussarek, Generalmajor von Landwehr, FML. Ritter von Mossig und VB. Hierhammer sprachen zahlreiche Kinder an und nachdem diese herzlichen Abschied von ihren Eltern und Begleitpersonen genommen hatten, setzte sich das Schiff unter den Klängen der Regimentsmusik in Bewegung. Die freudigen Gesichter der Kinder, welche mit Tüchern und Hüten zum Abschied herübergrüssten, und das festlich geschmückte Schiff boten einen prächtigen Anblick.

Durchreise von Egerländer Kindern.

Kinder aus dem Egerlande, ungefähr 900 an der Zahl, kamen heute um 6 Uhr früh am Franz Josefs Bahnhofe an, um ebenfalls mittelst Schiff nach Ungarn befördert zu werden. Die Oberleitung des Transportes hatte Bezirksschulinspektor Wolf aus Eger. Auf dem Bahnhof hatte sich in Vertretung der Gemeinde Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingefunden, um den Kindern aus dem Egerlande die Grösse der Stadt Wien zu entbieten. Die oben genannten Persönlichkeiten hatten sich sofort nach der Abfahrt des Schiffes vom Praterkai ebenfalls nach Nussdorf begeben und am Bahnhof begrüsst Ministerpräsident Dr. von Hussarek namens des Kaiser Karl Wohlfahrts-Werkes die Kinder und sagte ihnen, dass sie diese Wohltat unserem gütigen Kaiser zu verdanken haben, welcher mit wahrhaft väterlicher Fürsorge sich all der armen erholungsbedürftigen Kindern erinnerte. Er ermahnte die Kinder, sich dieser Fürsorge stets dankbar zu erweisen und schloss mit einem begeistert aufgenommen Hoch auf den Kaiser.

Die Kinder begaben sich dann vom Bahnhof unter Vorantritt einer Regimentskapelle mit klingendem Spiel zur Schiffstation und unter der Leitung des Kapitäns Inspektor Beer wurden die Kinder auf das Schiff gebracht. Hier hielt Pfarrer Kettenbach

aus Rossbach in Vertretung der Heimatsgemeinden der Kinder eine die Bedeutung des Tages würdigende Ansprache an die Kleinen und dankte allen Mitgliedern des Arbeitsausschusses für ihre Mühewaltung und Aufopferung, insbesondere dem Freiherrn von Hussarek und Generalmajor von Landwehr, welcher letzteren er den General Kinderfreund nannte.

GM. von Landwehr erwiderte: Mit glänzenden Erwartungsfrohen Augen sehen wir Euch hier versammelt, um eine Reise in das schöne Land jenseits der Leitha anzutreten, in welchem Euch die viel gerühmte und bewährte Gastfreundschaft der Ungarn einen stärkenden, Frische und Fröhlichkeit schenkenden Sommeraufenthalt bereitet hat. Einige Wochen Sommerglück sollen Euch kräftigen von den Strapazen und mancherlei Entbehrungen, welche die böse Kriegszeit für Euch hatte, sollen Euch nach dieser Frist mit roten Backen, frisch und kräftig zur Freude Eurer Eltern wieder in die Heimat zurückbringen. Wer Euch aber dieses Sommerglück schenkt, das ist nicht die Arbeit all der Menschen, die sich um das Zusammenkommen dieser Aktion bemüht haben, es ist vor allem jenem Einen zu danken, der dieses Werk gewollt, der es befohlen hat, unserem Kaiser. Mit Liebe und väterlicher Sorge denkt der Kaiser Euer. Sein starker Wunsch und Wille war es, den müden geschwächten Kleinen Gelegenheit zu geben, zu frohen gesunden Menschen zu erstarken. Er war es, der ebenso wie unsere geliebte und verehrte Kaiserin mit regem Interesse das Werden der Aktion verfolgt, wie sie denn auch jeden Kindertransport, der in die Ferne geht, mit ihren Segenswünschen geleiten. Ich bin beauftragt, Euch, liebe Kinder, die Grösse des Kaisers und der Kaiserin zu überbringen, Euch zu sagen, dass beide Euch ihre Wünsche mit auf den Weg geben für diese kommenden Sommerwochen, die Euch Frische und Stärkung schenken mögen. Zum Zeichen des Dankes und der Liebe für unser Kaiserpaar, wollen wir in den Ruf einstimmen: Seine Majestät unser verehrter gütiger Kaiser und Ihre Majestät unsere geliebte Kaiserin, sie leben Hoch! Die Musik stimmte das „Gott erhalte“ an, die Kinder, welche sich auf dem Schiff bereits bequem gemacht hatten, sprangen auf und sangen begeistert das Kaiserlied mit. Die Anker wurden gehoben und unter herzlichen Zurufen, Tücherschwenken und Herüber- und Hinübergrüssen begannen die Kinder die Fahrt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat

an den Leiter der Kabinettskanzlei Generaldirektor Franz von Hawerda-Wehrlandt folgendes Telegramm gerichtet: Ueber 1500 deutsche Kinder aus dem Egerland und Wien sind heute früh dank den hochherzigen Intentionen Seiner Majestät im Kaiser Karl Wohlfahrtswerk in das gastliche Ungarn hinabgefahren, um Erholung und Erkräftigung ihrer Gesundheit zu finden. In jugendfrischer Begeisterung haben die Kinder vor ihrer Abfahrt ihres gütigen Landesvaters gedacht und Seiner Majestät jubelnd ihre dankbare Huldigung dargebracht. Ich bitte Euer Exzellenz, Seiner Majestät diese erhebende kindliche Huldigung gütigst unterbreiten zu wollen.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michner**,  
Wien, 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 26. Juli 1918. Nr. 224.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. In der 67. Woche wird mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine Wohlfahrtsfleisch im Ausmasse von 20 dkg für den Kopf und die Woche gegen Abtrennung des Abschnittes D an folgenden Tagen abgegeben werden: Montag, 29. d. M. A bis F, Mittwoch, 31. G bis K, Donnerstag, 1. August L bis R und Samstag, 3. August S bis Z.

Zum Beginn der grossen Kinderfahrt. Vom Leiter der Kabinettskanzlei Generaldirektor von Hawerda ist folgendes Antworttelegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingelangt Schloss Eckartsau. Seine k. u. k. apostolische Majestät danken Allergnädigst für die mit heutigem Telegramm unterbreitete Kinderhuldigung und wünschen herzlich für den gastlichen Aufenthalt in Ungarn volles Gelingen und besten nachhaltigen Erfolg.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 26. Juli 1918. Nr. 22.

Der Dank Konstantinopels. Der Stadtpräfekt von Konstantinopel Sezai hat an Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein in herlichen Worten gehaltenes Dankschreiben für die Spende von 10.000 Kronen, welche die Gemeinde Wien für die Obdachlosen der letzten grossen Feuersbrunst in Stambul widmete, gerichtet.

Ausspeisung in den Tageserholungsstätten. Der Stadtrat hat über Antrag des StR. Tomola zur Durchführung der Ausspeisung der Kinder in den Tageserholungsstätten im Sommer 1918 einen Betrag von 200.000 Kronen bewilligt und die Belieferung der Erholungsstätten auf Schloss Bellevue, Schafberg und Girzenberg durch die Abteilung für Ausspeisungsaktionen genehmigt, während die Kinderkriegsküche auf dem Laaer Berg vom Kriegsküchenkommissariat vollständig beliefert werden wird.

Ausgestaltung städtischer Bäder. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Körber die Ausgestaltung des heuer eröffneten städtischen Strandbades „Alte Donau“ zu einem sogenannten „Familienbad“ mit gemeinsamen Strände für Männer und Frauen genehmigt. - An das städtische Strombad Nussdorf wird über Antrag des StR. Zatzka ein Sonnen- und Luftbad angegliedert.

Der Stand der Milchversorgung. In der gestrigen Stadtratssitzung legte StR. Dr. Haas einen ausführlichen Bericht über die Massnahmen zur Verhütung des Einlangens saurer Milch in den heurigen Sommermonaten vor, in welchem er ausführte: Nach den statistischen Nachweisungen des Marktamtes begann das Einlangen saurer Milch am 18. April bei einer Bahnanlieferung von 139.000 Litern mit 5900 Liter und erhöhte sich mit dem Steigen der Temperatur im Mai und Juni auch die Menge der Sauermilch. Am 5. Juli betrug die saure Milch nach kurzer Besserung bei einer Tageslieferung von rund 159.000 Litern noch 8000 Liter, erhöhte sich aber bereits am 12. bei 161.000 Liter auf über 17.000 und stieg sodann bis zum 18. Juli von 165.000 Liter auf rund 41.000 Liter, das ist 27,4 % der Bahnanlieferung. Ein Vergleich mit dem Vorjahre zeigt, dass in der Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli 1917 auch an einem Tage die saure Milch 40.000 Liter überstieg was jedoch nur 11,7 % der gesamten Bahnmilch betrug. Vom 21. Juli bis 30. September hat die Menge der Sauermilch diesen Umfang noch überschritten und an einem Tage sogar die Menge von 71.000 Liter erreicht. Eine Gegenüberstellung dieser Daten ergibt, somit, dass die Mengen der sauren Milch im heurigen bisher relativ wohl nicht grösser sind, wie im Vorjahre, dass dieselben aber deshalb viel unangenehmer ins Gewicht fallen müssen, weil eben die Gesamtanlieferung gegen das Vorjahr um über 50 % zurückgegangen ist. Die bisher gemachten Erfahrungen liessen das Eintreten dieser bedauerlichen Erscheinung bereits im Frühjahr mit Sicherheit voraussehen und die Gemeinde war sich wohl bewusst, dass bei den immer grösseren Schwierigkeiten um die Milchversorgung Wiens besondere Abwehrmassnahmen gegen das Einlangen von Sauermilch getroffen werden müssen. Der Bürgermeister hat daher nachdem schon Anfang März l. J. Veranlassen für die Einstellung einer genügenden Anzahl von Kühlwaggons für den Milchverkehr getroffen worden war am 27. April Petitionen an die zuständigen Minister gerichtet, damit die angeregten Massregeln schleunigst in die Tat umgesetzt, insbesondere aber die Milch Kühlwaggons rechtzeitig eingestellt und zweckentsprechend verwendet werden. Da diese Petitionen zunächst unbeantwortet blieben, wurden sie am 23. Mai vom Bürgermeister in Erinnerung gebracht. Darauf ist am 24. Mai ein Antwortschreiben des Eisenbahnministers eingelangt, nach welchem die Eisenbahndienststellen angewiesen werden, alle erforderlichen Massnahmen für die schleunigste Durchführung der Milchlieferungen zu treffen und mitgeteilt wird, dass seit Mitte April 142 Bierkühlwagen in Verwendung stehen. Das Amt für Volksernährung teilt mit, dass das Handelsministerium den politischen Landesbehörden möglichst grosse

Mengen von Soda bzw. Kalkwasser oder Kalk zur Abgabe an die Milchproduzenten zwecks Reinigung der Milchkannen zur Verfügung stellen werde. Der Ministerpräsident teilte mit, dass die kompetenten Ressorts beauftragt wurden, alle nötigen Schritte zur Sicherstellung der Milchversorgung Wiens einzuleiten. Der Handelsminister selbst teilte in einem Schreiben dem Bürgermeister mit, dass 10.000 Kilogramm Kristallsoda der Niederösterreichischen Statthaltereie zur Verteilung an die Interessenten freigegeben wurden und vom Ackerbauminister wurde der Bürgermeister in Kenntnis gesetzt, dass auch er Massnahmen zur entsprechenden Belehrung der Milchproduzenten getroffen habe. Im Sinne dieser auf die Petitionen des Bürgermeisters ergangenen Antwortschreibens hat die Milchversorgungsstelle wiederholt mündlichen und schriftlichen Berichten die zuständigen Oberbehörden auf das stets Anwachsen der sauer einlangenden Milchmengen und die damit verbundenen Gefahren für die Milchversorgung Wiens aufmerksam gemacht. Am 18. Juni wurde die Inverkehrsetzung weiterer 25 Kühlwaggons beim Eisenbahnministerium angesprochen und da eine Erledigung nicht erfolgte, die eheste Erfüllung am 15. d. M. dringend betrieben. Weiters hat die Milchversorgungsstelle sämtliche Milchhändler Wiens angewiesener Reinigung der Milchkannen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und dafür zu sorgen, dass sie nur in gereinigtem Zustande an die Produzenten zurückgesendet werden. Schliesslich hat die Milchversorgungsstelle nicht ermangelt in allen speziellen Fällen, in welchen Klagen erhoben wurden, zu intervenieren. Die Gemeinde Wien hat somit einerseits bei der Regierung alle Massnahmen rechtzeitig in Anregung gebracht, welche geeignet sind, das saure Einlagern der Milch auf ein erträgliches Mass zu beschränken andererseits aber auch innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen, um dem vorzeitigen Verderben der Milch in wirksamer Weise zu begegnen.

Lehrerernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Thomas Bauer, Josef Hörhager, Otto König und Ferdinand Sattmann zu Volksschullehrern 2. Klasse; Elvira Bauer, Helene Eckl, Emma Gerhardt, Marianne Hartmann, Wilhelmine Hickl, Marie Hinl, Karoline Kininger, Marie Klemenz, Hermine Langenberger, Margarethe Perko, Anna Schars, Auguste Schmetterer und Edith von Wenin-Paburg zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse und nach einem Antrage des StR. Hohensinner Friederike Hammer zur Volksschullehrerin 1. Klasse ernannt.

Bezirksvertretung Hietzing. Der Bürgermeister hat mit der Fortführung der Geschäfte der Bezirksvertretung des 13. Bezirkes den bisherigen Bezirksvorsteher kaiserlichen Rat Karlinger und dessen Stellvertreter Rudolf Hoff betraut und zu Beiläten bestellt: Franz Assem, Kaufmann, Josef Fiebiger, Fabrikant, Johann Glassauer, Realitätenbesitzer, Karl Haban, Schuhmacher, Otto Poyer, Revident der Wiener Bezirkskrankenkasse, Anton Reischer, städtischer Oberlehrer, Michael Reutter, Maler, Carl Rohrbacher, Hausbesitzer, Johann Sauer, Gastwirt, Karl

Wagner, Sparkassenbeamter, Johann Wimpissinger, Wirtschaftsbesitzer, Eduard Aichinger, Weinschänker, Leopold Blach, städtischer Steueramtsdirektor i. P., Rudolf Bertgen, k. k. Beamter, Walter Brauco, Offiziant, Karl Franz Dworzak, Vorstand der Wiener Kommunalkrankenkasse, Franz Xaver Endress, Inspektor der Südbahn i. P., Julius Huber, Hausbesitzer, Franz Kettinger, Kantineur, Franz Liebhart, Kafetier, Richard Liebing, Turmhünerzeugung, Leopold Neudorfer, Kaufmann, Karl Pekarek, Küchenchef, Josef Schwaller, gräflicher Domänenrat i. P., Ludwig Feidl, Gastwirt, Rudolf Starzinger, Sekretär der Grazer Waggonfabrik, Hermann Wild, Kleinhändler und Johann Wolf, Stadtbaumeister.

RRa. Dobernig. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Exzellenz Dr. Gross nachstehendes Beileidschreiben gerichtet: Wiewohl man nach den Meldungen der letzten Tage auf den Heimgang unseres lieben Freundes Dobernig gefasst sein musste, hat mich doch die Nachricht, dass nunmehr sein Tod erfolgt sei, tief bewegt und ich beileide mich Euer Exzellenz und dem Deutschen Nationalverbande zu dem schweren Verluste, den das deutsche Volk durch das Ableben dieses seines wackeren Vertreters erlitten hat, meine aufrichtigste Teilnahme zum Ausdruck zu bringen. Das Leben und Wirken dieses Mannes war deutsch bis ins Innerste seines Herzens und seine Art war fest und treu, wie die Berge seiner Heimat und des Kärntner Landes. Unvergessen wird mir der Spruch bleiben, den er mir zu Beginn des italienischen Krieges als das Kärntner Programm schrieb:

Wir stehen wie unserer Berge Wand  
Und werden nicht wanken und weichen.  
Es führt nur ein Weg ins Kärntnerland,  
Der Weg über unsere Leichen.

In diesem Spruche ist die ganze Lebensauffassung Dobernigs enthalten, die restlose Hingebung für Volk und Vaterland.

Die deutsche Erde wird dem Heimgegangenen keine schwere Bürde sein; sein Geist aber wird im Lande weiter walten und es zu segensreicher Zukunft führen.

Ich werde meinem verewigten Freunde Josef Wolfgang Dobernig treue Hochschätzung und Verehrung übers Grab hinaus bewahren.

Weiters hat der Bürgermeister an den Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Abgeordneten Dr. Waldner und an den Bürgermeister von Klagenfurth Freiherrn von Wetzlar-Plankenstein Beileidschreiben gerichtet.



## Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michew.**  
Wien, 1. Neues Rathaus.

### 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 27. Juli 1918. Nr. 226.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 28. d.M. bis 10. August werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlachtereien gegen Abtrennung der Ziffer 40 des amtlichen farbigen Einkaufsscheines und der zwei Fettmarkenabschnitte Nr. 96 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte für alle Gruppen von Mindestbemittelten, welche nicht dem Lebensmittelverbande der Kriegszeitbetriebe Wiens angehören, je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Neuerliche Abgabe von Salzspeck aus den Gemeinde Vorräten. Mit Rücksicht auf die noch andauernde Brotknappheit wird die Gemeinde Wien aus ihren Vorräten im Laufe der nächsten Woche weitere 12.000 kg Salzspeck bei einer Anzahl von Ständen in der Grossmarkthalle zum Höchstpreise abgeben lassen. Bezugsberechtigt sind diesmal Besitzer weisser amtlicher Einkaufsscheine, welche bei den bisherigen Speckabgaben der Vorwoche aus irgendeinem Grunde die Speckzusage nicht bezogen haben. Der Speck wird daher nur gegen Abtrennung einer der Ziffern 33, 34, 39, 40, 41 des weissen amtlichen Einkaufsscheines und der beiden Abschnitte Nr. 98 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte verkauft. Auf jeden amtlichen weissen Einkaufsschein gelangen so viele Male 6 dkg Fett nur Abgabe, als bezugsberechtigte Personen auf dem Einkaufsschein ausgewiesen sind. Für je 6 dkg Fett werden zwei Abschnitte Nr. 98 der Fettkarte abgetrennt. Besitzer weisser amtlicher Einkaufsscheine mit den Buchstaben A bis G sind am 30. d.M., H bis L am 31. d.M., M bis S am 1. August und Sch, St, T bis Z am 2. August nach Massgabe der Vorräte bezugsberechtigt. An jedem Verkaufstage werden 3000 kg Salzspeck bereitgestellt sein.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der am Mittwoch, 31. d.M. beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Rindfleischeneinkaufsscheinen die mit den Buchstaben D versehenen Abschnitte, beim Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

Abgabe von Schweinefleisch. Vom 29. d.M. an wird in den vom Magistrat bestimmten Stellen gegen Vorweisung des weissen Rindfleischeneinkaufsscheines oder des rosafarbenen Wohlfahrtsfleischeneinkaufsscheines Schweinefleisch und zwar an Haushalte

bis vier Personen  $\frac{1}{2}$  kg, über vier Personen 1 kg zur Abgabe gebracht. Abgetrennt werden die seit 3 Wochen in Geltung stehenden Abschnitte 2 des weissen, bzw. 1 und 2 (gleichzeitig) des rosafarbenen Fleischeneinkaufsscheines.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 28. Juli bis 3. August gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 16 der Mehlbezugs-karte. Der Preis des städtischen Unterzündholzes gespalten beträgt 34 h für 1 kg weisses und 27 h für 1 kg hartes Holz.

Kartoffelabgabe. Die Zufuhren an Kartoffeln sind durch die Erntearbeiten behindert, so dass vorläufig nur im 7. und 12. Bezirke Frühkartoffeln abgegeben werden können. Es wird  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf zum Preise von 32 h per  $\frac{1}{2}$  kg gegen Abtrennung der Abschnitte A und B der neuen grüngedruckten Kartoffelkarte abgegeben. Die Abgabe geschieht im 12. Bezirk am Montag und Dienstag, im 7. Bezirk am Dienstag und Mittwoch.

### 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 27. Juli 1918. Nr. 227.

#### Die städtischen Beamten und Lehrer beim Bürgermeister.

Vor einigen Tagen empfing Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Abordnung der städtischen Beamten- und Lehrerschaft, bestehend aus dem Präsidenten und Vize-Präsidenten des Vereines der Beamten der Stadt Wien, Ober Rechnungsrat Viktor de Pontis und Magistrats-Sekretär Gschladt sowie Gemeinderat Gussenbauer, welche die Wünsche der städtischen Angestellten und Lehrer nach weiteren Massnahmen zur Linderung der derzeitigen drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Standes vorbrachten. Unter Berufung auf die nach der letzten Generalversammlung überreichten Eingaben und die vom den Staatsangestellten erhobenen Forderungen, deren nahe Erfüllung von der Regierung bereits in Aussicht genommen sei, hoben die genannten Vertreter vorerst den Standpunkt hervor, dass die städtischen Angestellten zwar einerseits die durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Gemeindehaushaltes gezogenen Schranken wohl im Auge haben, andererseits aber bereits an der äussersten Gren-

ze ihrer wirtschaftlichen und geistigen wie körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt sind. Von diesen Erwägungen geleitet, habe die Beamten- und Lehrerschaft ihre Forderungen auf folgende Wünsche beschränkt: 1.) Entsprechende Erhöhung der Teuerungszulage; 2.) sofortige Inkraftsetzung der Doppelrechnung der Kriegsjahre; 3.) Einrechnung der Teuerungszulage in die Pension; 4.) Beschaffung von Bekleidungsgegenständen durch die Gemeinde; 5.) teilweise Abgabe von Lebensmitteln an Lohnesstatt; 6.) Zuwendung von Teuerungszulagen an die Familien der zum Militärdienst eingerückten Angestellten und Lehrer. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der die Abordnung in der liebenswürdigsten Weise empfing, erklärte sich grundsätzlich bereit, diese Wünsche einer wohlwollenden Prüfung und raschen Erledigung zuzuführen, verwies jedoch auf die budgetäre Lage der Gemeinde und ihre besonders bei der Beschaffung von Bekleidungsgegenständen und Lebensmitteln durch die staatlichen Verordnungen eingeschränkte Machtbefugnisse, welche der Erfüllung mancher dieser Forderungen auch bei dem vorhandenen guten Willen unleugbare Schwierigkeiten bereiten. Auf die einzelnen Punkte eingehend, verwies der Bürgermeister gegenüber der ersten Forderung auf die Anschaffungsbeiträge, welche nunmehr viermal jährlich zur Auszahlung gelangen sollen nach Wunsch der Beamtenschaft aber auch in Monatsraten flüssig gemacht werden können. Er stellte weiters eine Doppelrechnung der Kriegsjahre wenigstens bei Pensionierungen in Aussicht und erklärte die Einrechnung der Teuerungszulage in die Pension bis zu einem erst festzusetzenden Prozentsatze für erwägenswert und grundsätzlich annehmbar. Die dringende Notwendigkeit der Beschaffung von Bekleidungsgegenständen sowie der teilweisen Naturalentlohnung stunde ausser allem Zweifel und wird die Gemeinde neuerdings alles aufbieten, um im Einvernehmen mit den staatlichen Stellen diesem begreiflichen und gerechten Wunsche die Verwirklichung zu ermöglichen. Hinsichtlich der Eingerückten verwies Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf die ungleichmässige Behandlung der Gemeinde- und Landesbediensteten gegenüber den Staatsangestellten durch die Streichung des Sustentationsbeitrages an Reserveoffiziere seitens der Militärverwaltung, wogegen er schon wiederholt Schritte unternommen habe, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Es werde angesichts der gewiss begründeten wirtschaftlichen Nothlage dieses Teiles der städtischen Angestellten- und Lehrerschaft den vorgebrachten Wunsch neuerdings einer eingehenden wohlwollenden Prüfung unterziehen lassen. Unter Betonung des Standpunktes, im beiderseitigen Interesse mit den Vertrauensmännern der Beamten und Lehrerschaft auch weiterhin in Fühlung bleiben zu wollen, entliess der Bürgermeister die Abordnung.

Die Magistratsdirektion wurde beauftragt, eine Vorlage über die der Besprechung zugrunde liegenden Punkte ehestens dem Stadt- und Gemeinderate vorzulegen.

#### Vorläufige Uebernahme des Barackenlagers Ober-Hollabrunn.

In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Spalowsky über die mit dem Ministerium des Innern und der n.ö. Statthalterei geführten Verhandlungen wegen Uebernahme des Flüchtlingslagers Ober-Hollabrunn, welche zu einem vorläufigen Uebereinkommen in der Richtung geführt haben, dass die Gemeinde Wien im Lager eine vorläufige am 1. August beginnende Erholungsfürsorge für Jugendliche einrichtet und wegen dauernder Uebernahme des Flüchtlingslagers weitere Verhandlungen einleitet. Das Flüchtlingslager, dessen projektierter Ausbau noch nicht beendet ist, besteht derzeit aus 109 Objekten, von denen 52 aus Holzkonstruktion bestehen, während die übrigen teils gemauerte Riegelwandbauten, teils Ziegelmauer Werkbauten sind. Die Hauptstrassen des Lagers sind als gewalzte Schotterstrassen mit Alleebeepflanzung ausgeführt. Der gärtnerischen Ausgestaltung des Lagers wurde ein besonders Augenmerk zugewendet. Zur Zubringung aller Materialien dient eine Schmalspurbahn, welche von der Nordwestbahnstation Ober-Hollabrunn abzweigt und mit einer Gesamtlänge von 2,8 km das Lager durchzieht. Die Staatsverwaltung erklärte sich weiter bereit, die abgeschlossenen landwirtschaftlichen und sonstigen Verträge auf Sicherung von Lebensmitteln während des einstweiligen Betriebes nicht zu kündigen und den Ueberschuss an Lebensmitteln nach Versorgung des eigenen Verwaltungspersonales und der im Lager noch befindlichen Flüchtlinge der Gemeinde Wien zum Selbstkostenpreise zu überlassen und sicherte weiters die Erhaltung des bisherigen Verwaltungsapparates in solchem Umfange zu, dass der Erhaltungsbetrieb der Gemeinde gewährleistet ist. Die Kosten für diese Erholungsfürsorge betragen nach dem Berichte des Referenten StR. Spalowsky 350.000 Kronen und wurden vom Stadtrate nebst den anderen Anträgen genehmigt. Es ist hiedurch dem städtischen Jugendamt die Möglichkeit gegeben eine sechs- beziehungsweise zwölfwöchentliche Erholungsfürsorge für ungefähr 1200 Kinder und Lehrlinge in Ober-Hollabrunn einzurichten. Die Akten wird hauptsächlich in Verbindung mit der Lehrlingsfürsorgekommission und dem Verein Wiener Kinder aufs Land durchgeführt werden. Die Vorarbeiten sind bereits soweit gediehen, dass mit der Besiedlung anfangs August begonnen werden kann.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.



Ministerpräsident Freiherr von Hussarek als Obmann des  
Arbeitsausschusses bittet höflichst um ungekürzte Aufnahme  
des nachstehenden Berichtes

Die grosse Kinderfahrt.  
=====

Das Kaiser Karl Wohlfahrts-Werk, die grösste Fürsorge-  
aktion, die während des Krieges geschaffen wurde, entsendete  
Freitag abends weitere 2000 Kinder nach Ungarn. Wenn man nur  
einem einzigen solchen Kindertransport beiwohnt, erhält man  
ein ungefähres Bild von dem gewaltigen Werke, welches einem  
Machtworte des Kaisers sein Entstehen verdankt und dessen  
Vorbereitung und Durchführung viele Hunderte von Arbeits-  
kräften durch Monate in Anspruch nahm. [Die Favoritner  
Kinder - rund 1050 an der Zahl -, deren Abreise für Freitag  
angesetzt war, nahmen vor dem Gemeindehause im 10. Bezirk  
Aufstellung und marschierten sodann zum Ostbahnhofe. Die  
Spitze des Zuges bildeten Bezirksvorsteher Hruza, Gemeinderat  
Direktor Wawerka, Ortschafts-Obmann Rechnungsrat Decker,  
kaiserlicher Rat Dobner, zahlreiche Bezirks- und Ortschafts-  
räte und die Damen des Empfangskomitees. Eigene Abteilungen  
in dem Zuge bildeten die Zöglinge des Knabenhortes, des  
Jugendspielvereines Favoriten und der Fürsorgestelle  
"Viribus unitis". Die Leitung des Kindertransportes war dem  
Lehrer Strauss anvertraut.

Auf dem Ostbahnhofe hatten sich eingefunden: Bürger-  
meister Dr. Weiskirchner, Stadtkommandant Ritter von Mossig,  
der Vizepräsident des Landesschulrates <sup>Dr. von</sup>  
Braitenberg, der Präsident des evangelischen Oberkirchen-  
rates Sektionschef Dr. Haase, in Vertretung des gemein-  
samen Ernährungsausschusses Regierungsrat Klebinder und  
Intendant Grassl, Oberst Lausch vom Landesverteidigungs-  
ministerium, Obergerichtsrat Dr. Suchanek und Ministerialrat <sup>Kne</sup>  
<sup>an</sup> Dr. Korompay vom Ministerium für soziale Fürsorge, die  
StRe. Tomola und Schwer, der Verkehrschef der Staatseisen-  
bahngesellschaft Oberinspektor Bochenek, Polizeirat  
Gutschreiter, Dr. Donin vom Landesberufsvormundschaftsamt  
und Bezirkschulinspektor Professor Dr. Richter. GM. von  
Landwehr war zu seinem Leidwesen infolge Unwohlseins am  
Erscheinen verhindert.

Rührend war der Abschied, den die Eltern von den  
Kindern nahmen. Die Freude, ihr Kind mehrere Wochen in guter  
Landluft und unter günstigen Verpflegsverhältnissen unter-  
gerbacht zu wissen, war teilweise getrübt von dem Schmerze,  
sich von dem Liebling auf mehrere Wochen trennen zu müs-  
sen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Stadtkommandant Rit-  
ter von Mossig trösteten liebevoll die Eltern und gaben  
ihnen die beruhigende Versicherung, dass nach den sorgfältig  
getroffenen Vorbereitungen, die Gewähr für die bestmöglich-  
ste Unterbringung und für die glückliche Rückkehr der

Kinder gegeben sei. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der in  
einzelnen Fällen von den Vätern und Müttern gebeten wurde,  
auch ihr Kind, obwohl es nicht vorgemerkt war, mitfahren  
zu lassen, ersuchte den Regierungsrat Klebinder, die Kinder  
einzuweilen, was dieser auch sofort veranlasste. In Hinkunft  
werden aber im Interesse der Ordnung nur die für den  
betreffenden Transport vorgemerkten Kinder befördert  
werden können. Der Bürgermeister und der Stadtkommandant erm-  
ermahnten die Kinder recht brav zu sein und wünschten ihnen,  
wohlbehalten, kräftig und fröhlich zurückzukommen. Um  
7 Uhr 30 setzte sich der Zug langsam in Bewegung, die Kinder  
sangen die von der Regimentskapelle intonierte Volkshymne  
und unter jubelnden Hoch und Heilrufen, Tücherschwenken und  
Abschiedswinken wurde die Fahrt mit dem Ziele nach Sieged  
angetreten.

Eine Stunde später fuhren ebenfalls vom Ostbahnhof aus  
940 Kinder zum grössten Teile aus Hernals und zwar 600  
katholische und 340 protestantische Kinder ab. In Vertretung  
des 17. Bezirkes waren Stadtrat Grünbeck, und Bezirksschul-  
Inspektor Zickero und Direktor Teufelsbauer gekommen.  
Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Stadtkommandant von  
Mossig sprachen auch zahlreiche dieser Kinder an und es  
gelang ihnen durch herzliche Zurufe und Scherzworte den  
Abschied von den Eltern und die Trennung von der Heimat  
leichter zu machen. Diese Kinder kommen nach Ujvidek, der  
fruchtbarsten Gemüse- und Obstgegend Ungarns.

Bei beiden Transporten wurde leider die Beobachtung  
gemacht, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl von  
Kindern nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht an Ort  
und Stelle war. Es ist dies nicht bloss im Interesse  
der Kinder beklagenswert, deren spätere Einteilung mit  
Schwierigkeiten verbunden ist, sondern auch deshalb,  
weil eine Anzahl von in Aussicht genommenen Unterkunfts-  
stellen nicht ausgenützt werden kann.

Heute Samstag, geht ein grosser Transport nieder-  
österreichischer Kinder (ungefähr 900) die auf den  
Südbahnstationen von Wr. Neustadt bis Payerbach gesammelt  
werden, nach Ungarn ab. Von Wien aus gehen heute  
zwei Sonderzüge nach Ungarn, und zwar einer mit 1200  
Kindern um 7 Uhr 45 vom Praterstern (Nordbahn) aus und  
der zweite Zug mit rund 1100 Kindern um 8 Uhr 35  
vom Ostbahnhof.

Abgabe von Margarine. In den beiden Wochen vom 28. d.M. bis  
11. August gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen  
und bei den Konsumentenorganisationen 40 Gramm Margarine  
pro Kopf und Woche zur Ausgabe. Der Preis beträgt pro  
Würfel K 2.10.

Höchstpreise für ungarisches Geflügel. Laut Mitteilung des  
Bezirkswirtschaftsamtes Stelle 4 werden für die Dauer der  
Sommermonate Höchstpreise für ungarisches Geflügel  
nicht festgesetzt, sondern lediglich die Preiszuschläge  
für den Gross- und Kleinhandel normiert, welche insolge  
der Preis K 30 für 1 kg übersteigt, wie folgt angesetzt  
werden: für den Grosshandel K 1.- pro kg inklusive Zu-  
stellung, für den Detailverkauf für 1 kg K 1.20.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michler.**  
Wien, I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 29. Juli 1918. Nr. 229.

Abgabe von rumänischem Schafkäse. Laut Mitteilung der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsstelle wird in der nächsten Zeit rumänischer Schafkäse dem Konsume übergeben und stellen sich die Preise wie folgt: Verkaufspreis an Wiederverkäufer K 15.80 pro kg und an Verbraucher K 17.40 pro kg. Die Händler wurden beauftragt, Provenienz und Preis im Geschäfte deutlich ersichtlich zu machen.

Petroleumbezugskarten für Hausbeleuchtung. Am Sonntag, 4. August tritt die neue Petroleumbezugskarte für Hausbeleuchtung, das ist für die Beleuchtung der Höfe, Stiegen und Gänge, mit der Gültigkeit bis 12. April 1919 in Kraft. Behufs Behebung dieser Karte haben sich die anspruchsberechtigten Hausbesitzer oder deren Beauftragte vom Donnerstag, 1. k.M. angefangen an einem beliebigen Wochentage während der gewöhnlichen Arbeitsstunden bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission mit dem zu ihrer Ausweisleistung erforderlichen polizeilichen Meldesettel und dem Stamme der abgelaufenen Petroleumbezugskarte für Hausbeleuchtung einzufinden.

Wutkrankheit an einem herrenlosen Hunde. Am 14. d.M. wurde ein im Resselparke umherirrender Hund, Foxterrierbastard, Rüde, weise mit langen Ohren und langer Rute, von einem Sicherheitswachmann erschossen. An dem Kadaver wurde nachträglich die Wutkrankheit festgestellt.

Da der Hund möglicherweise andere Hunde gebissen hat, werden die in der Umgebung des Resselparkes wohnhaften Hundebesitzer aufgefordert, ihren Hunden eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und über jede wutverdächtige Erscheinung an denselben dem magistratischen Bezirksamte für den 4. Bezirk oder dem Polizeikommissariate Wieden die Mitteilung zukommen zu lassen.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 29. Juli 1918. Nr. 229.

Antrag auf Erlassung eines Pächterschutzgesetzes. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an das k.k. Ackerbauministerium folgendes Schreiben gerichtet: Mit den Verordnungen vom 20. Jänner 1917, bzw. 20. Jänner 1918 wurden sehr wirksame Bestimmungen zum Schutze der Mieter von Wohnungen, Wohnungsbestandteilen und Geschäftsräumen gegen Zinserhöhungen und Kündigungen erlassen und in ähnlicher Weise sind auch die Pächter von Schrebergärten mit der Verordnung vom 26. März 1917 gegen Zinserhöhungen und Kündigungen sichergestellt.

Ein gleiches Schutzbedürfnis herrscht auch bei den Gemüsegärtnern, welche ihr Gewerbe auf Pachtgründen betreiben. Auch bei ihnen sind in letzter Zeit Pachtzinssteigerungen im Ausmasse von 100 bis 120 % vorgekommen, welche in diesen schweren Zeitaltern als Übertrieben und in dieser Höhe als vollständig ungerechtfertigt erscheinen. Die Lage ist für den betroffenen Gärtner um so schwieriger, da er auf dem Pachtgrund nicht nur sein Gewerbe betreibt, sondern auch seine Behausung, sowie Stallung, Glashäuser errichtet hat, so dass ein Ausziehen für ihn ein wahres Unglück bedeutet.

Dazu kommt, dass anderweitige neue Pachtgründe sehr schwer zu beschaffen sind und dann erst einer langjährigen Herrichtung bedürfen. Unter solchen Umständen ist der Gärtner dem Grundbesitzer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. In Würdigung dieses Sachverhaltes und weil die Gemeinde Wien, der in Kriegszeit in erster Linie der Schutz der Verbraucher obliegt, darauf bedacht sein muss, weitere Pachtzinssteigerungen, welche die Verbraucher zu tragen hätten, nach Möglichkeit zu verhüten, hat der Wiener Stadtrat in seiner Sitzung vom 18. d.M. den Beschluss gefasst, an das k.k. Ackerbauministerium das Ersuchen zu richten, zum Schutze der Gemüsegärtner, welche ihr Gewerbe auf Pachtgründen betreiben, eine Pächterschutzverordnung nach dem Muster der Verordnung vom 16. März 1917 betreffend Pachtzinse für Schrebergärten zu erlassen.

Ich beehre mich, diesen Entschluss dem k.k. Ackerbauministerium mit der Bitte zur Kenntnis zu bringen, diese Anregung in geneigte Erwägung zu ziehen und mit der gebotenen Beschleunigung die zweckentsprechenden Bestimmungen zu erlassen.

Der Dank der Technikerschaft. An Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist folgende Zuschrift eingelangt: Die ständige Delegation des Oesterr. Ingenieur- und Architekten-Tages, die berufene Vertreterin der Standesinteressen der gesamten akademisch gebildeten Technikerschaft Oesterreichs, hat mit hoher Freude den Berichten der Tagesblätter entnommen, dass Eure Exzellenz in weiterer Verfolgung eines von Ihnen schon im Vorjahre unternommenen Schrittes nunmehr die Ausscheidung der Behandlung der technischen Amtsgeschäfte aus dem Geschäftsbereiche des Magistrates angeordnet und damit den Ingenieuren des Stadtbauamtes jene selbstständige Stellung eingeräumt haben, welche ihnen allein die initiative und voll verantwortliche Amtsführung ermöglicht. Die ständige Delegation erlaubt sich, hiemit Eurer Exzellenz

den ergebensten Dank der gesamten Oesterreichischen Technikerschaft für diesen Vertrauensbeweis auszusprechen und der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, dass der zweifellos eintretende Erfolg Ihrer weitblickenden Massnahme in Bezug auf Raschheit der Erledigung und Wirtschaftlichkeit der neuen technischen Amtsführung die Gemeinde Wien befriedigen und als Vorbild auch die staatliche Verwaltung zu einer ebensolchen Einrichtung ihres technischen Dienstes veranlassen wird.

Weiters ist an den Bürgermeister folgendes Schreiben gelangt: Der gefertigte Verwaltungsausschuss der Zentralvereinigung der Architekten Oesterreichs hat mit grösster Befriedigung erfahren, dass über Anregung Eurer Exzellenz in Würdigung der Bedeutung der Baukunst und ihrer Vertreter geplant ist, das städtische Archiv durch Aufnahme bedeutungsvoller Handschriften und Zeichnungen aus dem Nachlass hervorragender Architekten Wiens zu erweitern.

Wir benützen diese Gelegenheit, um Euer Exzellenz für den neuerlichen Beweis der Anerkennung und Wertschätzung, welcher dadurch der Architektenschaft gezollt wird, unseren wärmsten Dank auszusprechen.

Löbliche Redaktion! Die Direktion des städtischen Marktamtes ersucht um Veröffentlichung nachstehender Notiz: Kürbisrezepte. Die äussert günstige Kürbisernte in Ungarn hat die Wiener Märkte mit dieser Ware förmlich überschwemmt, was bei der derzeitigen schwierigen Lebensmittelversorgung nicht zuletzt eine Erleichterung bedeutet. Nichtsdestoweniger hat der Kürbis noch lange nicht die Anzahl der Freunde, die ihm gebühren. Er ist wohlfeil, nahrhaft und leicht verdaulich, sollte mithin in keiner Küche fehlen. Wohl fehlt es jetzt an den nötigen Zutaten, um besonders schmackhafte Kürbisspeisen bereiten zu können, aber auch mit den noch zur Verfügung stehenden Küchenbehelfen kann die Hausfrau gute und billige Speisen schaffen.

Nachstehend einige bewährte Kochrezepte:

Kürbissuppe.

Kürbis wird ohne Schale und Kern in kleine Stücke geschnitten, zu Brei gekocht, durch einen Durchschlag gerührt und mit Wasser, dem man Salz, etwas Kümmel und ein Stückchen Fett beifügt, verdünnt.

Kürbiskraut.

Nudlig geschnittener schalen- und kernfreier Kürbis wird mit Dillenkraut und etwas Zwiebel gedünstet. Hierauf wird eine leichte, lichte Einbrenn bereitet, mit Wasser abgebrüht und diese Flüssigkeit in die Kürbismasse eingerührt. Nach Bedarf wird Salz zugesetzt. Oder:

Kürbisse werden geschält, entkernt, eingesalzen und so  $\frac{1}{2}$  Stunde stehen gelassen. Von wenig Fett und Mehl wird eine lichte Einbrenn bereitet, dann etwas feingehackte Zwiebel, grüne Petersilie und Dillenkraut anrösten gelassen; die gut ausgedrückten Kürbisse werden nun in die Einbrenn hineingegeben, etwas Paprika beigemischt und die Masse noch dünsten gelassen.

Kürbisschnitten in Paradeistunke.

Speisekürbisse werden geschält, zu fingerdicken und doppelt so langen Stückchen geschnitten, in eine Kasserole

gelegt, mit Salz, etwas Pfeffer, Petersilie und etwas Fett unzugedeckt solange im Rohre stehen gelassen, bis sie weich sind. Die so fertigen Schnitten werden in Paradeistunke aufgetragen.

Kürbis-Gulasch.

Geschälter, würfelig geschnittener Kürbis wird halbreich gekocht, Zwiebel wird mit etwas Fett angeröstet, papriziert und eventuell mit etwas Mehl gestaubt, Kürbiswasser nachgerossen und kochen gelassen. In dieser Tunke werden nun die halbreich gekochten Kürbisse gedünstet.



3. Ausgabe.  
+++++

21. Jahrgang. Wien, Montag 29. Juli 1918.

№ 231.

-----  
Zur Massenversammlung der Wiener Strassenbahnbediensteten.

Die Berichte der Abg. Forstner und Müller, sowie des Verbandessekretärs Weigl vom socialdemokratischen Handels- und Transportarbeiterverband enthalten zahlreiche unrichtige Darstellungen, die der Aufklärung bedürfen; sie berücksichtigen auch die neu beschlossenen Zuwendungen noch nicht.

Die Motorführer erhalten zwar einen Anfangstaglohn von K 5.30, wozu aber noch die Kriegszulage und der Anschaffungsbeitrag kommt, welche monatlich, bzw. vierteljährlich ausbezahlt werden und auf den Tag umgerechnet zusammen 5 bis 10 1/2 K betragen. Dazu kommt noch die Fahrzulage, welche derzeit K 1.60 ausmacht, sowie die normalen Ueberstunden mit einer täglichen Mehreinnahme von derzeit rund K 1.50. Die gesammten Anfangsbezüge eines Motorführers betragen daher täglich 13.40 bis 18.80 K, je nach dem Familienstand. Auch die Schaffnerinnen beziehen nebst dem Stundenlohn von derzeit 52 bis 53 Hellern noch alle Kriegszulagen, Anschaffungsbeiträge und Nebengebühren, sodass sie im Tagesdurchschnitt auf K 10.60 bis 11.20 zu stehen kommen. Das Trinkgeld der Schaffnerinnen ist gerichtsordnungsmässig mit einem Durchschnitt von K 3.- per Tag festgestellt worden und wird mit diesem Betrag auch in die etwaigen Unfallrenten eingerechnet. Die Fährbediensteten bekommen übrigens schon nach einem Jahr in jeder Woche einen bezahlten freien Tag.

Die Angabe, dass die Fahrpreiserhöhung eine Mehreinnahme von 30 bis 33 Millionen pro Jahr ausmacht, ist dahin richtig zu stellen, dass sie, weil erst vom 28. August an gültig, für das nächst Geschäftsjahr nur rund 25 bis 26 1/2 Millionen Kronen einbringen wird.

Die Kosten der Lohnerhöhungen für das Personal aber betragen nicht 2.7 Millionen Kronen, sondern für die beiden neu hinzugekommenen Anschaffungsbeiträge 7 Millionen Kronen, für die Erhöhung der Kriegszulage nach dem Antrage Kunschak 3 1/2 Millionen Kronen und für die neuen Zuwendungen an die Bediensteten einschliesslich der Arbeiter der Hauptwerkstätte 4 1/2 Millionen Kronen, also zusammen 15 Millionen Kronen, sodass also für die Kosten der Materialpreissteigerungen und für die Zuwendungen an die übrigen Gemeindebediensteten, wofür die städtischen Unternehmungen teilweise aufkommen müssen, nur sehr wenig erübrigt wird.

-----



232-232

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .

=====

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 30. Juli 1918. Nr 231.

-----

Abgabe von Kartoffeln. Morgen Mittwoch und Donnerstag werden im 18. Bezirk Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf zum Preise von 62 Hellern für das  $\frac{1}{2}$  kg abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte A und B der neuen Kartoffelkarte.

-----



Wiener Kinder auf's Land.  
=====

Heute mittags sind durch die Jugendfürsorgeaktion der Frau von Einem 250 Kinder aus Wien nach der Schweiz gesendet worden. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Stadtkommandant Ritter von Mossig, Sektionschef im Kriegsministerium FML. Melion, Staatsbahndirektor Boess, der Vizepräsident des Landesschulrates Dr. von Breitenberg, in Vertretung des gemeinsamen Ernährungsausschusses Oberintendant Urbauer und Regierungsrat Klebinder, in Vertretung des Statthalters Statthaltereirat Dr. Lintner, StR. Tomola, die GR. Rummelhardt und Schimek, Obergerichtsrat Dr. Suchanek und Ministerialsekretär Dr. Korompay vom Ministerium für soziale Fürsorge, Polizeirat Dr. Rauscher, der schweizerische Gesandtschaftsattachée von Grenus, Oberinspektor Hatzel von der Staatsbahndirektion, der Leiter der Aktion Bezirks, schulinspektor Richter, Frau Anita Müller, Stationsvorstand kaiserlicher Rat Zawadil. Der Transport stand unter der Leitung der Frau Direktor Grandauer und des Medizinalrates Dr. Loewenstein. Mit demselben Zuge fahren auch 50 Kinder, die in Linz einsteigen, 100 Kinder aus Graz und 22 Kinder aus Brünn.

Die am 18. Juni in die Schweiz gereisten Kinder kommen Donnerstag Mittag wieder zurück.

Heute früh sind mittelst Schiff 700 Kinder von der Reichsbrücke aus nach Ungarn gefahren. Ferner passierten heute früh 800 Kinder, welche aus Böhmen kamen, die Schaffahrtsstation Nussdorf und reisten nach Ungarn weiter. Heute abends treten 1000 Margaretner Kinder vom Ostbahnhof aus, die Reise nach Ungarn an.

-----



2. A u s g a b e .

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 30. Juli 1918. Nr. 232.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Grünbeck wird die Renovierung der Gassenfassade der Schule auf dem Parhamerplatz mit dem Kostenbetrage von 3600 Kronen genehmigt - Nach einem Antrage des StR. Tomola wird für die Inneneinrichtung der Tageserholungsstätte auf dem Laaerberge die gärtnerische Ausgestaltung, Badeeinrichtung und Anschaffung von Spiel- und Beschäftigungsmitteln ein Betrag von 49.480 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas werden für Instandsetzungsarbeiten im Seehospize San Pelagio 20.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schwer wird dem Vereine der Kriegsgemüsegärtner am Nordrande der Schmelz aus Anlass der Einfriedung seiner Gründe eine Subvention von 1800 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Tomola wird dem Vereine „ Studienfürsorge für Kriegerwaisen " eine Subvention von 10.000 Kronen bewilligt.

Anerkennung von Lehrern. Dem Bürgerschullehrer Moritz Fried wurde anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein langjähriges Wirken im öffentlichen Volksschuldienste die Anerkennung ausgesprochen. Dem Volksschullehrer 1.Klasse Adolf May wurde anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein langjähriges Wirken im Dienste der Erziehung und des Unterrichtes die volle Anerkennung ausgesprochen.

Grundankäufe für die Strassenbahn. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider für Zwecke der Errichtung von Lagerplätzen für die Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen sowie für die Erbauung von Bediensteten - Wohnhäusern von der Firma Julius Frankl Ges. m.b.H. mehrere Baustellen in der Nähe des Schönbrunn an der Anschütz- und Iheringgasse im Ausmasse von 4500 m<sup>2</sup> um einen Einheitspreis von 100 Kronen pro m<sup>2</sup> genehmigt.

Ernennungen. Dr. Leopold Nekowitsch, Dr. Ludwig Niciphor und Dr. Alfred Oberwimmer wurden zu städtischen Oberärzten, Dr. Robert Villoth zum städtischen Bezirksarzt ernannt. Dem Revisor 1. Klasse der städtischen Kranken- und Unfallfürsorge Josef Neuberger wird der Titel eines städtischen Kanzlei-Oberoffizials verliehen. Robert Geiger wurde zum Kanzlei-Direktionsadjunkten, Hans Kollár und August Binderhofer zu Steueramtsadjunkten befördert. Im Exekutionsamte wurden ernannt: Johann Wohlmuth zum Oberoffizial und Karl Eschenbeck, Matthias Wick, Josef Nuchlik, Ferdinand Bayerle und Stefan Hellebrand zu definitiven Akzessisten. Die Brandmeisterassistenten Julius Deutscher, Paul Bernaschek und Heinrich Lischka wurden zu Brandmeistern ernannt.

Pensionierung. Dem Ansuchen des Konskriptionsamts-Kommissars Heinrich Emminger um Versetzung in den bleibenden Ruhestand wurde Folge gegeben.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek,  
Wien I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 31. Juli 1918. Nr. 233.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte erstattete Oberstadtphysikus Dr. Böhm folgenden Bericht über die Gesundheitsverhältnisse Wiens: Der Krankenstand ist infolge der kühlen und abnorm regnerischen Witterung des Juni nicht in dem Maße vermindert gewesen, wie es sonst beim Uebergang vom Frühjahr zum Sommer der Fall war. In die ärztliche Behandlung sind 9935 Fälle gegen 10213 im Vormonat und 9821 im Juni des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2117 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1907 auf Lungentuberkulose und Scrophulose 907 Fälle. Die Infektionskrankheiten weisen endauernd einen sehr günstigen Stand auf, nur die Dysenterie hat sowohl beim Zivil als auch beim Militär einen starken Zuwachs erfahren. Aus der Zivilbevölkerung liefen 652 Anzeigen ein, hievon entfielen 220 auf Scharlach, 159 auf Diphtherie, 51 auf Bauochtyphus, 120 auf Ruhr und 78 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 141 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit war mit Rücksicht auf die Jahreszeit verhältnismässig hoch, trotzdem die Tuberkulosen sowohl gegen den Vormonat, als auch gegen das Vorjahr stark zurückgegangen sind. Insgesamt starben 3072 Zivil- und 546 Militärpersonen, zusammen 3618 Personen gegen 3903 im Vormonat und 3883 im Juni des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose und Scrophulose mit 770 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 53,57 %, das weibliche mit 46,43 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 22 gerichtliche und 32 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätstestationen wurden 3539 Transporte, darunter 575 Leichentransporte durchgeführt.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 31. Juli 1918. Nr. 234.

Wiener Waisenkinder in Pettau. Die Stadtgemeinde Pettau hat der Gemeinde Wien das Anerbieten gemacht, in dem von ihr zu erbauenden neuen Waisenhaus 100 erholungsbedürftige Wiener Kinder, Knaben und Mädchen, auf Rechnung der Gemeinde Wien unterzubringen. Der Stadtrat hat nunmehr nach einem Berichte des StR. Tomola beschlossen, in Erkenntnis und zur Förderung der vom allgemeinen sozialpolitischen sowie vom Standpunkte der Kinder der Kriegswaisenfürsorge gleich begrüssenswerten kinderschutzfreundlichen Bestrebungen der Gemeinde Pettau den Magistrat grundsätzlich zu ermächtigen, in das zu erbauende Waisenhaus der Stadt Pettau ständig 100 der vollständigen Obsorge bedürftige insbesondere schwächliche nach Wien zuständige Kinder beiderlei Geschlechtes auf Rechnung der Gemeinde Wien zu entsenden. Wegen der eventuellen Einräumung von Frei- eventuell ermässigten Zahlplätzen für diese Kinder gegen eine einmalige grössere Subvention zu den Kosten der Erbauung der Anstalt wird der Magistrat zu weiteren Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Pettau ermächtigt. Der Referent führte aus, dass von den allgemeinen Ergänzungen abgesehen, und den Vorteilen, welche sich für die Kinder aus den günstigen klimatischen und Verpflegungsverhältnissen in Pettau ergeben, für die Annahme des Anerbietens die bekannt gut deutsche und staats-treue Gesinnung der Gemeinde Pettau spreche, welche für die anzustrebende gute Erziehung alle Gewähr biete, sowie der Umstand, dass hiedurch ein Projekt gefördert werde, in welchem sich starkes soziales Gefühl kundgibt und das darin auch alle Förderung verdient. Auch hat der Magistrat bereits dormalen in Südsteiermark eine grosse Anzahl von Kinderbesiedlungen unter Leitung des deutschen Schulvereines errichtet, mit welchen durchwegs gute Erfahrungen gemacht wurden.

Ausbildung Kriegsinvalider zu Notariatskanzlisten. Kriegsbeschädigte, welche anstreben, als Notariatskanzlisten ihren Lebensunterhalt zu finden, haben sich bis längstens 12. August l.J. beim Invalidenamte Wien, 7. Bezirk Neubaugürtel 32 zu melden. Diese Meldung kann an jeden Wochentag von 8 bis 3 Uhr erfolgen. In Betracht kommen nur Kriegsbeschädigte mit einem völlig unbescholtenen Vorleben, die über eine gewisse Intelligenz verfügen und an Schulbildung mindestens die Absolvierung einer Bürgerschule, einiger Klassen einer Mittelschule oder einer Handelsschule aufweisen, endlich müssen die Bewerber die deutsche Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrschen. Die betreffenden Kriegsbeschädigten werden einen zirka 3 monatlichen Kurs zu absolvieren haben, für dessen Beginn der Anfang Oktober in Aussicht genommen erscheint.

Neue Bürger. Der Heimats- und Bürgerrechtsausschuss hat in seiner letzten Sitzung folgenden Bewerbern das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Innere Stadt: Franz Kitzner, Kaffeeschwänker; Cyrill Pelikan, Glaserer; Paul Vrilek, Schuhmacher; Josef Johnscher, Haarbändler; Rudolf Stöhr, Butter- und Eierhändler; Kaspar Farda, Kaufmann; Josef Fröschl, Portier; Anton Redl, Gemischtwaren-

verschlüssler. (Berichteratter GR. Breuer.)

Leopoldstadt: Martin Zineger, Gastwirt; Eduard Jenisch, Gastwirt; Josef Strasser, Bäcker; Josef Berger, Bäcker.

(Berichteratter GR. Rotter.)

Landstrasse: Benedikt Autherid, Fleischnauer; Josef Precechtel, Friseur; Josef Berwid, Gastwirt; Vinzenz Franz Küster, Gasthauswächter; Johann Nehasil, <sup>Haarfriseur</sup> Berichteratter GR. Dechant.)

Wieden: Franz Figlerl, Schneider; Georg Walla, Wildbret- und Geflügelhändler; Friedrich Urger, Gastwirt; Anton Eckert, Hühneraugenoperateur; Johann Michel, Glaser und Spenglermeister; Franz Theodor Szuppangz, Friseur; Johann Alois Perger, Anstreicher und Lackierer. (Berichteratter GR. Breuer.)

Margareten: Johann Fröhlich, Gastwirt; Karl Weber, Gemischtwarenhändler. (Berichteratter GR. Aichhorn.)

Neubau: Josef Karl Schmiedt, Leder-Galanteriewaren-Erzeuger; Stefan Ferdinand Stupal, Taschnermeister; Josef Vinzenz Neumann, Gemischtwarenhändler; (Berichteratter GR. Pichler.)

Josefstadt: Karl Anzenhofer, Goldarbeiter; Franz Merwarty, Tapezierermeister; Adam Mayer, Friseur. (Berichteratter GR. Rötter.)

Alsergrund: Leopold Schartel, Revisor. (Berichteratter GR. Pichler.)

Favoriten: Alois Nasko, Gemischtwarenverschleisser;

Johann März, Betriebsleiter. (Berichteratter GR. Höck.)

Simmering: Johann Müller, Bäcker; Michael Schuster, Gärtner; (Berichteratter GR. Kurz.)

Meidling: Rudolf Hartl, Stadtbaumeister; Karl Martin Franke, Gemischtwarenverschleisser; Adolf Thomaberger, Kupfer-schmied; Johann Mayer, Fleisch- und Selchwarenverschleisser; Otto Friedrich Wilhelm Wolff, Eissengiesereibesitzer; Johann Jarosch, Eissengiesereibesitzer; Karl Josef Baumgartner, Uhrmacher. (Berichteratter GR. Dechant.)

Hietzing: Martin Soudek, Fleischnauer. (Berichteratter GR. Pichler.) Josef Herr, Hausbesitzer. (Berichteratter GR. Dechant.) Leopold Schneider, Privatier. (Berichteratter GR. Paulitschkef.)

Rudolfsheim: Franz Hieger, Kaffeeschwänker; Alois Karl Wessely, Dachdeckermeister. (Berichteratter GR. Wiesinger.)

Fünfhaus: Alois Steidl, Mechaniker; Franz Grahl, Metall-drucker; Alois Schütz, Vereinskassier. (Berichteratter GR. Breuer.)

Ottakring: Ludwig Johann Georg Reinwart, Bäcker; Josef Kepl, Kleidermacher; Johann Presselmayer, Fleischnauer; Franz Hubala, Lagerverwalter. (Berichteratter GR. Hrtzel.) Hernald: Cirill Horak, Schuhmacher. (Berichteratter GR. Hykl.)

Brigittenau: Milan Ristic, Kandidatenerzeuger. (Berichteratter GR. Sadilek); Josef Neubauer, Architekt. (Berichteratter GR. Kurz.)

Floridsdorf: Franz Hofmann, Maurermeister. (Berichteratter GR. Kurz.)

Lübliche Redaktion!

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ersucht im Interesse der Verständigung und Beruhigung der Eltern um Aufnahme nachstehender Notiz:

Wiener Kinder in Ungarn. Von der Gemeindevorstellung Dunaharaszti ist an den Bürgermeister folgendes Telegramm eingelangt: Von Wiener 16. Bezirke sind unter der Führung des Lehrers Stefan Höppler 62 Kinder in unsern Gemeinde gekommen. Wir haben alles aufgeboten, dass die geliebten Gäste sich wohl fühlen und eine angenehme Erinnerung seiern. Es ist aus Ungarn mitnehmen. - Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat mit folgendem Telegramm erwidert: Herzlichsten Dank für Ihre lebenswürdige telegraphische Verständigung von der städtischen Anknüpfung von 62 Kindern aus dem 16. Wiener Gemeindebezirke und der gütigen Versicherung Ihrer Fürsorge. Ich bin überzeugt, dass die Kinder sich in Ihrer gastlichen Gemeinde wohl befinden und Erholung finden.